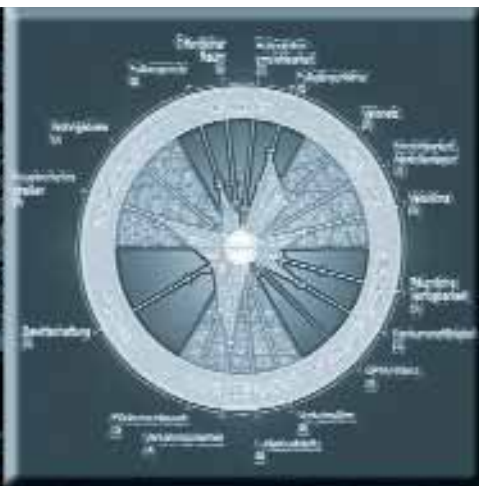




Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Bericht des Wissenschaftlichen Bereiches 2004/2005/2006

2004/2005/2006



INHALT		
BBR BUNDESAMT	SEITE	4
BBR FORSCHUNG	SEITE	18
BERICHTE	SEITE	21
PROGRAMME ÜBERBLICK	SEITE	40
PROGRAMME NATIONAL	SEITE	41
PROGRAMME EUROPÄISCH	SEITE	73
INITIATIVEN/KOMPETENZEN	SEITE	83
AUSBLICK	SEITE	101
VERANSTALTUNGEN	SEITE	120
VERÖFFENTLICHUNGEN	SEITE	124
IMPRESSUM	SEITE	131



Prof. Dr. Wendelin Strubelt
BBR Vizepräsident

Mit den Jahrbüchern „Bau und Raum“ präsentiert sich der Baubereich unseres Amtes der Öffentlichkeit in bewährter Tradition. Für den wissenschaftlichen Bereich (WB), der eine große thematische Breite von Raumordnung über Stadtentwicklung, Wohnungswesen bis zu Grundsatzfragen des Bauwesens aufweist, fehlte bisher eine zusammenhängende Darstellung der Aktivitäten. Dies soll in Form dieser Publikation nachgeholt werden. Sie greift auf Arbeiten der Jahre 2004 bis 2006 und in Teilen auch von 2007 zurück.

Mit seinen Arbeiten erfüllt der WB wichtige analytische und fachliche Aufgaben für die Bundesregierung, insbesondere aber für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Als Ressortforschungseinrichtung dieses Bundesressorts steht er in einer Reihe mit anderen Einrichtungen dieser Art, die tragende Säulen im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland sind (www.ressortforschung.de).

Bei seinem Aufgabenspektrum, das von wissenschaftlicher Analyse, insbesondere für die wissenschaftliche Politikberatung, bis zur Umsetzung von Ressortforschungsprogrammen, von der Vertretung des BMVBS in politischen Gremien bis zur Erstellung von Berichten reicht, haben in letzter Zeit die administrativen Aufgaben an Bedeutung gewonnen. Dies ist für den Erhalt der wissenschaftlichen Kompetenz des WB eine durchaus problematische Entwicklung. Dies wurde auch in seiner Evaluation durch den Wissenschaftsrat im Jahre 2005 deutlich. Insofern ist die Balance zwischen dem Erhalt eigenständiger wissenschaftlicher Kompetenz und der Zuarbeit für das Ministerium eine durchaus schwierige. Diese Balance zwischen Think Tank einerseits und Back Office andererseits ist aber nicht nur grundsätzlich zu lösen, sondern ist auch eine, die in der alltäglichen Arbeit jeden Tag neu gesucht und gefunden werden muss.

Derzeit steht das BBR insgesamt vor einer grundlegenden Umstrukturierung. Die Überlegungen laufen darauf hinaus, den Baubereich und den wissenschaftlichen Bereich zu trennen durch die Schaffung einer Bundesanstalt für Bauaufgaben und einem Wissenschaftlichen Bundesamt, das sich den Fragen und Forschungen im Bereich von Raum- und Stadtentwicklung, Bau und Wohnungswesen widmet.

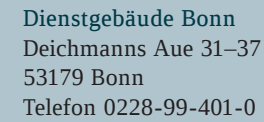
Ich würde mir wünschen, dass es einem solchen zukünftigen Bundesamt – die Gründung ist derzeit für den 1. Januar 2009 vorgesehen – weiterhin gelingt, > die genannte schwierige Balance zu halten, > nachteilige Entwicklungen der letzten Jahre zu stoppen und > eine Ressortforschungseinrichtung „neu“ zu gründen, die weiterhin eine anerkannte Forschungseinrichtung mit eigener inhaltlicher und wissenschaftlicher Identität ist und bleibt.

Wendelin Strubelt

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, gegründet 1998 durch Fusion der Bundesbaudirektion und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, erweitert 2004 um die Bundesbauämter I und II der Oberfinanzdirektion Berlin. Es besteht aus einer Zentralabteilung, zwei wissenschaftlichen Abteilungen und vier Bauabteilungen. Die Bauabteilungen betreuen Bundesbauten im In- und Ausland. Die wissenschaftlichen Abteilungen beraten die Bundesregierung fachlich bei Aufgaben der Raumordnung, des Städtebaus, des Wohnungswesens und bei Grundsatzfragen des Bauwesens.



- Stab
- Zentralabteilungen
- Forschungsbereich
- Baubereich



Dienstgebäude Berlin Abt. V
Pommernallee 4
14052 Berlin
Telefon 03018-401-0

Dienstgebäude Berlin Abt. VI
Frankfurter Tor 8 A
10243 Berlin
Telefon 03018-401-0

E-Mail: Zentrale@BBR.Bund.de

Gleichstellungsbeauftragte
Gabriele Roeder
Telefon 0228-99-401-1231

Datenschutzbeauftragter
Arnd Mayer
Telefon 0228-99-401-1305

Vorsitzender des Personalrates
Michael Volkmann
Telefon 0228-99-401-1254

Jugend- und Auszubildendervertreter
Markus Djendouci
Telefon 0228-99-401-1247

Vertreter der schwerbehinderten Menschen
Hans-Jürgen Timm
Telefon 030-417 998 11

*) Der Vizepräsident ist der verantwortliche Koordinator für die Forschung und Beratung im Bereich Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen

Raumordnung und Städtebau (Abteilung I)

Die Abteilung I erfüllt Forschungs- und fachliche Beratungsaufgaben für die Bundesregierung in den Politikbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung.

Sie erstellt Raumordnungs- und Städtebauberichte, betreut Ressortforschungsprojekte und Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) und des Städtebaus (ExWoSt), erarbeitet Gutachten und Expertisen, organisiert Fachveranstaltungen und gibt Publikationen heraus. Das Publikationsspektrum umfasst Fachzeitschriften, Schriftenreihen, Broschüren und Jahrbücher sowie als digitale Medien CD-ROM und Internet-Präsentationen.

Die Experten der Abteilung I unterstützen die Raumordnungs- und Städtebaupolitik auf verschiedenen Ebenen (Europa, Bund/Länder, Regionen, Städte und Gemeinden) analytisch und konzeptionell durch anwendungsorientierte Strategien und Konzepte sowie konkrete Instrumente, Maßnahmen und Projekte. Ein wachsender Schwerpunkt ist die transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raum- und Stadtentwicklung in Europa (INTERREG, ESPON).

Zur Umsetzung von Zielen einer nachhaltigen Raum- und Stadtentwicklung deckt die Abteilung wichtige raumwirksame Fachpolitikfelder ab wie Umwelt, Verkehr und Infrastruktur sowie Wirtschaft und Finanzen.

Nach § 18 Abs. 5 Raumordnungsgesetz des Bundes hat das BBR die räumliche Entwicklung im Bundesgebiet laufend zu beobachten, zu bewerten und darüber zu berichten. Dazu dient der Betrieb und die Weiterentwicklung eines räumlichen Informationssystems (Raum- und Stadtbeobachtung).

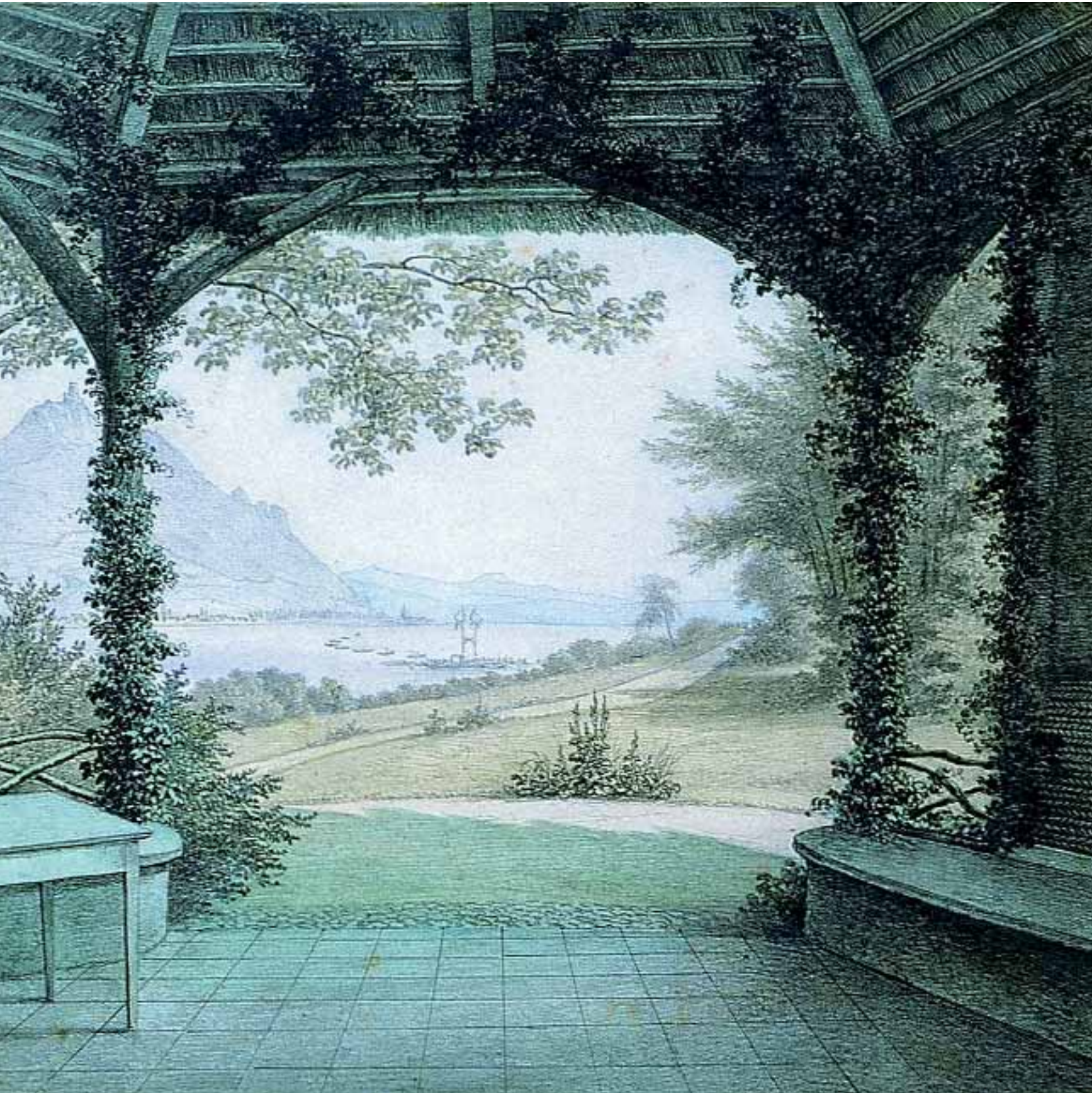
Bauen, Wohnen, Architektur (Abteilung II)

Die Abteilung II verzahnt wissenschaftliche, bautechnische und baukulturelle Kompetenzen und leistet fachlich fundierte Politikberatung in den Bereichen Bauen, Wohnen und Architektur. Zum einen berät innerhalb der Abteilung II die Gruppe „Wohnungswesen“ die entsprechende Fachpolitik: Im Mittelpunkt stehen Analysen zu Situation und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienmärkte, zur Investitionstätigkeit in Neubau und Bestand und zu den Anbieterstrukturen sowie Betreuung und Evaluation einschlägiger Fördermaßnahmen, Programme und Initiativen des Bundes. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die hohe Relevanz des Wohnens für die Stadtentwicklung gelegt.

Auf internationaler Ebene ist das BBR in den europäischen wohnungspolitischen Dialog eingebunden und unterstützt die Staaten Mittel- und Osteuropas beim Aufbau funktionsfähiger Wohnungsmärkte. Zudem ist hier die Geschäftsstelle der Initiative „kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ angesiedelt. Zum anderen beschäftigt sich die Abteilung mit einem breiten Spektrum bauwirtschaftlicher und bautechnischer Grundsatzfragen: Sie koordiniert das Forschungsprogramm „Zukunft Bau“, arbeitet mit an der baubezogene Normung, der Stärkung von „Public Private Partnership“ im öffentlichen Hochbau sowie der Herausgabe technischer Grundlagen für Bauverträge (Standardleistungsbuch und Datenaustausch). Im Vordergrund stehen die Ziele "Nachhaltiges Bauen", „Klimaschutz“ und „Energieeinsparung“. Auch die Begleitforschung zum Förderprogramm „städtebaulicher Denkmalschutz“ sowie die Koordination und Fortentwicklung der Initiative „Architektur und Baukultur“ obliegt ihr.

Alle bau- und liegenschaftsbezogenen Informationen der vom BBR betreuten Projekte werden in einer im Aufbau befindlichen Datenbank gespeichert und – prozessorientiert – den Nutzern zur Verfügung gestellt, wobei auch baufachlich notwendige Software entwickelt wird. Die Abteilung II nimmt insofern auch eine Schnittstellenfunktion gegenüber den Bauabteilungen ein. Sie versteht sich als querschnittsorientierte, integrative und zukunftsorientierte Themenfelder gestaltende Organisationseinheit, deren Stärke in der Zusammenschau einer Vielzahl von Aspekten des Planens, Bauens und Wohnens liegt. Im skizzierten Kontext führt sie Fachveranstaltungen und Ausstellungen durch, betreut die entsprechenden Ressortforschungs- und ExWoSt-Vorhaben, erstellt Gutachten und Expertisen und publiziert Ergebnisse und Stellungnahmen

Die historischen Säulen des BBR: Bundesbaudirektion und Bundesforschungsanstalt



Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist 1998 aus der Fusion der Bundesbaudirektion und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung hervorgegangen.

Die Geschichte der Bundesbaudirektion reicht bis 1770 zurück, als Friedrich der Große in Preußen mit der Gründung des Oberbau-Departements die Bauverwaltung staatlich institutionalisierte. Damit gab es erstmals einheitliche technische und gestalterische Grundlagen für Staatsbauten und für die Ausbildung von Baubeamten. Namhafte Baumeister wie David Gilly und Karl Friedrich Schinkel leiteten die Baubehörde und die angegliederte Bauakademie im 18. und 19. Jahrhundert. Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 wurden die Kompetenzen der preußischen Baubehörde auf die Staatsbauten des gesamten Kaiserreichs erweitert. Grundlegend reformiert, ging 1930 aus dem ursprünglichen Oberbau-Departement die Reichsbaudirektion hervor – die Vorgängereinstitution der Bundesbaudirektion. In dieser Zeit entstanden auch die Bauämter der Oberfinanzdirektionen.

In der NS-Diktatur wurde die Reichsbaudirektion als Instrument des Reichsbauinspektors Albert Speer für die Umgestaltung Berlins zur „Welthauptstadt Germania“ zweckentfremdet. 1945 aufgelöst, wurde sie auf Betreiben Bundeskanzler Adenauers 1950 als Bundesbaudirektion wiederbegründet, um Bonn zum provisorischen Regierungssitz auszubauen. Seitdem besteht der gesetzliche Auftrag, die Errichtung von Bundesbauten in Bonn, Berlin und dem Ausland zu betreuen.

Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung entstand 1973 aus dem Institut für Landeskunde und dem Institut für Raumforschung. Ihre Vorgängereinstitutionen wurden 1935 (Reichsstelle für Raumordnung) und 1940 (Abteilung für Landeskunde) eingebettet in die nationalsozialistische „Blut-und-Boden“- und „Volk-ohne-Raum“-Politik.

Nach dem Krieg dienten die beiden Institutionen den Alliierten für landeskundliche Erhebungen und der jungen Bundesrepublik als Steuerungsinstrument für die Flüchtlingsintegration.

In den siebziger Jahren verlor der strikte geographische Ansatz der Landeskunde zunehmend an Bedeutung und wurde um eine sozialwissenschaftlich orientierte Raumordnung erweitert. So wurde die Raumordnung zu

einem wichtigen Instrument des Sozialstaates in seinem Bemühen, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen. Ein Bemühen, das mit der Wiedervereinigung eine neue Dimension erhielt und im Kontext der europäischen Einigung eine große Herausforderung darstellt.

„Bau“ und „Raum“ sind die beiden Säulen des BBR, verantwortlich für Wettbewerbe und Baudurchführung der repräsentativen Staatsbauten in Bonn, Berlin und im Ausland und Berater der Bundesregierung bei Aufgaben der Raumordnung, des Städtebaus, des Wohnungswesens und bei Grundsatzfragen des Bauwesens.

Im Jahr 2004 wurden die beiden Bauämter I und II der Oberfinanzdirektion Berlin in das BBR integriert. Durch diese Bündelung von Zuständigkeiten und Kompetenzen gibt es im Land Berlin nur noch eine zentrale Organisation, die für den Bund baut.



Andreas Kübler, Chronik Bau und Raum – Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Ernst Wasmuth Verlag, 2007

Politikgestaltung hängt zunehmend von der Fähigkeit ab, mit politischen Konzepten zu überzeugen, die der gesellschaftlichen Realität gerecht werden. Dies setzt eine fachlich fundierte Beobachtung und Analyse der Realität voraus, die die Forschungseinrichtungen des Wissenschaftlichen Bereiches des BBR (WB) betreiben – konkret in den vier Bereichen Raumordnung/Raumentwicklung, Städtebau/Stadtentwicklung, Wohnungswesen und Bauwesen. Empirisch-analytische Bearbeitung, wissenschaftliche Politikberatung und administrative Zuarbeit für die Bundesregierung und Bundesressorts prägen das besondere Profil des Bereiches. Insbesondere in seiner Doppelfunktion als Think-tank und nationales Back-office unterscheidet sich der WB von anderen Forschungseinrichtungen.

Pavillon im Park der Villa Deichmann mit Blick auf Rhein und Siebengebirge“, Aquarell von Nicolaus Christian Hohe, 1765

Die Menschen im BBR

Institutionelle Weiterentwicklung des BBR



A R B E I T S S T E L L E N		
Behördenverwaltung:	245 Beschäftigte	20 %
Forschung/Wissenschaft:	164 Beschäftigte	13,5 %
Bauverwaltung:	750 Beschäftigte	62 %

An den Standorten des BBR sind insgesamt mehr als 1.200 Menschen beschäftigt – davon über ein Drittel (37 %) in Bonn und knapp zwei Drittel (63 %) in Berlin. 80 Prozent der BBR-Mitarbeiter sind Tarifbeschäftigte, 20 Prozent Beamte. Der Anteil der Frauen beträgt 45 Prozent.

Im Berichtszeitraum hat das BBR sein Ausbildungsplatzangebot mehr als verdoppelt. 42 junge Menschen befinden sich hier gegenwärtig in der Ausbildung zu Fachangestellten für Bürokommunikation, Medien- und Informationsdiensten sowie zu Bauzeichner/innen, Drucker/innen und Fachinformatikern für Systemintegration. Zusätzlich gibt es acht Auszubildende zu Baureferendare/innen im höheren Dienst und fünf Bauinspektoranwärter/innen für den gehobenen Dienst. Insgesamt sind im BBR 55 Auszubildende beschäftigt. Diese Zahl entspricht der für die Bundesverwaltung im „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ vorgesehenen Ausbildungsplatz-Quote von sieben Prozent der durchschnittlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Verdoppelt haben sich seit 2003 auch die Einzelmaßnahmen im Fortbildungsangebot, das von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen BBR-Abteilungen genutzt wird.

Als Bundesbehörde unterliegt das BBR den Einsparvorgaben des Bundeshaushaltes, das heißt, es muss – trotz steigendem Aufgabenvolumen – den vorgegebenen Stellenabbau von jährlich mindestens 1,5 Prozent einhalten. In den Jahren 2004, 2005 und 2006 bedeutete dies eine erhebliche Reduzierung von Arbeitsstellen.

Die derzeitigen Überlegungen für die Zukunft des BBR laufen auf eine Trennung des Baubereichs und des Wissenschaftlichen Bereiches hinaus, in dem es zukünftig eine Bundesanstalt für Bauaufgaben und ein Bundesamt für die Bereiche Raumordnung und Stadtentwicklung, Bau und Wohnungswesen geben soll.

Als Bauherrenverwaltung soll sich der Baubereich mittelfristig - verstärkt an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientiert - zu einer Anstalt des öffentlichen Rechtes weiterentwickeln. Mit der Umwandlung der Rechtsform erlangt der Baubereich eine höhere Eigenverantwortlichkeit im Aufgabenmanagement, verbunden mit mehr Flexibilität und Effizienz durch Prozessoptimierung.

Der Erhalt einer funktionierenden Ressortforschungseinrichtung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik wird mittels einer wettbewerbsorientierten Stärkung des Eigenprofils als nationales Zentrum in Verbindung mit europäischen Partnereinrichtungen angestrebt. Es geht weiterhin darum, den wissenschaftlichen Bereich des BBR durch effiziente Strukturen der Koordination und Kommunikation mit der Aufgabenstruktur des BMVBS zu verkoppeln. Bei der konkreten Ausgestaltung der zukünftigen Struktur sollen Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus der Evaluation von 2006, aber auch Erfahrungen, die bei der Umstrukturierung anderer Ressortbereiche und Ressortforschungseinrichtungen gewonnen worden sind, einfließen. Zeitgerechte und effiziente wissenschaftliche Politikberatung für das BMVBS und für die Bundesregierung auf der Basis von auf Dauer angelegten, selbständig erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnissen mittels eigenständiger Datengrundlagen muss weiterhin das vorrangige Ziel des Wissenschaftlichen Bereiches sein.

B B R H A U S H A L T			
Ausgabenstruktur	2004	2005	2006
Personalausgaben	59.451 T €	59.270 T €	57.188 T €
Verwaltung Sachausgaben	21.889 T €	28.049 T €	28.210 T €
hiervon Honorare	10.047 T €	16.045 T €	16.045 T €
Zuweisungen & Zuschüsse	1.166 T €	2.306 T €	2.964 T €
Investitionen	14.859 T €	12.300 T €	29.740 T €
Gesamtausgaben	97.365 T €	101.925 T €	118.102 T €

Der BBR-Haushalt verdoppelte sich seit dem Jahr 2003 nahezu – von rund 61 Mio. € auf ca. 118 Mio. € in 2006. Die Erhöhung begründet sich in der 2004 erfolgten Angliederung der Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin, bestehend aus deren Baugruppe und den Bundesbauämtern I und II. Im Berichtszeitraum 2004 bis 2006 stieg der Etat um ca. 5 bzw. ca. 16 Prozent.

BBR Bonn 2005:
Evaluierung des Wissen-
schaftlichen Bereiches durch
den Wissenschaftsrat
Foto: Bernd Pickahn/BBR



Kurzcharakterisierung des
Wissenschaftlichen Bereiches
des BBR, Juni 2007

1. Das BBR ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Es besteht aus vier Bauabteilungen sowie einer Zentralabteilung und zwei wissenschaftlichen Abteilungen. Dies sind die Abteilung I für Raumordnung und Städtebau und die Abteilung II für Bauen, Wohnen, Architektur. Sie beraten die Bundesregierung fachlich bei Aufgaben der Raum- und Stadtentwicklung, des Wohnungswesens und bei Grundsatzfragen des Bauwesens.
2. Diese beiden Abteilungen sind als wissenschaftlicher Bereich eine anerkannte Ressortforschungseinrichtung des Bundes. Diese ist Teil der raumbezogenen Informationsinfrastruktur der Bundesregierung und stellt Informationsgrundlagen, Forschungsergebnisse, Analysen und Prognosen, sowie Expertisen und Berichte für Politik und Öffentlichkeit bereit. Weiterhin betreut sie Ressortforschungsprogramme und Modellvorhaben, gibt Publikationen heraus und führt Veranstaltungen durch. Zur Erledigung dieser Aufgaben betreibt sie eigenständige wissenschaftliche Forschung.
3. Der Wissenschaftliche Bereich arbeitet an der Nahtstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Er versteht sich als fachliches Kompetenzzentrum, das die Bundesregierung, insbesondere aber das BMVBS bei der Wahrnehmung nationaler und internationaler, vor allem aber europäischer Aufgaben in seinen Fachgebieten unterstützt und ggf. vertritt. Er stellt die für die Politikberatung erforderlichen Informationsgrundlagen, Analysen und Prognosen in ihrer notwendigen Kontinuität und Breite bereit. Durch Veröffentlichungen und Fachveranstaltungen befördert er den Wissens- und Praxistransfer in die Öffentlichkeit.
4. Die Leitworte des Wissenschaftliche Bereiches lauten deshalb: Forschen, Beraten, Betreuen.

Perspektiven der zukünftigen Entwicklung des Wissenschaftlichen Bereiches des BBR

Anmerkung von Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Vizepräsident des BBR, zur Situation und Erörterung von Perspektiven zur Weiterentwicklung des Wissenschaftlichen Bereiches des BBR (WB) im Hinblick auf eine sich im Umbruch befindliche Struktur von Institutionen in Deutschland und Europa und im Hinblick auf Veränderungen im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Politikgestaltung hängt zunehmend von der Fähigkeit ab, mit politischen Konzepten zu überzeugen, die der gesellschaftlichen Realität gerecht werden. Dies setzt eine fachlich fundierte Analyse dieser Realität voraus, wie sie die Ressortforschungseinrichtungen auf Grund ihrer kontinuierlichen Präsenz in dem jeweiligen Aufgabenbereich leisten – schnell, kompetent, nachhaltig, kontinuierlich. Der Wissenschaftliche Bereich des BBR (WB) leistet dies in den vier Bereichen: Raumordnung/Raumentwicklung, Städtebau/Stadtentwicklung, Wohnungswesen und Grundsatzfragen des Bauwesens. Empirisch-analytische Arbeit einerseits, wissenschaftliche Politikberatung und administrative Zuarbeit für die Bundesregierung und Bundesressorts andererseits – diese Kombination von „think tank“ und „back office“ unterscheidet den WB des BBR von anderen Forschungseinrichtungen – wie etwa den Instituten der Blauen Liste, deren Raumforschungsinstitute (IÖR, IRS, IfL) sich in ihren Bereichen auf Grundlagenforschung konzentrieren, sich um Drittmittel bemühen müssen und keine direkten Bezüge zur wissenschaftlichen Politikberatung haben. Diese Position des Wissenschaftlichen Bereiches wird sich wohl auch bei der Neubestimmung der Ressortforschungseinrichtungen wiederfinden. Die Kapazitäten des WB sind nach der systembedingten personellen Ausweitung im Zuge der Wiedervereinigung in den Nachfolgejahren kontinuierlich geschrumpft. Dies hat sich auch mit der Fusion von BfLR

und BBD nicht verbessert. Zwar sind mit dem Hinzu- kommen der Aufgabenfelder Wohnungswesen und Bauwesen auch neue Kapazitäten zugewiesen worden – nicht zuletzt durch Aufgabenabschichtung aus dem BMVBS und im Zuge des Bonn-Berlin-Gesetzes. Aber auf das Ganze gesehen ist eine stetige Aufgabenerweiterung erfolgt, die mit einem immer geringer werdenden Personalbestand bewältigt werden muss. Für die Zukunftsfähigkeit des WB wird es also zum Einen darum gehen, die Leistungsfähigkeit des WB als wissenschaftliche Einrichtung, wettbewerbsfähig und sichtbar, in seinem Umfeld als nationales Zentrum – und in enger Verbindung mit anderen europäischen Partner- einrichtungen – zu erhalten, wenn nicht auszubauen. Vor dem Hintergrund der vorhandenen und im Ergeb- nis auch bewährten Strukturen und nicht zuletzt auch hinsichtlich zukünftiger Herausforderungen bietet es sich an, den WB des BBR neu zu positionieren. Dabei sind auch veränderte Rahmenbedingungen wie Wandel der föderalen Zuständigkeiten, Rückzug der Länder aus der Förderung von eigenständigen Ressortforschungsein- richtungen, neue Akteure in Europa, Systemevaluierung der Ressortforschung durch den Wissenschaftsrat zu be- rücksichtigen. Sie erfordern es, darüber nachzudenken, wie Ressorts – hier speziell das BMVBS – zukünftig ih- ren Ressortforschungsbedarf abdecken und organisieren können, jenseits der allgemeinen Forschungsförderung durch das BMBF.

Aufgabenerweiterung
Personalreduzierung
Neupositionierung

Gesichtspunkte und Überlegungen zur Neustrukturierung des Wissenschaftlichen Bereiches des BBR

Ein Statement von Wendelin Strubelt, Juli 2007

1. Ausgangspunkt der Überlegungen für die Neustrukturierung des WB war die andersartige Neuformierung des baulichen Bereichs (eigene Bundesanstalt), die den Gedanken eines eigenen wissenschaftlich orientierten Bundesamtes als Beratungs- und Serviceeinrichtung für das BMVBS entstehen ließ – nicht zuletzt mit der Absicht, ein nationales Kompetenzzentrum für Fragen der Raum- und Stadtentwicklung, des Wohnens und für Grundsatzfragen des Bauwesens zu errichten. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Evaluation des WB durch den Wissenschaftsrat und der Notwendigkeit, in dem Bereich der Ressortforschung zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, sollte es Ziel sein, eine Forschungs- und Beratungseinrichtung zu konzipieren, die gleichermaßen, d.h. gleichgewichtig für das Ministerium, eine kontinuierliche wissenschaftliche Kompetenz vorhält, aber ebenso für das Ministerium fachliche Zuarbeiten leistet. Es sollte sich um eine moderne und zukunftsfähige Organisation handeln.

2. Mit den vorhandenen Ressourcen des WB des BBR und denen des zu integrierenden Instituts für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V. (IEMB) wird es möglich sein, für die genannten Bereiche dies zu leisten, nicht jedoch für eventuelle zusätzliche, sinnvolle Erweiterungen in den Bereich der Mobilität, bzw. für Grundsatzfragen des Verkehrs in Deutschland. Falls dies zukünftig noch beabsichtigt werden sollte, müssten dafür zusätzliche Ressourcen – insbesondere bei dem Personal – zur Verfügung stehen. Hierfür sind auch ggf. neue Schnittstellen zu anderen Ressortforschungseinrichtungen des BMVBS zu entwickeln.

3. Eine zukünftige Ressortforschungseinrichtung wollte gleichermaßen ein eigenständiges Profil gegenüber dem BMVBS wie gegenüber der weiteren Fachöffentlichkeit haben. Dies bedeutet meiner Meinung, daß sich die Organisationsstruktur nach den fachlichen Gesichtspunkten einer Forschungs- und Beratungseinrichtung zu orientieren hat und deshalb keine Abbildung der Organisationsstruktur des Ministeriums im Kleinen darstellen sollte. Neben der Notwendigkeit, bestimmte Aufgabenfelder auf Dauer zu bearbeiten (Vordenkfunktion und Analysekompetenz) muss auch eine möglichst große organisatorische Flexibilität gegeben sein, um für neue oder ad hoc auftretende Fragestellungen wissenschaftlich und beratend gewappnet zu sein. Dies würde der anspruchsvolle Versuch sein, neben kontinuierlichen Strukturen auch themenzentrierte Arbeitszusammenhänge auf Zeit zu ermöglichen, ohne die Vagheit einer Matrixstruktur zu verfolgen.

4. Diese neue an den fachlichen Aufgaben und vorhandenen Querbezügen orientierte Organisationsstruktur sollte sich deshalb nicht an den vorhandenen Zuständigkeiten oder Personalkonstellationen – im BBR wie im BMVBS – orientieren, sondern an den Aufgabenfeldern, die derzeit und zukünftig von Bedeutung sind, sich aber

durchaus auch mittelfristig ändern können. Auch dafür sollte diese Struktur zukünftig flexibel sein. Darüber hinaus sollte die sich bietende Chance genutzt werden, die Struktur mittelfristig über die beiden Dienstsitze in Bonn und Berlin so zu konstruieren, dass in Bonn die kontinuierlichen und grundlegenden Arbeiten geleistet werden, während in Berlin eine direkte Kontakt-/Kopfstelle zum Ministerium arbeitet. Ziel muss es sein, eine einheitliche und geschlossene Organisation zu finden und einzurichten, nicht jedoch nur eine Addition vorhandener Strukturen und Interessen.

5. Folgende Aufgabenfelder sind zukünftig abzudecken:

- Analyse- und Beratungsfelder
1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

13.

14.

15.
- Städte und Stadtregionen

Raumentwicklung in Deutschland

Internationale und europäische Raum- und Stadtentwicklung

Wirtschaft und Gesellschaft in Stadt und Raum

Verkehr in Stadt und Raum

Umwelt und Energie in Stadt und Raum

Architektur und Baukultur (Bebaute Umwelt)

Prognosen/Szenarien und Methoden (u.a. GIS)

Datengrundlagen

Nationale und europäische Wohnungs-, Immobilien- und Bodenmärkte

Wohnungspolitik, allgemein und für besondere Gruppen

Wohnungs- und Immobilienwirtschaft

Forschung im Bauwesen

Energieeinsparung im Bauwesen/Nachhaltiges Bauen

Normen und Sicherheit im Bauwesen

Zentrale Dienstleistungen

1.

2.

3.
- Wissenschaftliche Dienste (Veröffentlichungen, Selbstverlag, Bibliothek, Tagungsmanagement)

Forschungsverwaltung, Vergabe

Verwaltung (Personal, Haushalt, Controlling, Druckerei) in Kooperation mit anderen Bundesämtern

Zusammenfassend besteht die Empfehlung, die bisherige Stellung des WB an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis/Politik im Sinne einer zeitgemäßen Ressortforschungseinrichtung auf Bundesebene mit Service- und Dienstleistungsfunktionen für das BMVBS weiterzuentwickeln. Dies bedeutet den Erhalt eigenständiger Forschung in den zugewiesenen Bereichen, um vor dem Hintergrund eines auf Kontinuität angelegten analytischen und informationellen Wissens kompetente Politikberatung auf Bundesebene zu betreiben, einschließlich des nationalen und internationalen Wissenstransfers und –austausches.

Exkurs Entwicklung der außeruniversitären Stadt- und Regionalforschung nach 1990

■ Bis zur Deutschen Wiedervereinigung war der Wissenschaftliche Bereich des BBR (bzw. die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung/BfLR) die einzige in ihren Aufgabenbereichen auf Bundesebene agierende Forschungseinrichtung.

■ Als Ausnahmen, die sich jedoch nicht mit den Aufgabenstellungen der damaligen BfLR überschneiden, sind zu nennen:

- Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) für den Austausch von Forschung und Praxis der Raumordnung auf allen föderalen Ebenen
- Das dem Städtetag zugehörige Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU)
- Das ausschließlich juristischen Fragen zugewandte Zentralinstitut für Raumentwicklung an der Universität Münster (ZIR)
- Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) mit ihren beiden der Referendar- und Fortbildung gewidmeten Instituten in Berlin beziehungsweise München

■ Nach der Wiedervereinigung wurden aus den nationalen Instituten der BRD/DDR auf dem Gebiet der räumlichen Forschung drei nationale Grundlagenforschungsinstitute in der Konstruktion der „Blauen Liste“ (jetzt Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Institute) geschaffen, finanziert je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln:

- Das Institut für Ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden

- Das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin
- Das Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig

■ Die Bundesmittel für diese drei Institute werden vom BMVBS bereit gestellt, das abwechselnd mit dem jeweiligen Sitzland den Vorsitz im Kuratorium innehat. Eine mögliche Variante, die Institute der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR mit der BfLR zu einem neuen nationalen Institut der Bundesrepublik zu verschmelzen, hatte damals keine Chance zur Umsetzung. Eine weitere Möglichkeit, aus diesen Akademie-Instituten Institute der neuen Bundesländer zu gründen, unterschieden etwa zwischen dem Norden und dem Süden der früheren DDR, wurde auch nicht weiter verfolgt – vor allem, weil nur über die Konstellation der Blauen Liste die erstrebte hälftige Finanzierung durch den Bund sicher gestellt werden konnte.

■ Insofern ist durch die Wiedervereinigung das Spektrum der außeruniversitären Forschung auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung ausgeweitet worden. Zusammen mit den Einrichtungen aus unterschiedlichen universitären Fakultäten/ Fachbereichen besitzt Deutschland eine sehr ausdifferenzierte Landschaft im Bereich der Erforschung der räumlichen Entwicklung. Der Wissenschaftliche Bereich des BBR ist Teil davon und bestrittet mit seinen Aufgabenfeldern wesentliche Aspekte aus einer Auswertung der Forschungen für die wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung.

Wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung, insbesondere für das BMVBS und zunehmend für BMF und BMWi
Wissenschaftlich-administrative Arbeiten für das BMVBS (z.B. Erarbeitung von Regierungsberichten; Programmevaluation) und Verwaltungsaufgaben (z.B. Geschäftsstellenfunktionen, Zuwendungsgeber)
Führung des Informationssystems zur Analyse und Prognose der Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland und z.T. in Europa
Wissenschaftliche Analysen in seinen Aufgabenbereichen
Entwicklung und inhaltliche wie administrative Betreuung von Forschungsthemen, die im Rahmen der Ressortforschung des BMVBS an Dritte vergeben werden (Auftraggeber-Funktion)
Fachlicher Austausch mit einschlägigen Einrichtungen im In- und Ausland, einschließlich Beratungsleistungen
Deutsche Kontaktstelle im europäischen Wissensaustausch für die Raum- und Stadtentwicklung (ESPON und EUKN)
Wissenstransfer zwischen den unterschiedlichen föderalen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland
Beitrag im Wissensaustausch der nationalen und internationalen Wissenschaftskreise durch eigene wissenschaftliche Leistungen

Funktionen des Wissenschaftlichen Bereich des BBR

Der wissenschaftliche Bereich des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (WB) ist institutionalisierter Teil der Ressortforschung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) für die Bereiche Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen und Grundsatzfragen des Bauwesens. In dieser Funktion betreibt er wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung, insbesondere für das BMVBS, zunehmend auch für das Bundesministerium der Finanzen und für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Dazu erarbeitet der WB Informationsgrundlagen, Forschungsergebnisse, Analysen und Prognosen, Expertisen und Berichte.

Als wissenschaftliches Kompetenzzentrum betreut der WB Forschungsprogramme sowie gesetzlich zugewiesene Berichts-, Informations- und Dokumentationsaufgaben. Der Wissens- und Praxistransfer in die Öffentlichkeit funktioniert über ein systematisches und kontinuierlich betriebenes Berichtswesen mit Veröffentlichungen, Fachveranstaltungen und Medienkonferenzen sowie einer umfangreichen Fachbibliothek mit programmunterstützten Informations- und Recherchemöglichkeiten.

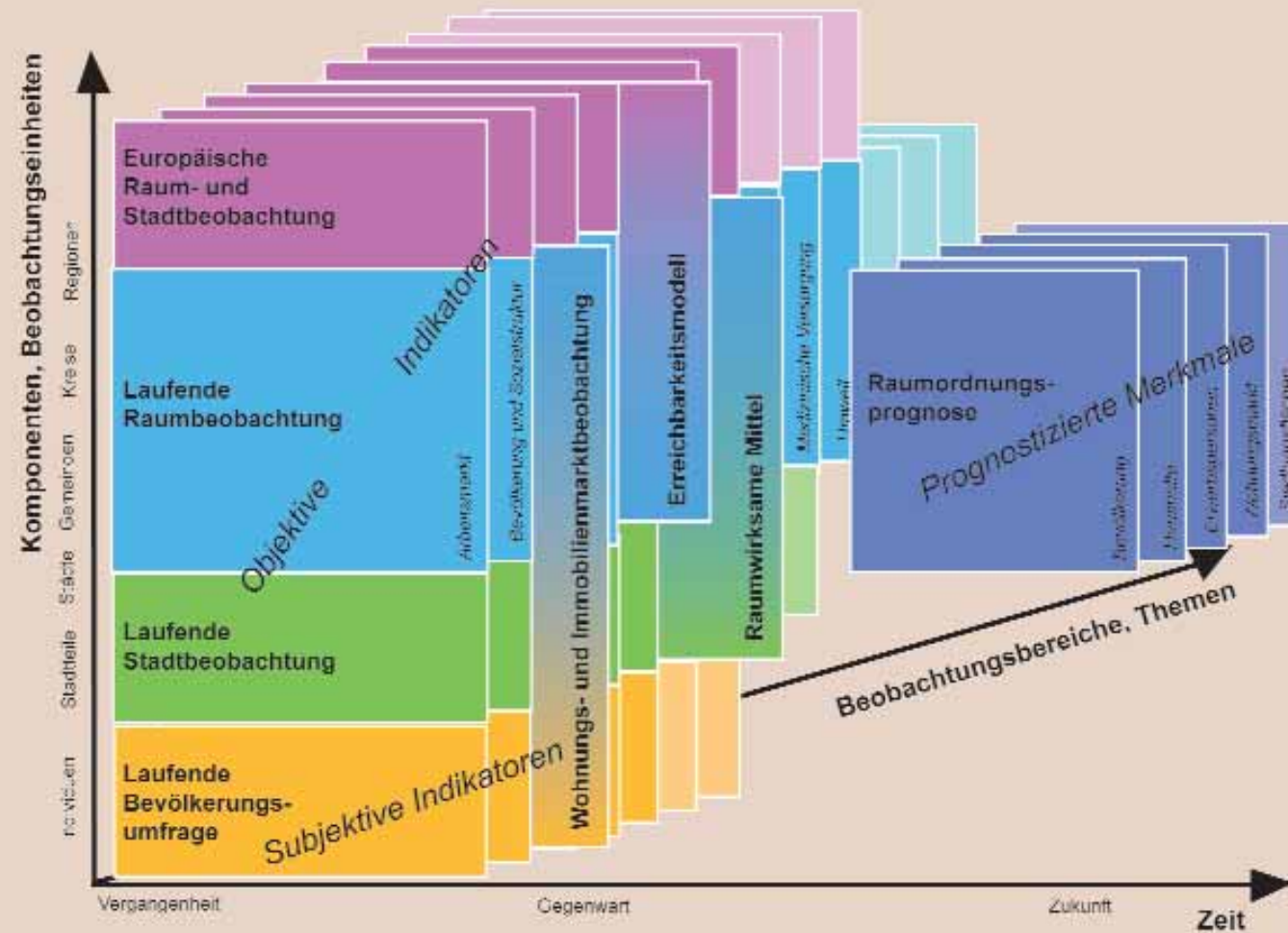


BERICHTE

- Die Grundlage – Das Raumbeobachtungssystem 22
- INKAR 2005 – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung 24
- Raumordnungsbericht 2005 26
- Raumordnungsprognose 2020/2050 28
- Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004 30
- BBR-Bericht „LebensRäume“ 32
- Wohnungsmarktbericht 2004 / Immobilienmarktbericht 2006 34
- Anbieterstruktur im Wohnungsmarkt 37
- Regionalbarometer neue Länder 38

Das räumliche Informationssystem des BBR

Die Grundlage – Das Raumbeobachtungssystem



Mit dem „Forum Raumbeobachtung in Bund und Ländern“ organisiert das BBR einen regelmäßigen bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zu Stand, Weiterentwicklung und Ergebnistransfer der Raumbeobachtung zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern.

Im „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“ wird vom BBR in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, der Städtestatistik sowie der Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung das Anliegen vergleichender Stadt- und Regionalstatistik gefördert.

Die Veröffentlichung der Analyseergebnisse erfolgt in den verschiedenen Berichten des BBR wie z.B. den Raumordnungsberichten, den Berichten zur Stadtentwicklung, den Berichten zur Wirkung städtebaulicher Förderprogramme, zur Wohnungs- und Immobilienmarktentwicklung, den Prognosen zur Raumentwicklung und zur transnationalen Zusammenarbeit in Europa.

Seit Beginn 2007 wird das räumliche Informationssystem auch im Internet dargestellt. Die Ergebnisse und Indikatoren sind über die einzelnen Komponenten oder Themen abrufbar. Die verwendeten Raumbezüge und Raumtypisierungen sowie die Anforderungen an die Bildung von Indikatoren und Visualisierungsmöglichkeiten werden erläutert. Zudem ermöglicht das Modul „Interaktive Karten“ die eigenständige kartographische Darstellung von rund 60 Indikatoren auf der Kreisebene.

Zentrale Komponente ist die „Laufende Raumbeobachtung“. Sie leistet eine bundesweit flächendeckende, vergleichende Beobachtung der Lebensbedingungen bis zur Kreis- und Gemeindeebene. Sie wird zum einen um eine Laufende Stadtbeobachtung auf der Ebene von Stadtregionen sowie für eine Auswahl von Großstädten auf der Ebene von Stadtteilen und zum anderen um die

Zentrale Aufgaben des BBR sind die vergleichende Analyse und Dokumentation der räumlichen Entwicklung im Bundesgebiet und in Europa. Grundlage für die Erfüllung der laufenden Berichtspflichten des BBR und der wissenschaftlichen Politikberatung (in Form von Fachanalysen und Expertisen) ist der Betrieb eines räumlichen Informationssystems bzw. Raumb Beobachtungssystems. Es beinhaltet die laufende Aufbereitung und Vorhaltung von einschlägigen Daten und Informationen und ist als Teil der raumbezogenen Informations-Infrastruktur der Bundesrepublik gesetzlich institutionalisiert (§ 18 Abs. 5 ROG).

Europäische Raum- und Stadtbeobachtung auf der Ebene von NUTS-Einheiten ergänzt.

Weitere Komponenten des Raumbeobachtungssystems sind die Wohnungs- und Immobilienmarktbeobachtung sowie der Betrieb eines Erreichbarkeitsmodells. Mit der Komponente Laufende Bevölkerungsumfrage erfasst das BBR jährlich die Lebensbedingungen aus Bürgersicht, deren Bewertung und Verhaltenskonsequenzen.

Die Datenbank Raumwirksame Mittel (Ist-Ausgaben oder bewilligte zinsgünstige Darlehen) bietet einen sachlich und räumlich differenzierten Überblick über das raumwirksame finanzielle Engagement des Bundes. Die Komponente Raumordnungsprognose informiert über die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven der Bevölkerung, der Erwerbspersonen, der privaten Haushalte und der Wohnungsmärkte in tiefer sachlicher und räumlicher Gliederung.

INKAR – die CD-ROM



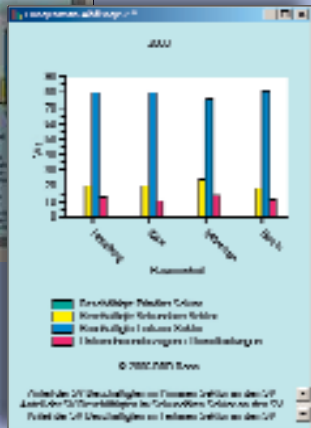
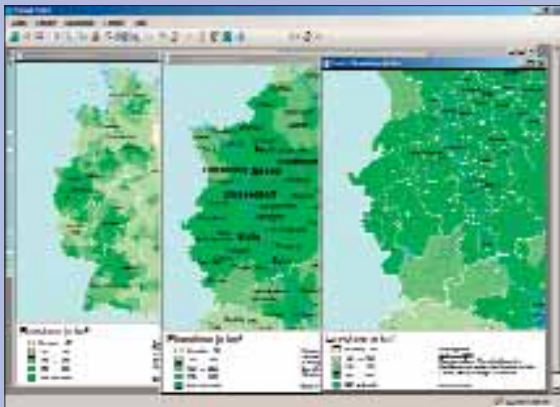
Die BBR-Ausgabe von INKAR 2005 dokumentiert in Form von Indikatoren in umfassender Weise den aktuellen Stand der Raumentwicklung in Deutschland und Europa. Die CD-ROM ist ein aktuelles, detailreiches und nutzerfreundliches Instrument für alle, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind und solide Grundlagen für die redaktionelle oder didaktische Informationsvermittlung oder für politische und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen benötigen.

Die CD enthält mehr als 800 Indikatoren für insgesamt 23 Themenbereiche, darunter erstmals flächendeckend für das Bundesgebiet regionalisierte Indikatoren aus der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR. Darüber hinaus werden detaillierte Informationen zur kreisscharfen Verteilung von Finanztransfers und ausgewählten wichtigen Förderprogrammen des Bundes angeboten.

Räumliche Bezugsebene für die meisten Indikatoren sind Bundesländer, Kreise und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Alle Indikatoren sind bundesweit vergleichbar und geben Auskunft über die Stärken und Schwächen des eigenen Standortes im Vergleich zu anderen Kreisen, Regionen oder Bundesländern. Die eigene Standortbestimmung ist so problemlos möglich, etwa zur Arbeitsplatzentwicklung und Arbeitsmarktsituation, Infrastrukturversorgung, zu Geburtenentwicklung und Lebenserwartung, oder aber auch zu Haushaltseinkommen, Steuereinnahmen und Investitionen von Unternehmen. Darüber hinaus werden auch wieder Indikatoren zu Bevölkerungs- und Altersstruktur, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit für die Europäische Union auf den verschiedenen NUTS-Ebenen bereitgestellt.

Zeitlicher Bezug ist der aktuellste verfügbare Zeitpunkt; viele Indikatoren sind auch als Zeitreihe mit Werten für Einzeljahre (ab 1995) berechnet. Sie ermöglichen einen uneingeschränkten Entwicklungsvergleich über den angebotenen Zeitraum, da sie alle auf dem gleichen aktuellen Gebietsstand basieren. Ein neuartiges Assistentenkonzept bietet zahlreiche Optionen zur raum- und zeitvergleichenden Analyse regionaler Lebensbedingungen. So lassen sich Indikatoren aus den unterschiedlichsten Themenbereichen sowie verschiedene Raum- und Zeitbezüge miteinander kombinieren und in übersichtlichen Tabellen darstellen.

Ein komfortables Kartographie- bzw. Grafikprogramm versetzt den Nutzer in die Lage, mit nur wenigen Mausclicks präsentationsfähige thematische Karten und Diagramme zu erstellen.



„Microsoft Customer Experience Award 2006“ für die vom BBR herausgegebene CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ an die Bonner Geoinformatik-Spezialisten Lutum + Tappert DV-Beratung GmbH.

Die preisgekrönte Lösung beweist, dass thematische Kartografie (Business Intelligence Maps) so komfortabel in die Office-Umgebung integriert werden kann, dass auch Benutzer ohne umfangreiche Vorkenntnisse raumbezogene Informationen analysieren und visualisieren können.

CD-ROM INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, Hrsg. BBR, Ausgabe 2005

Bevölkerung/Beschäftigung

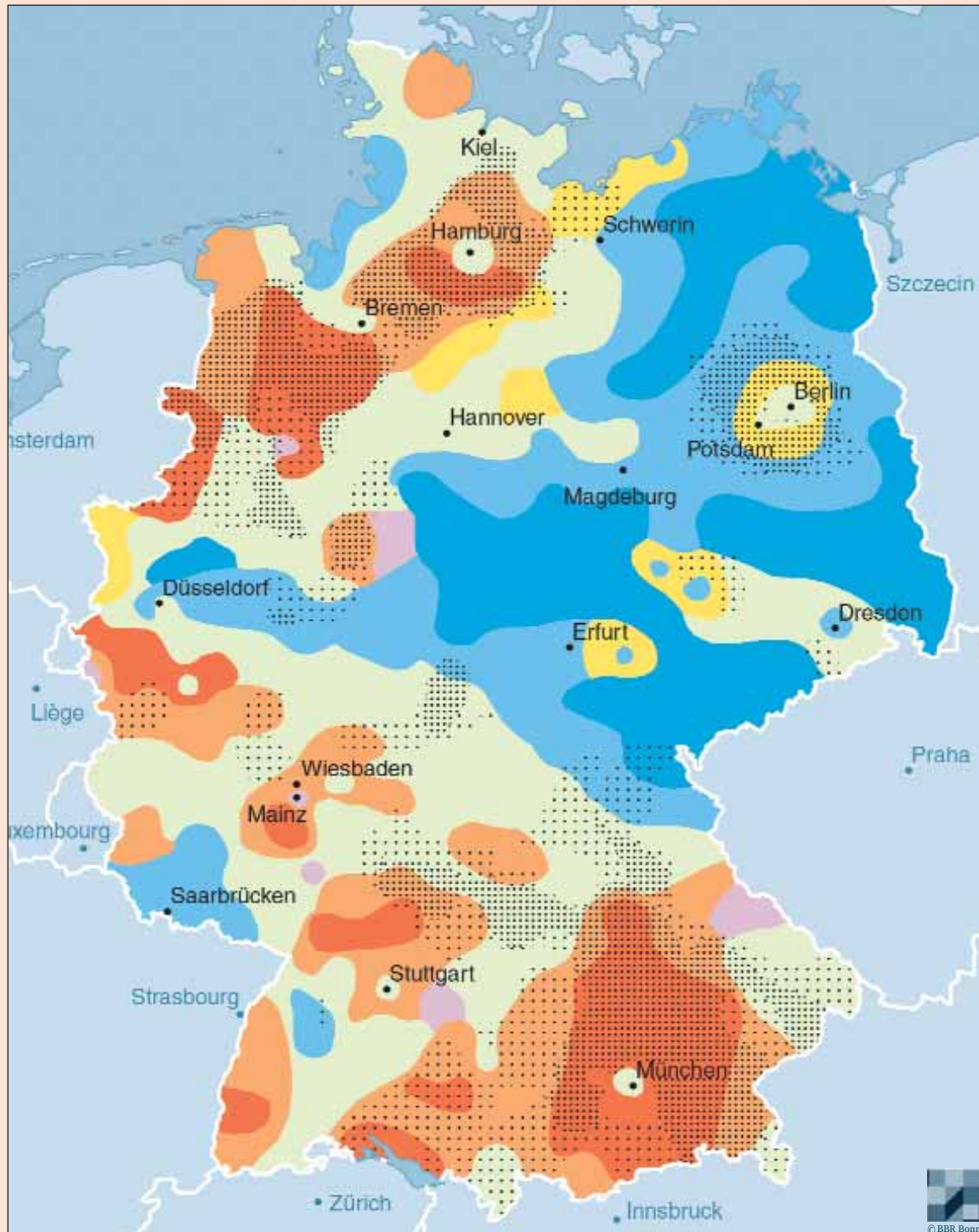
- Starke Schrumpfung
- Geringe Schrumpfung
- Divergierende Trends
- Stagnation
- Divergierende Trends
- Geringes Wachstum
- Starkes Wachstum

Siedlungs-/Verkehrswachstum

- Starke Schrumpfung
- Geringe Schrumpfung

Trends der Raumentwicklung

Neben wachsenden und prosperierenden Regionen sind weite Teile Deutschlands von Schrumpfung betroffen. Gleichzeitig sind Siedlungsflächen- und Verkehrsentwicklung am Expandieren. Die damit verbundenen Belastungen sind unterschiedlich im Raum verteilt. Siedlungsflächen und Verkehr nehmen auch außerhalb der von Wachstum geprägten Regionen zu und sind teilweise abgekoppelt von der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung. Unterschiedliche räumliche Zusammenhänge von Wachstum und Schrumpfung: Die vorwiegend regional bedeutsame Suburbanisierung ist der Motor für die kleinräumige Verteilung von Wachstum und Schrumpfung innerhalb von Stadtregionen. Die eher überregional bedeutsame Schrumpfung mit allen Folgewirkungen stellt ganze Regionen vor das Problem der langfristigen Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bevölkerungs- und beschäftigungsbezogene Wachstumsregionen finden sich ausschließlich im Westen. Neben den Großstadtregionen sind auch größere Gebiete in eher ländlich strukturierten Regionen „wachstumsträchtig“. Die Regionen mit deutlichem Bevölkerungs- und Beschäftigtenrückgang liegen hauptsächlich im Osten.



Raumordnungsbericht 2005

Nach § 21 Raumordnungsgesetz des Bundes (ROG) hat das BBR in regelmäßigen Abständen gegenüber dem für Raumordnung zuständigen Bundesministerium zur Vorlage an den Deutschen Bundestag einen Raumordnungsbericht zu erstatten. In seinem Raumordnungsbericht 2005 berichtet das BBR umfassend über die bei der räumlichen Entwicklung des Bundesgebietes zugrunde zu legenden Tatsachen, über durchgeführte und beabsichtigte raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen sowie von den Auswirkungen der Politik der Europäischen Gemeinschaft auf die räumliche Entwicklung des Bundesgebietes.

In Teil 1 des Berichts erfolgt eine Bestandsaufnahme der räumlichen Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit sowie eine Prognose der mittelfristig bis 2015/2020 absehbaren Tendenzen der Raumentwicklung. Erstmals wird in dem Bericht der Versuch unternommen, den Stand der Nachhaltigkeit der Raumentwicklung auf der Grundlage eines Indikatorenkatalogs zu messen. Nachhaltigkeitsdefizite werden dabei an Zielwerten, im Sinne von regionalen Mindest- bzw. Höchststandards für die einzelnen Nachhaltigkeitsindikatoren, festgemacht.

Teil 2 des Raumordnungsberichtes 2005 stellt die bereits ergriffenen, raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen dar. Neben den Aktivitäten der Bundesraumordnung und der Raumordnung der Länder sowie der raumordnerischen Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Raumentwicklungspolitik werden die raumbedeutsamen Fachpolitiken mit ihren investiven raumwirksamen Ausgaben analysiert.

Künftige räumliche Herausforderungen

Der durch Bevölkerungsrückgang, -alterung und -internationalisierung geprägte demographische Wandel wird sich bald in ganz Deutschland auswirken und vor allem Fragen der künftigen Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufwerfen. Die Auswirkungen werden regional sehr unterschiedlich ausfallen, allein schon aufgrund unterschiedlicher regionaler Ausgangssituationen.

Im internationalen Wettbewerb wird zudem eine ausgesprochene Divergenz bei den Perspektiven der regionalen Wirtschaftsentwicklung deutlich. Zwischen regionalen Wachstumsmotoren und Schrumpfungs- bzw. Stagnationsräumen geht die Schere auseinander. Besonders negativ betroffen sind Teile von altindustrialisierten Räumen sowie dünnbesiedelte, periphere Räume. Durch die anhaltende hohe Neuinanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke, insbesondere

in den suburbanen Gebieten und den Siedlungs- und Verkehrskorridoren, werden die durch Raumordnung zu bewältigenden Nutzungskonflikte immer größer. Neue Nutzungsarten in dünner besiedelten, ländlichen Regionen (z. B. Windenergienutzung, Anbau nachwachsender Rohstoffe) führen zu neuen Herausforderungen für eine ressourcenschonende Raumordnungspolitik.

In hochwassergefährdeten Flussgebieten und auf dem Meer geraten wirtschaftliche Nutzungsinteressen und Schutzbedürfnisse immer stärker in Konflikt. Die Bewältigung dieser räumlichen Herausforderungen durch die Raumordnungspolitik ist den Leitziele der Nachhaltigkeit der Raumentwicklung und Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen verpflichtet. Nachhaltigkeit meint vor allem die Sicherung der vielfältigen Raumfunktionen durch aktives Management räumlicher Ressourcen und Raumnutzungen im Spannungsfeld zunehmender Nutzungskonflikte in vielen Regionen. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen muss den sich regional unterschiedlich verändernden demographischen und strukturellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen.

Die wohl wichtigste raumordnerische Aufgabe ist, den Auswirkungen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels auf die öffentliche Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen zu begegnen und eine angemessene und regional ausgeglichene Versorgung sicherzustellen.

Die schwerwiegendsten Auswirkungen werden sich bei der Versorgung im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie bei den sozialen Einrichtungen und im Öffentlichen Personennahverkehr ergeben. In vielen Regionen, insbesondere in den neuen Ländern, ist der Um- und Abbau von Einrichtungen mit Tragfähigkeitsproblemen bereits in vollem Gange. Der Bericht stellt die Problemlage für diese Bereiche ausführlich räumlich dar und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf.

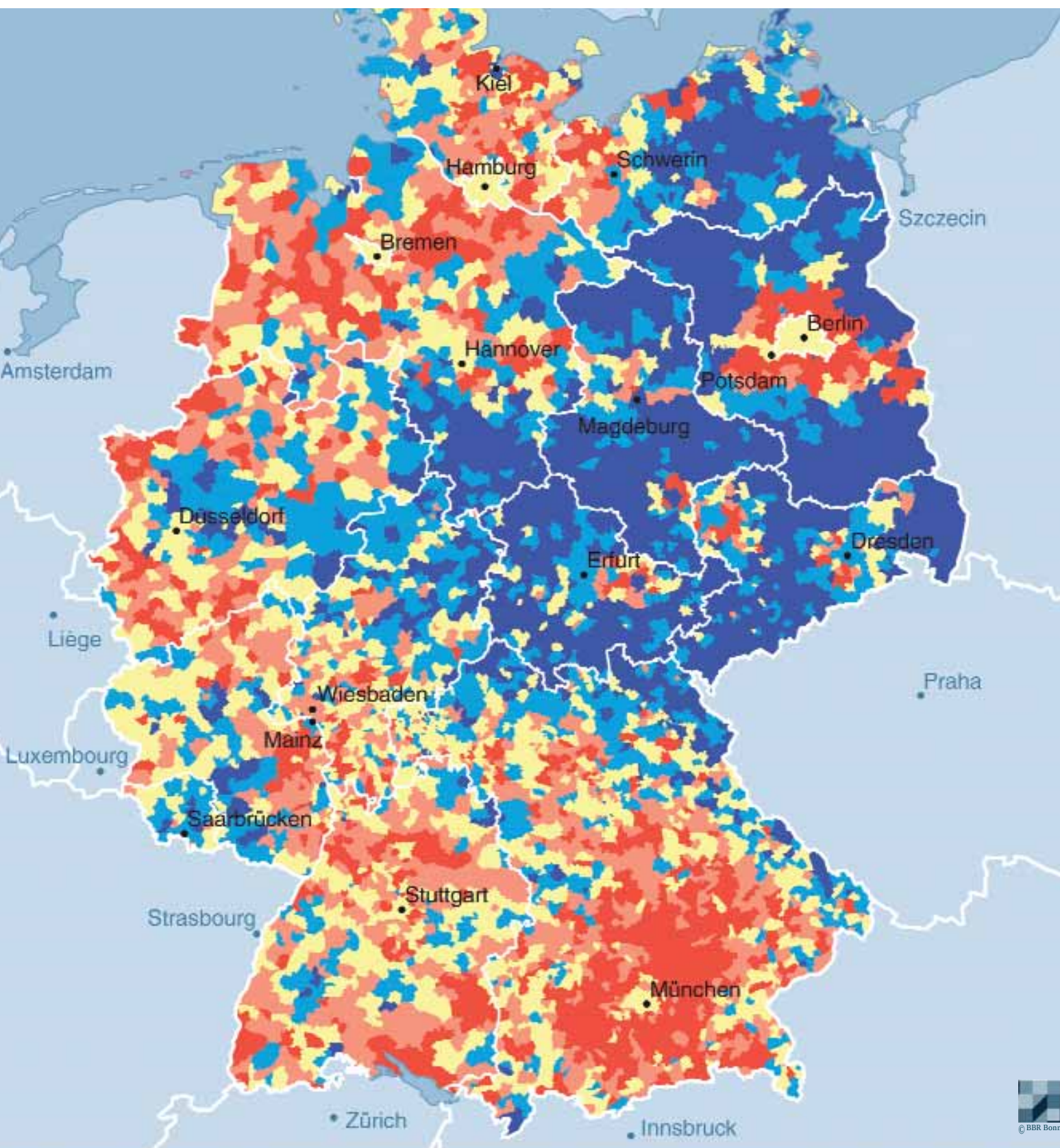
Die starken Unterschiede in der regionalen Arbeitslosigkeit haben sich in den letzten Jahren verfestigt. Einer wachstumsorientierten Regionalentwicklung kommt deshalb in der Raumordnungspolitik zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen eine ganz besondere Bedeutung zu. Die regionale Problemlage der Arbeitslosigkeit wird im Bericht räumlich differenziert dargestellt und den regionalen Entwicklungspotenzialen gegenübergestellt. Eine wachstumsorientierte Regionalpolitik soll an vorhandenen regionalen Entwicklungspotenzialen in Wachstumskernen ansetzen. Diese werden für Ost- und Westdeutschland aufgezeigt.



Durch die weiter wachsende Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke steht der Freiraum als nicht zu vermehrende endliche Ressource unter Druck. Der Raumordnungsbericht stellt Lösungsstrategien für eine flächensparende Raumplanung und Landschaftsentwicklung zur Diskussion.



Die erwartete Bevölkerungsdynamik



Raumordnungsprognose 2020/2050

Was verspricht die Zukunft oder was „droht“ uns in Zukunft? Seit dem Beginn unseres jungen Jahrhunderts breitet sich das Gefühl aus, dass „die fetten Jahre vorbei“ sind, und es entwickelt sich das Bewusstsein für einen lang anhaltenden Konsolidierungs- und Reformprozess. Je profunder unsere Vorstellungen über die langfristigen Entwicklungen sind, desto konstruktiver kann sich die Öffentlichkeit und insbesondere die Politik darauf einstellen.

In den letzten 25 Jahren wurde im BBR ein zukunftsgerichtetes Informationssystem, die „Raumordnungsprognose (ROP)“, entwickelt. Als Erweiterung der Laufenden Raumberechnung, die sich ausschließlich der Vergangenheit widmet, wurde ein Gleichungssystem entworfen, mit dem die Trends ausgewählter Eckwerte der räumlichen Entwicklung der jeweils nächsten ca. 20 Jahre abzuschätzen sind. Hauptzweck dieser Prognosen ist die Beratung der Bundesregierung für ihre Aktivitäten in den entsprechenden Politikbereichen.

2006 hat das BBR die Raumordnungsprognose 2020/2050 vorgelegt. Die immer stärkere räumliche Ausdifferenzierung der Prognosen (inzwischen bis auf die Kreisebene) führte zu einer Vervielfachung der Ergebnisse. Sie betreffen die Bevölkerung, die privaten Haushalte, die Erwerbspersonen und den Wohnungsmarkt, und sie vermitteln ein differenziertes Bild des demographischen Wandels und dessen Auswirkungen in wesentlichen Politikfeldern.

Prognosen für proaktiven politischen Handlungsbedarf

Status-quo-Prognosen gehen der Frage nach, welche Entwicklungen eintreten würden, wenn sich politisches Handeln nicht verändert. Der politische Handlungsbedarf lässt sich aus der Diskrepanz zwischen prognostizierter und erwünschter Entwicklung ableiten. Reagiert die Politik proaktiv auf die Entwicklung, dann führt dies zu einer Veränderung des ursprünglich prognostizierten Trends und zur Abschwächung – im günstigsten Fall zur Vermeidung – einer unerwünschten Entwicklung.

Die Prognosen sind durchweg geprägt von einer regional gespaltenen Entwicklungsdynamik. Einer immer größer werdenden Gruppe von Kreisen mit Schrumpfungstendenzen steht eine kleiner werdende Gruppe mit noch kräftigem Wachstum gegenüber. Der Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen entspricht eine Vielzahl von Problemkonstellationen. Dementsprechend vielfältig ist der politische Handlungsbedarf.

Die Sicherstellung einer angemessenen regionalen Infrastrukturausstattung unter den Bedingungen des demographischen Wandels erfordert eine Überprüfung traditioneller Ziele der Raumordnung. Das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse ist zu lockern, um neue Wege der „Schrumpfsplanung“ einzuschlagen. Die Aufgabe der Anpassung regionaler Versorgungsstrukturen verlangt nach raumordnerischen Weichenstellungen.

Aufgabenverlagerung von der gesamtstaatlichen Ebene auf die Regionen

Statt lediglich Wachstum räumlich zu verteilen, wird Stadtentwicklungspolitik künftig auch rückläufige Entwicklungen unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten umfassend nachhaltig gestalten. Stadtentwicklung heißt in Zukunft in erster Linie Bestandsentwicklung. Stadtbau bedeutet keinen resignativen Rückzug, sondern eine neue Qualitätsoffensive für den Lebensraum Stadt.

Die Raumordnungsprognose 2020/2050 zeigt: Der demografische Wandel ist eine fachübergreifende Herausforderung. Neben Räumen mit immer noch wachsender Nachfrage nach Wohnungen und angespannten Märkten treten zunehmend Teilräume mit Wohnungsleerständen. Vor diesem Hintergrund wird eine wohnungspolitische Neuorientierung im Sinne einer regionalisierten Wohnungspolitik wahrscheinlich, d.h. eine Aufgabenverlagerung von der gesamtstaatlichen Ebene auf die Regionen.

Anpassungsprozesse in den Regionen und Städten bedürfen der aktiven Gestaltung. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von politischen Lösungsmöglichkeiten und Maßnahmen müssen öffentlich auf der Basis der realen Entwicklungen diskutiert werden. Deshalb ist es wichtig, umfassend und laufend über den demographischen Wandel und seine räumlichen Folgen zu informieren und die Probleme der vom demographischen Wandel besonders betroffenen Regionen, Städte und Gemeinden auf die politische Agenda zu bringen. Die Raumordnungsprognosen des BBR tragen hierzu bei. Sie sind ein Stück notwendiger öffentlicher Aufklärung; sie sollen keine Ängste vor der Zukunft aufbauen, sondern diese verhindern.



Raumordnungsprognose 2020/2050 – Kurzfassung von Berichten Band 23 BBR, Bonn 2006



Raumordnungsprognose 2020/2050 – CD-ROM Ausgabe 2006 BBR Bonn

Neue Aufgaben der Stadtentwicklung unter geänderten demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Politik der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Modernisierung der Städte und Gemeinden steht vor neuen Herausforderungen. Die Abnahme der Bevölkerung, ihre Alterung und Heterogenisierung werden langfristig – wenn auch regional unterschiedlich – den demographischen Wandel in Deutschland prägen.

Gleichzeitig ändern sich die Handlungsbedingungen nationaler Politik grundlegend sowohl heute als auch in Zukunft. Ihre Merkmale sind die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft, die Internationalisierung der Finanzmärkte, die fortschreitende Integration Europas und die globalen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung. In den Städten konzentrieren und verstärken sich die Folgen dieser weltweiten Veränderungen.

Dieser Veränderungsprozess, die Komplexität des Stadtsektors, das Ineinandergreifen von Finanzierungen und Regelungen von EU, Bund, Ländern und Gemeinden haben den Staat für die Bürger unübersichtlich gemacht. Mitwirkung ist in vielen Bereichen schwierig geworden. Die Städte werden ihre neuen Aufgaben und Herausforderungen aber nur dann bewältigen, wenn sie die Lebensinteressen aller Beteiligten unmittelbar berücksichtigen, wenn Mitgestaltung und Mitbestimmung zunehmen. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist daher unverzichtbare Voraussetzung für den Weg zur Stadt der Zukunft.

Es gilt, die Veränderungen als Chance zu begreifen und sich den damit verbundenen Aufgaben aktiv zu stellen.

So ergeben sich für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Regionen neue Möglichkeiten. Modernisierungsbereitschaft, demokratische Kultur und der Wille, die ökonomischen und ökologischen Grundlagen zu erhalten und zu verbessern, sind dabei wesentliche Bausteine. Für die zukunftsfähige städtebauliche Entwicklung stehen folgende Themenschwerpunkte im Mittelpunkt des politischen Entscheidungsbedarfs.

1. Siedlungsentwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen – Orientierung auf die Städte; Gegensteuerung, damit sich die negativen Entwicklungen nicht beschleunigen und verschärfen. Die Länder und die Kommunen bedürfen in dieser Situation der Unterstützung des Bundes in seinem Verantwortungsbereich.

2. Kooperation der Städte im regionalen Maßstab ausbauen – durch Überwindung kommunaler Konkurrenz lassen sich die sozialen Herausforderungen besser bewältigen, die Kommunen können gemeinsam eine nachhaltige Flächennutzung effektiver realisieren.

3. Rückgang der Flächeninanspruchnahme als Chance nutzen – Wohnquartiere für Familien mit Kindern attraktiver machen – wohnungspolitische Maßnahmen mit der Städtebauförderung und Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung stärker vernetzen

4. Sozial stabile Stadtquartiere schaffen – Migration als Chance nutzen – auf die bauliche Verbesserung der Stadtquartiere ausgerichtete Städtebauförderung – Zusammenwirken verschiedener Politikfelder

5. Altengerechten Umbau der Infrastruktur angehen – altengerechter Umbau der Infrastruktur (Straßen, Wege, Plätze) – das Zusammenleben aller Generationen als Wohnform fördern – Verbindung von Stadtplanung, wohnungsbezogenen Maßnahmen, Sozialplanung und Altenhilfeplanung stärken

6. Mobilität stadt- und umweltverträglich gestalten – auf die siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen der Verkehrserzeugung Einfluss nehmen zur Reduzierung der Verkehrsnachfrage – Blickerweiterung, die über bestimmte „Hauptverkehrsmittel“ hinausgeht

7. Städte als Wirtschafts- und Innovationsstandorte stärken – über wirtschaftliche Rahmenbedingungen Impulse für Existenzgründungen und technologische Innovationen schaffen – neue Nutzungen für Gewerbebranchen anstoßen

8. Einzelhandel in seiner Vielfalt erhalten – Innenstädte und Stadtteilzentren mit ihren Versorgungsfunktionen des mittelständischen Einzelhandels sichern – Flächen und Gebäude verfügbar halten und machen – Zusammenarbeit und Eigeninitiative aller Beteiligten vor Ort stärken.

9. Zusammenwirken von kommunaler Planung und privaten Investoren verbessern – mit Public-Private-Partnerships (PPP) öffentliche Infrastrukturprojekte in den Prozessen optimieren und wirtschaftlicher realisieren

10. Städten ein Gesicht geben – Baukultur im städtischen Alltag ganzheitlich betrachten und dauerhaft verankern

11. Historische Altstädte erhalten und als Wirtschaftsfaktor (Städtetourismus) nutzen – als Schwerpunkt der Städtebauförderung pflegen

12. Modernisierung des Gebäudebestandes verstärken – Weiterführung und Neuausrichtung des Förderinstrumentariums, insbesondere der Klimaschutzrelevanten (CO2-Emissionen senkenden) Programme

Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004

Foto: Duisburg/BBR



Die Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung unserer Städte stellt die zentrale Herausforderung für den Städtebau des 21. Jahrhunderts dar. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Politikberatung stehen deshalb Beiträge für die Umsetzung der in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Ziele. Durch zahlreiche vom BBR betreute Projekte werden Impulse für die Umsetzung in der städtebaulichen Praxis gegeben.

Im ExWoSt-Forschungsfeld (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) „Städte der Zukunft“ wurde auf der Basis einer Qualitätsvereinbarung mit vier Modellstädten ein Katalog von zwei Dutzend Indikatoren als Instrument zur Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung erarbeitet. Dieser in einem Breitentest in 50 Städten erprobte Katalog dient als Kompass für den Weg zur Stadt der Zukunft.

Durch enge Kooperationen mit anderen bundesweit einschlägigen Indikatorenprojekten konnte zudem ein praxistaugliches Instrumentarium für die Umsetzung nachhaltiger Ziele und deren Erfolgskontrolle gewonnen werden. Zentrales Anliegen war dabei, den städtebaulichen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu präzisieren und den sparsamen Umgang mit begrenzten Ressourcen auf kommunaler Ebene zu praktizieren – nicht zuletzt mit dem Boden. Aus dem Forschungsfeld wurde die Formel „Innenentwicklung zu Außenentwicklung im Verhältnis 3:1“ in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht und in der städtebaulichen Praxis überprüft.

Impulsgebende Pionierprojekte

Vorbilder zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen sollen der kommunalen Praxis Impulse geben. In der internetgestützten Dokumentation „Werkstatt-Stadt“ sind gelungene Pionierprojekte wissenschaftlich aufbereitet. So resultieren aus der wissenschaftlichen Politikberatung

des Bundes Hilfestellungen für einen intelligenten Einsatz des städtebaulichen Instrumentariums in den Städten und Gemeinden.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt des BBR zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes liegt im Stadtumbau. Neben der bewährten Städtebauförderung im Rahmen des Programmbereichs „Stadtumbau Ost“ erfolgt seit drei Jahren die wissenschaftliche Betreuung des ExWoSt-Forschungsfeldes „Stadtumbau West“ mit ausgewählten Pilotprojekten. Im Mittelpunkt stehen hier innovative städtebauliche Projekte, die aus der lokalen Abbildung von global bedingten Krisen in einzelnen Wirtschaftsbranchen hervorgehen.

Städtebauliche Qualitäten bei Schrumpfung

Ergänzend hierzu wurden in einem weiteren Forschungsprojekt des Programms „Aufbau Ost“ das Thema „Zwischennutzungen und neue Freiflächen“ untersucht. Angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen, zunehmender Leerstände, Abbau von Arbeitsplätzen, schwindender Kaufkraft und geringer werdender kommunaler Handlungsmöglichkeiten stellt sich verstärkt die Frage nach einem zukunftsfähigen geordneten Rückzug als Teilstrategie des Stadtumbaus. Aus dem Projekt resultieren Beiträge, nach denen auch unter Schrumpfungsbedingungen neue städtebauliche Qualitäten gewonnen werden können.

Letztlich sind alle Forschungsaktivitäten zur Stadtentwicklung darauf gerichtet, vorhandene Ressourcen nachhaltig zu nutzen und die Stadt als Lebensraum der Mehrzahl der Bevölkerung zu sichern und zu stärken. Dazu gehören sozial stabile Nachbarschaften, eine ökologisch intakte Umwelt und attraktive städtische Zentren. Ihre Stärke resultiert aus einer partnerschaftlichen Kooperation der Gemeinden der Stadtregion. Ein besonderes Gewicht bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben kommt dabei den Mittelstädten zu.

Die Aufgabe: Der Deutsche Bundestag hat am 17. Juni 2004 die Bundesregierung aufgefordert, einen städtebaulichen Bericht bis zum 31. Dezember 2004 vorzulegen. Der Bericht sollte Aussagen über den aktuellen städtebaulichen Handlungsbedarf treffen und aufzeigen, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung hierauf reagiert. Weiter sollte der Bericht Auskunft geben über die Wirksamkeit der Instrumente der bisherigen Städtebauförderung und die Raumwirksamkeit der direkten und indirekten Instrumente der Wohnungsbauförderung. Er sollte die Absichten der Bundesregierung für eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Städtebauförderung darstellen. Dazu wurde eine Einschätzung über den künftigen Förderbedarf gefordert mit der Klarstellung, wie die Bundesregierung – unter der Voraussetzung einer Fortsetzung der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen – dem Erfordernis nach einer bedarfsgerechten Mittelverteilung durch messbare Kriterien entsprechen möchte. Mittel einer Vereinfachung der Abstimmungsprozesse zwischen Bund und Ländern und Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Städtebauförderung sollten aufgezeigt werden und insbesondere die seit 1996 hinzugekommenen Programme der Städtebauförderung hinsichtlich des Erreichens ihrer städtebaulichen Vorgaben evaluiert werden.

BBR-Bericht „LebensRäume“

Inhaltsangabe



LebensRäume – Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner
Berichte Band 24
BBR Bonn, 2006

1 Einleitung

Die Umfrage im Informationssystem des BBR
Das Wohngebiet als Gegenstand städtebaulicher Politik - ein spezieller Fokus der BBR-Umfrage des Jahres 2003
Die städtebauliche Situation

2 Wohnung und Wohnen

Die Wohnfläche als Indikator
Beurteilung der Wohnungsgröße
Wohnungsgröße und Umzugsabsichten
Nach einem Umzug
Die Kosten des Wohnens

3 Der siedlungsstrukturelle Kontext der Wohnung und dessen Bewertung

Baulicher Zustand der Wohngebiete im Urteil der dort Wohnenden
Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung
Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen im Wohngebiet
Fokus auf die Umweltsituation im Wohngebiet 2003
Soziale Probleme im Wohngebiet
Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen
Fokus auf sozialräumliche Lebensbedingungen am Wohnort 2004
Zufriedenheit mit dem Wohnort

4 Der sozialstrukturelle Kontext des Wohnens und dessen Bewertung

Nachbarverhältnisse
Soziale Differenzierung im Wohngebiet (2003)
Ethnische Differenzierung im Wohngebiet
Ethnische siedlungsstrukturelle Verteilung
Integrationsbereitschaft und Kontakthäufigkeit
Nachbarverhältnis von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet
Exkurs: Ausländerumfrage des Instituts MARPLAN

5 Die wirtschaftliche Grundlage der Lebenswelt

Die persönliche wirtschaftliche Lage
Einschätzungen der Arbeitsplatzsicherheit
Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit

6 Mobilität oder die räumliche Vernetzung der Lebenswelt

Der Weg zur Arbeitsstelle
Beabsichtigte Wohnungswechsel
Räumliche Orientierungen und Präferenzen
Wohnvergangenheiten
Wohngebietsbezogene Umzugsmotive
Wohnstandortwünsche
Lokale Bindungen

7 Veränderungen im Wohngebiet - Auswirkungen auf seine Bewohner

Wahrnehmung städtebaulicher Maßnahmen
Soziale Kontexte wahrgenommener Umgestaltungen
Zur Wirkung von städtebaulichen Maßnahmen

Literaturverzeichnis

Fragenprogramm und Erhebungsjahre
Tabellen mit den Prozentverteilungen für zentrale Variablen



Die „Laufende BBR-Umfrage“ ist ein Baustein im komplexen räumlichen Informationssystem des BBR. Sie wird seit 1985 in der alten Bundesrepublik und seit 1990 auch in den neuen Ländern jährlich durchgeführt. In der BBR-Umfrage werden jeweils ca.

2000 Haushalte befragt, die durch eine mehrfach geschichtete Zufallsauswahl gewonnen werden. Die Schichtung erfolgt nach regionalen Kriterien auf der Ebene von Ländern und Kreisen sowie nach den Gemeindegrößenklassen.

In Ergänzung zu seiner auf Aggregatdaten beruhenden „Laufenden Raumbewertung“ erfasst die „BBR-Umfrage“ kontinuierlich auch die subjektive Einschätzung der räumlichen Lebensbedingungen in Deutschland. Die Standardfragen betreffen fünf feste Themenbereiche: Wohnung, Wohngebiet, Nachbarschaft und Integration, räumliche Mobilität, wirtschaftliche Lage und Berufstätigkeit.

Der aktuelle Bericht informiert anhand von Zeitreihen und einer Sondererhebung 2003 insbesondere über sozialräumliche Veränderungen in den verschiedenen Wohn- und Stadtgebietstypen in Ost- und Westdeutschland, wie sie sich im Lichte der Einschätzungen und Erwartungen der befragten Haushalte u.a. zur Wohn-, wirtschaftlichen/beruflichen und sozialen/städtebaulichen Situation darstellen. Sozialstatistische Informationen über die befragten Haushalte wie auch gelegentliche ergänzende räumlich-statistische Informationen vertiefen dabei die Analysemöglichkeiten.

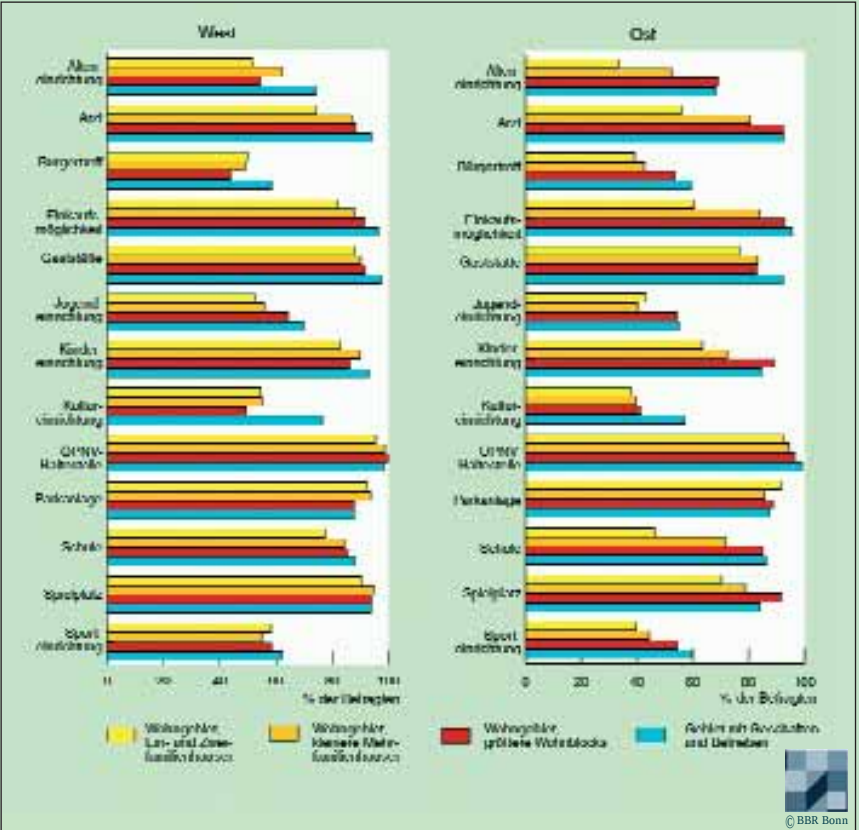
Die über die Befragung gewonnenen subjektiven Indikatoren in Form von alltäglichen Lebensbedingungen, Bewertungen und Verhaltensweisen bzw. -absichten ermöglichen es, die aggregatstatistischen Zusammenhänge auf ihre internen Prozesse und Strukturen zu untersuchen. Insofern erklären die subjektiven Einsichten die objektiven regional-statistischen Zusammenhänge und öffnen sie auch für politisches Handeln.

Zudem sollen auf induktivem Wege Hypothesen für die prozesshafte Entwicklung regional spezifischer Sozial-

räume abgeleitet werden. So können nicht nur die Folgen des räumlichen Verhaltens der deutschen Bevölkerung anhand der zugehörigen Statistiken betrachtet und verglichen werden, sondern die Bürgerinnen und Bürger kommen mit ihren Aussagen zu den Lebensbedingungen direkt zu Wort.

In der Verknüpfung der berichteten Erfahrungen und Bewertungen untereinander sowie mit den örtlichen Gegebenheiten sind Aussagen über Zusammenhänge auf der Subjektebene möglich. Die so dokumentierte Sicht der örtlichen Bevölkerung ist für eine empirisch gestützte Analyse der Entwicklung und Veränderung raumrelevanter Entscheidungsmuster unverzichtbar. Auch mit Blick auf die im Raumordnungsgesetz formulierte Gewährleistung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ gilt es, Problemfelder und Benachteiligungsstrukturen zu erkennen und in ihrer räumlichen Verfasstheit mit Fokus auf das Wohngebiet zu untersuchen. Eine Untersuchung, die zuletzt mit dem 240-seitigen Berichtsband 24 „LebensRäume“ vorliegt.

Ergebnisgrafik aus Datenbestand Laufende BBR-Umfrage:
„In zehn Minuten zu Fuß erreichbare Infrastruktur-ausstattung nach Wohngebietstyp“



Wohnungsmarktbericht 2004

Immobilienmarktbericht 2006

Wohnungs- und Immobilienwirtschaft haben eine herausragende Bedeutung für die Volkswirtschaft – Immobilien machen mit 85 Prozent den größten Anteil am deutschen Nettoanlagevermögen aus und über die Hälfte der gesamten Bruttoanlageinvestitionen entfallen auf Immobilien. Durch den haushaltsbedingten Rückgang der staatlichen Intervention im Wohnungswesen ist der deutsche Wohnungsmarkt zunehmend den Marktkräften überlassen. Insofern rücken die Bedingungen, unter denen Märkte funktionsfähig sind, stärker in den Mittelpunkt der wohnungspolitischen Agenda. Hier gilt es, für Transparenz zu sorgen durch Bereitstellung von Wohnungsmarktinformationen. Mit dem Bericht „Wohnungsmärkte in Deutschland“ hatte das BBR 2004 erstmals eine bundesweite empirische Analyse der regionalen Wohnungsmärkte vorgelegt. Hierfür wurden eine Vielzahl amtlicher und nicht-amtlicher Datenquellen erschlossen, um in der Zusammenschau regionale Preis-, Wohnungsversorgungs- und Bautätigkeitsniveaus sowie deren Entwicklungstendenzen abbilden zu können. Auch der „Wohnungs- und Immobilienmarktbericht 2006“ des BBR liefert mit einer Fülle an Informationen und differenzierten, vielschichtigen Daten die Grundlagen zu fundierten Investitionsentscheidungen im deutschen Markt von Wohnimmobilien.



Wohnungsmärkte in Deutschland
Ausgabe 2004
Berichte Band 18
BBR Bonn, 2004

Im Wohnungsmarktbericht 2004 des BBR wurden die Disparitäten und Zusammenhänge auf den Wohnungsmärkten in Deutschland deutlich. Das Preisgefälle zwischen den Bundesländern im Uhrzeigersinn vom teuren Süden über den Westen, Norden zum Osten bestätigte sich in allen Teilmärkten und kennzeichnete die sehr heterogenen Angebots-Nachfrage-Relationen der Regionen. In den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen waren die Preise am höchsten. Die Disparitäten zwischen den Regionen verschoben sich allerdings deutlich. Wenn die regionalen Preise für Eigenheime in Relation zur regionalen Kaufkraft gesetzt wurden, dann erschien der Abstand Ostdeutschlands zu den anderen Regionen deutlich geringer.

Trotz der sehr unterschiedlichen Marktkonstellationen zeigte sich eine bundesweite Baukonjunktur. Die Bautätigkeit ging – auf höherem Niveau – dort zurück, wo die Preise hoch und die Märkte weiterhin eng waren. Ein großer Teil der Indikatoren wurde auf der Ebene von Raumordnungsregionen und Kreisen sowie für die „klassischen“ Siedlungsstrukturtypen des BBR dargestellt.

Darüber hinaus erforderte die Wohnungsmarktbeobachtung weitere, problemorientierte räumliche Analyseraster. Für den Bericht 2004 wurde deswegen neben einer Kombination von geographisch orientierten Ländergruppen und zusammengefassten Kreistypen auch eine wohnungsmarktorientierte Typisierung von Regionen und Städten nach sozioökonomischen und demo-

graphischen Merkmalen entwickelt. Im Analyseraster dieser Typisierung westdeutscher Regionen wurden die unterschiedlichen Entwicklungspfade besonders deutlich. Die Preise und die Bautätigkeit in den Wachstumsregionen und den strukturstarken Regionen hoben sich in den meisten Teilmärkten im Niveau deutlich von den schrumpfenden Märkten ab. Wachstumsregionen haben nicht nur positive Vorzeichen und schrumpfende Regionen sind nicht nur schrumpfende Teilmärkte – auch dies wurde deutlich. So verzeichnete der Einfamilienhausmarkt in den schrumpfenden Regionen die günstigste Preisentwicklung – wenn auch auf niedrigem Niveau. Auf der anderen Seite war die Wohnungsversorgung, gemessen an der Wohnfläche pro Kopf, in den entspannten Märkten der schrumpfenden und stagnierenden Regionen nicht höher als in den Wachstumsregionen.

Der Wohnungs- und Immobilienmarktbericht 2006

Die Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland sind weithin entspannt. Seit über zehn Jahren ist die Bautätigkeit rückläufig, in vielen Regionen stagnieren oder sinken die Preise und Mieten sogar. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat es eine so lange Periode gegeben, in der die Wohnungsmärkte – mit Ausnahme einzelner Teilmärkte – sich derart moderat entwickelt haben. Was aus Sicht der Nachfrager positiv zu beurteilen ist, ist mancherorts für die Immobilienbe-

Anbieterstruktur im Wohnungsmarkt

sitzer, aber auch für Stadtplaner und Kommunalpolitiker eher eine kritisch zu beurteilende Umschreibung für eine schwierige wirtschaftliche Situation und städtebauliche Entwicklung. Viele ostdeutsche Städte und Gemeinden zeigen die damit einhergehenden Symptome wie erhöhter Leerstand oder Preis- und Mietenrückgänge. Zunehmend greifen diese Symptome auch in manchen Regionen der westdeutschen Länder Raum. Auffällig sind diese Entwicklungen vor allem in den großen Ballungskernen der altindustrialisierten Regionen des Ruhrgebiets.

Aber auch in einigen strukturschwächeren ländlichen Regionen der alten Länder haben die Leerstands- und Vermarktungsprobleme ein beachtenswertes Niveau erreicht. Der Leerstand in Ostdeutschland konnte zwar deutlich verringert werden, beträgt im Mittel aber noch immer etwa 13 bis 14 Prozent, in einzelnen Städten oder Teilmärkten auch 20 Prozent und mehr. In den alten Ländern stehen in einzelnen Städten bis zu 7 Prozent der Wohnungen leer. Während die Nettokaltmieten bundesweit durchschnittlich etwa 4,84 € pro Quadratmeter betragen, liegt der untere Rand des Mietenspektrums in strukturschwachen Städten und Regionen indes bei 2,50 bis 3,00 € pro Quadratmeter. Dem gegenüber sind die Märkte in den „Leuchtturmstädten“ wie z.B. München oder Frankfurt weiterhin von hohen Mieten und Immobilienpreisen und einem knappen Wohnungsangebot geprägt.

Steigende Wohnungsnachfrage trotz rückläufiger Bevölkerungsentwicklung

In dieser Marktsituation setzen die Übernahmen von Wohnungsunternehmen bzw. Transaktionen großer Bestandspakete der vergangenen Jahre gleich mehrere Ausrufezeichen: Erstens rufen sie wieder ins Bewusstsein, dass es sich beim Immobilienmarkt um einen bedeutenden Markt handelt, auf dem auch bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung hinreichende Renditechancen zu erwarten sind. Dies liegt auch darin begründet, dass die Nachfrage nach Wohnfläche – wenn auch deutlich verlangsamt – aktuell weiterhin wächst und wahrscheinlich auch zukünftig im Durchschnitt noch wachsen wird. Mit etwa 25 Prozent der Gesamtausgaben der Haushalte ist das Wohnen in Deutschland ebenso wie auch in Europa der bedeutendste Konsumbereich. Zum Zweiten wird deutlich, dass sich die bisherigen Anbieter wie in anderen Wirtschaftszweigen auch zunehmend neuen Akteuren mit anderen Unternehmenskonzepten und

Bewirtschaftungsstrategien stellen und sich künftig noch stärker um ihre Marktposition bemühen müssen. Bei insgesamt entspannten Märkten und angesichts der absehbaren demographischen Strukturverschiebungen werden sich mittel- und langfristig nur diejenigen Angebote weiter qualifizieren, die den neuen Herausforderungen Rechnung tragen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass es derzeit vor allem Teilbestände privater Kleineigentümer sind, in denen sich diese Qualifizierung nur zögerlich vollzieht. Zum Dritten führen die mit den Verkäufen verbundenen Diskussionen um die Entwicklung der Mieten, der Instandhaltung, der Belegungsrechte und der Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte vor Augen, dass vor dem Hintergrund der auf breitem Niveau guten Wohnungsversorgung die Bürger mehr und mehr in den Markt entlassen und ihnen damit mehr Eigenverantwortung übertragen wird.

Vor allem aber haben die großen Transaktionen einen gewissen Stimmungsumschwung eingeleitet. Mit den medienwirksam kommunizierten Käufen großer Wohnungsportfolios demonstrierten die ausländischen Investoren eindrucksvoll ihr Vertrauen in die weitere Marktentwicklung. Viele Fakten, die zuvor noch als Metekel schlechter Marktperspektiven galten, werden inzwischen als Indikator von Marktpotenzialen interpretiert. Je stärker die Bautätigkeit hinter den Prognosen zurückbleibt, desto fester wird die Erwartung, dass sich schon bald wieder Knappheiten ergeben und die Mieten und Preise steigen könnten. Galt das Problem der Wohnungsversorgung weitestgehend als gelöst, werden jetzt die möglichen Folgen steigender Mieten und fehlender Belegungsrechte für die angemessene Unterbringung von ALG-II-Empfängern diskutiert. Und ebenso rückt der Stellwert der lokalen Wohnungsmärkte für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik zunehmend in das öffentliche Bewusstsein.

Bei einer fortschreitenden Konsolidierung des Arbeitsmarktes, weiterer wirtschaftlicher Dynamik und steigender Kaufkraft eröffnen sich neue Gestaltungsmöglichkeiten und Marktperspektiven. Dabei werden aber nicht alle Teilmärkte von den positiven Entwicklungen gleichermaßen profitieren. Die Trennlinien werden nicht einfach zwischen Ost- und Westdeutschland, oder zwischen Etagenwohnungen und Einfamilienhäusern zu ziehen sein. Die Muster sind sehr diffus. Investitionsentscheidungen bedürfen einer differenzierten Betrachtung, vor allem einer räumlich differenzierten Betrachtung, wie sie der Wohnungs- und Immobilienmarktbericht 2006 des BBR bietet.

Ende der 1990er Jahre haben in Deutschland verstärkt Verkäufe großer Wohnungsportfolios bzw. ganzer Wohnungsunternehmen eingesetzt. Sie zeichnen sich durch die teilweise sehr großen Einzelverkäufe, den stark gestiegenen Umfang des Gesamtvolumens sowie durch eine Veränderung der Art der Käufer und Verkäufer aus und unterscheiden sich damit von dem aus früheren Jahren bekannten Geschehen auf dem Mietwohnungsmarkt. Die aktuell zu beobachtenden Verkäufe haben eine kontroverse wohnungs- und sozialpolitische Debatte angestoßen. Aufgrund der Aktualität und der Dynamik des Themas sowie einer eingeschränkten Markttransparenz existierte bisher kein systematischer Überblick über Umfang, Struktur und Auswirkungen der Eigentümerwechsel. Um diese Lücke zu schließen haben das BMVBS und das BBR das Forschungsprojekt „Veränderung der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen“ konzipiert und in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung, die vom IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik durchgeführt wurde, liegen nun in einem Forschungsbericht vor.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass im Zeitraum von 1999 bis Juni 2006 in Deutschland über 150 Transaktionen großer Wohnungsbestände (mit 800 und mehr Wohnungen) durchgeführt wurden, in deren Rahmen rund 1,28 Mio. Wohnungen den Eigentümer wechselten. Davon wurden mit rund 807.000 Wohnungen alleine knapp zwei Drittel in den Jahren 2004, 2005 und im ersten Halbjahr 2006 veräußert (vgl. Abb. linke Seite). Das Transaktionsvolumen dieser zweieinhalb Jahre liegt bei 34,7 Mrd. €. Von 2004 auf 2005 war gleichzeitig ein spürbarer Anstieg der Verkaufspreise von rund 590 auf 760 € pro m² Wohnfläche zu verzeichnen. Die Transaktionen großer Wohnungsbestände erfolgten insgesamt weit überdurchschnittlich in entspannten Wohnungsmärkten und in Ballungsgebieten.

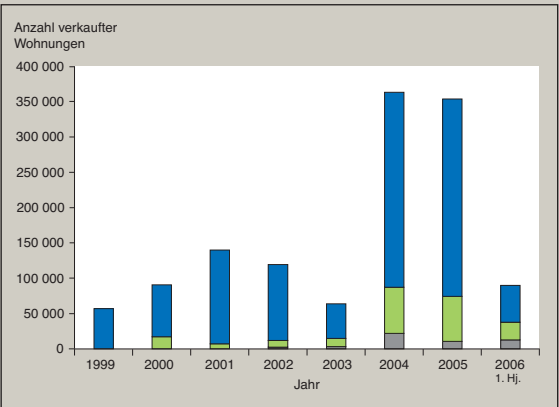
Von den verkauften Wohnungen entfallen 57 Prozent auf Verkäufe der öffentlichen Hand, 19 Prozent auf Verkäufe industrieverbundener Unternehmen und rund 25 Prozent auf die übrigen privaten Eigentümer. Gekauft wurden die Wohnungen zu 77 Prozent von privaten Käufern – dabei stieg im Zeitverlauf die Bedeutung dieser Gruppe, die zuletzt von Investoren aus dem angelsächsischen Raum dominiert wurde. Zu 22 Prozent war im untersuchten Zeitraum Käufer die öffentliche Hand und zu 1 Prozent Sonstige (z. B. Genossenschaften). Der Wohnungsbestand der öffentlichen Hand hat sich durch Transaktionen um insgesamt rund 15 Prozent reduziert.

Die Untersuchung hat insgesamt ergeben, dass sich bei den verkauften Beständen seit dem Kauf relativ wenige Veränderungen zeigen – insbesondere haben überwiegend keine groß angelegten und intensiven, sondern meist nur punktuelle Modernisierungen stattgefunden. Vielfach wurden die Ausgaben für die Bestandsinvestitionen von den Käufern reduziert; dabei bleibt u.a. aufgrund des langfristigen Charakters dieser Maßnahmen bisher noch unklar, ob die Einsparungen durch Rationalisierung bzw. Effizienzsteigerungen erreicht werden oder auch zu Lasten der Substanz gehen können.

Die Folgen für die Mieter halten sich nach den Ergebnissen der Analysen bislang überwiegend in Grenzen. Dies betrifft sowohl die Veränderungen an Wohnung, Gebäude und Bewohnerschaft als auch die Entwicklung der Mieten. Konflikte mit Mietern aufgrund von Modernisierungen und Mieterhöhungen sind nur punktuell aufgetreten und werden als Einzelfälle gewertet. Ein wesentlicher Grund wird darin gesehen, dass die Mehrzahl der Verkäufe auf entspannten Märkten stattgefunden hat und diese nur relativ geringe Spielräume für Mieterhöhungen bzw. für rentable Bestandsinvestitionen aufweisen. Für die Zusammenarbeit der Kommunen mit den örtlichen Wohnungsunternehmen in den Bereichen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik werden gewisse Unsicherheiten gesehen. Es wird damit gerechnet, dass sich die privaten Finanzinvestoren an quartiersbezogenen Maßnahmen nur selektiv beteiligen. Im Bereich der sozialen Wohnungsversorgung macht sich – hinsichtlich der Vermittlung von „Problemmietern“ – nach Verkauf eines kommunalen oder sonstigen traditionellen Wohnungsunternehmens an einen privaten Investor – der Verlust eines wichtigen Kooperationspartners für die Kommunen meist spürbar bemerkbar.



Veränderung der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen, Hrsg.: BMVBS und BBR, Reihe Forschungen, Heft 124, Bonn 2007



Transaktionen von Wohnungen nach Art des Verkaufsweges 1999–2006

- Unternehmensverkäufe
- Verkäufe von Beständen
- Verkaufsweg unklar

Berücksichtigt sind große Wohnungsbestände mit Verkäufen ab 800 Wohnungen

Bearbeitung: IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH
© BBR Bonn 2007

Regionalbarometer neue Länder

Potsdam, Holländisches Viertel, Foto: BBR



Den ostdeutschen Transformationsprozess begleitet das BBR seit Anfang der 1990er Jahre. Im Rahmen der Berichtsreihe „Regionalbarometer neue Länder“ werden regelmäßig die tief greifenden Veränderungen dieses schwierigen Anpassungsprozesses der ostdeutschen Regionen diskutiert – vor allem die regionalen Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Ländern. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich der deutsch-deutsche Einigungsprozess über die Zeit gestaltet und ob die vielfältigen Ost-West-Disparitäten, die sich anfangs in nahezu jeder regionalen Teilstruktur beobachten ließen, allmählich verschwinden. Auf Grund differenzierter Analysen ausgewählter wirtschaftlicher und sozialer Trends zeigt sich, welche Erfolge und Schwierigkeiten den ostdeutschen Transformationsprozess prägen, wie man bei der Umsetzung des raumordnerischen Ziels zur Schaffung relativ gleichwertiger Lebensbedingungen vorangekommen ist und wie die Menschen in Deutschland diesen Wandel reflektieren.

Die anfänglich starken Abwanderungen der Ostdeutschen in den Westen haben sich spürbar verringert und die ostdeutschen Binnenwanderungen konzentrieren sich wieder stärker auf die ostdeutschen Regionen. Nicht zuletzt dank der umfangreichen finanziellen West-Ost-Transfers wurden die regionalen Strukturen in den unterschiedlichsten Bereichen modernisiert. Sie haben sich damit dem Weststandard weiter angenähert, verbunden mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen für die ostdeutsche Bevölkerung.

Das Ost-West-Gefälle

Die Berichte des „Regionalbarometers“ belegen, dass die ostdeutschen Regionen ihre Position im Wettbewerb der Regionen bereits deutlich verbessern konnten. Dafür sprechen mehrere Ergebnisse: Die Ost-West-Schere in der Produktivität schließt sich weiter. Der Prozess der Deindustrialisierung wurde gestoppt. Die Verkehrsanbindung an das bundesdeutsche Autobahnnetz hat sich spürbar verbessert. Der Tourismus hat sich als aufstrebende Branche in Ostdeutschland etabliert.

Andererseits gibt es noch immer latente strukturelle Schwächen der ostdeutschen Regionen. Die finanziellen West-Ost-Transfers reichen allein jedoch nicht aus, um einen eigenständigen, sich selbst tragenden Aufschwung der ostdeutschen Regionen abzusichern. Die Schwächen drücken sich in den vielfältigsten wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen aus. So gibt es noch immer be-

achtliche Ost-West-Disparitäten bei der Arbeitslosigkeit. Während sich die Regionen mit einem sehr niedrigen Niveau der Arbeitslosigkeit vor allem auf die ländlichen Räume der Länder Bayern und Baden-Württemberg konzentrieren, konzentrieren sich die überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten vor allem auf die ländlichen Räume der neuen Länder. Allerdings trifft dieses Problem auch die westdeutschen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass in den letzten Jahren der Schwerpunkt des Einsatzes Arbeitsmarkt entlastender Instrumente vor allem in den neuen Ländern lag.

Auch im Niveau der regionalen Wirtschaftskraft zeigen sich noch immer deutliche Ost-West-Unterschiede. Während ein westdeutscher Erwerbstätiger 2004 eine Bruttowertschöpfung von 53,6 Tausend € realisierte, lag dieser Wert in den neuen Ländern 21 Prozent niedriger (42,4 Tausend €). Den Neuen Ländern fehlen noch immer die „Inseln hoher Wirtschaftskraft“, zu denen man derzeit vor allem die Standorte rund um Berlin, Potsdam und Dresden zählt. Allerdings senden diese Regionen bislang nur geringe Entwicklungsimpulse auf ihr regionales Umfeld aus. Im Bereich der strukturschwachen Regionen lässt sich zudem zwar eine zunehmende Vermischung der Problemlagen zwischen den ost- und westdeutschen Regionen beobachten, die ostdeutschen Regionen sind aber noch immer klar in der Mehrzahl. Die wirklich wirtschaftsstarken Regionen konzentrieren sich nach wie vor auf die alten Länder, wobei gerade die Regionen mit stark globalisierten Unternehmen Spitzenwerte erreichen.

Stabilisierung im Wohnungsbau

Im Bereich des Wohnungsbaus konnten die Maßnahmen des Stadtumbaus Ost einer Verschärfung der Angebotsüberhänge begegnen. Die Leerstände gingen leicht zurück. Die Mieten haben sich auf geringem Niveau stabilisiert und an die Einkommenssituation in Ostdeutschland angepasst. Es ist wahrscheinlich, dass nach dem Jahr 2010 weitere Wohnungsabrisse erforderlich werden. Der Wohnungsneubau wird damit für die Wohnungsver-sorgung auch künftig relativ unbedeutend bleiben. Der Wohnungsbestand rückt künftig noch stärker in den Mittelpunkt. Für die Wohnungsmarktakeure in Ostdeutschland wird es immer wichtiger, dass sich die Wohnqualitäten des Angebotes der veränderten Nachfrage anpassen, die da sind: kleinteilig, aufgelockert, eigentumsorientiert oder eigentumsähnlich.

Programme Überblick

PROGRAMME NATIONAL
Allgemeine Ressortforschung
ExWoSt
MoRo
Aufbau Ost
Förderung der Bauforschung
Zukunft Bau
Wiss. Begleitung der Städtebauförderungsprogramme (Stadtumbau West, Stadtumbau Ost, Städtebaulicher Denkmalschutz, Soziale Stadt)
Forschungsprogramm Stadtverkehr
PROGRAMME EUROPÄISCH
ESPN
INTERREG

PROGRAMME NATIONAL

- **ExWoSt – Experimenteller Wohnungs- und Städtebau 42**
Modelle genossenschaftlichen Wohnens 44
Migration/Integration und Stadtteilpolitik 44
Stadtquartiere im Umbruch 45
Gender Mainstreaming im Städtebau 45
Kreislaufwirtschaft in der städtischen und stadtreionalen Flächennutzung 46
Planspiele „Fläche im Kreis“ – Strategien zur Flächenkreislaufwirtschaft 49
Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen 50
Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere 52
- **MORO – Modellvorhaben der Raumordnung 54**
Raumordnungspolitik zur Förderung der Wissensgesellschaft 56
Nachhaltige Siedlungsentwicklung 57
Infrastruktur und demografischer Wandel 58
Handbuch zur Planung flexibler ÖPNV-Bedienungsformen 59
- **Initiative Architektur und Baukultur 60**
- **Wissenschaftliche Begleitung der Städtebauförderungsprogramme 62**
Stadtumbau West 62
Stadtumbau Ost 63
Städtebaulicher Denkmalschutz 64
Soziale Stadt 66
- **Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ 68**
Radio Frequency Identification (RFID) 70
Wettbewerb „Solar Decathlon“ 70
Zukunftstechnologien zur Energieeinsparung 71

- Innovative Projekte im Städtebau (2001–2004)
- Öffentlicher Raum (2000–2004)
- 3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung (2002–2003)
- Stadtentwicklung und Stadtverkehr (2000–2003)
- Städte der Zukunft (1996–2003)
- Wohnen in der Innenstadt (2000–2002)
- Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen (1993–1997, 2000–2002)
- Planspiel Innenstadt (1999–2001)
- Planspiel Leipzig-Grünau (1997–2000)
- Nutzungsmischung im Städtebau (1995–2000)
- Zentren (1995–2000)
- Schadstoffminderung im Städtebau (1994–1999)
- Städtenetze (1994–1998)
- Städtebau und Verkehr (1989–1998)
- Wohnsituation alleinerziehender und alleinstehender Schwangerer in Notlagen (1992–1996)
- Städtebauliche Entwicklung großer Neubaugebiete (1991–1996)
- Städtebauliche Erneuerung von Städten, Kleinstädten und Dörfern (1991–1996)
- Städtebauliche Qualitäten im Wohnungsneubau – umweltschonende Anforderungen, beschleunigte Verfahren (1991–1996)
- Konversion – Städtebauliche Möglichkeiten durch Umwidmung militärischer Einrichtungen (1991–1995)
- Nachbesserung von Großsiedlungen (1983–1994)
- Städtebau und Wirtschaft (1989–1993)
- Ältere Menschen und ihr Wohnquartier (1988–1993)

Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft

Erproben von Ansätzen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und Untersuchen ihrer Tragfähigkeit im Hinblick auf eine moderne Stadtentwicklung. Denn eine tragfähige Stadtentwicklung kann nicht mehr allein durch bauliche Erneuerung und soziale Akzente gesichert werden.

Modellvorhaben „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“

Stärkung der Standortqualitäten: Innerstädtische Quartiere als Wohnstandorte und Erlebnisraum lebenswert gestalten. Räumliche Bedingungen dafür schaffen, dass Familien in den Städten wohnen bleiben und ältere Menschen die Qualitäten städtischer Quartiere schätzen und wieder entdecken.

Modelle genossenschaftlichen Wohnens – Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften

Altersvorsorgeangebote für Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften entwickeln. Denn neben Altersvorsorgeprodukten zur Rentenerhöhung kann auch die Reduzierung von Wohnkosten einen wesentlichen Beitrag zur privaten Altersvorsorge leisten.

Modelle genossenschaftlichen Wohnens – Erschließen von Genossenschaftspotenzialen

Verschiedene Wege zur Weiterentwicklung und Stärkung des genossenschaftlichen Wohnens aufzeigen (anhand von 21 Modellvorhaben). Denn die Potenziale, die Wohnungsgenossenschaften mit ihrer attraktiven und zukunftssicheren Wohnform zwischen Eigentum und Miete bieten können, sind bei weitem nicht ausgeschöpft.

Stadtquartiere im Umbruch

Aus innovativen Modellvorhaben Hinweise für zukunftssichernde Strategien für solche Stadtteile gewinnen, in welchen hohe Bevölkerungsverluste zu Gebäudeleerständen und Brachen führen. Wie kann in den Stadtquartieren aus baulichen Verlusten ein Zugewinn an Lebensqualität erwachsen?

Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau – Ein- und Zweifamilienhäuser in prosperierenden Regionen

In konkreten Modellvorhaben werden Strategien und Konzepte erprobt, mit denen nachfragegerechte Bau- und Wohnformen im Ein- und Zweifamilienhausbereich in verdichteten Regionen kostengünstig und qualitätsbewusst umgesetzt und integriert werden können.

Kostengünstige und qualitätsbewusste Entwicklung von Wohnungsobjekten im Bestand

Erforschung übertragbarer kommunaler Ansätze und Strategien zu den beiden Schwerpunkten Motivations- und Aktivierungsstrategien sowie Unterstützung und Qualifizierung des Entscheidungsprozesses der Privateigentümer zur kostengünstig qualitätsbewussten Weiterentwicklung des Wohnungsbestands in sechs Modellvorhaben.

Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung

Planspiele, in denen die Akteure gemeinsam Strategien einer Flächenkreislaufwirtschaft entwickeln: Stadtregion Stuttgart, Region Mölln, Region Rheinhessen-Nahe, Stadt Duisburg und Planungsregion Nordthüringen.

Migration/Integration und Stadtteilpolitik

Fundierte Bestandsaufnahme und systematische Auswertung der städtebaulichen Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration in Wohngebieten.

Gender Mainstreaming im Städtebau

Die Gleichstellungsperspektive in die Städtebaupolitik und in städtebaulichen Planungen und Realisierungen einbeziehen. Erarbeiten von übertragbaren Strategien zur Integration von Gender Mainstreaming in das Verwaltungshandeln sowie deren systematische Steuerung.

ExWoSt – Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

Mit dem Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau „ExWoSt“ fördert der Bund in Form von Forschungsfeldern, Studien und Initiativen innovative Planungen und Maßnahmen zu wichtigen städtebau- und wohnungspolitischen Themen. Aus den Erfahrungen sollen Hinweise für die Weiterentwicklung der Städtebau- und Wohnungspolitik abgeleitet und der Wissenstransfer unterstützt werden.

Das Forschungsprogramm „ExWoSt“ ist ein Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut.



Modelle genossenschaftlichen Wohnens

Migration/Integration und Stadtteilpolitik

Stadtquartiere im Umbruch

Gender Mainstreaming im Städtebau



Genossenschaftspotenziale – Modelle genossenschaftlichen Wohnens, Hrsg.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sonderveröffentlichung Berlin, 2006

Wohnungsgenossenschaften sollen auf Grund ihrer besonderen Vorzüge größere Bedeutung auf den Wohnungsmärkten und in der sozialen Stadtentwicklung erhalten. Der Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (2004) bildet eine Grundlage für die Umsetzung dieses wohnungspolitischen Anliegens der Bundesregierung. Er weist auf die Potenziale der Wohnungsgenossenschaften mit ihrer attraktiven und Zukunft sichernden Wohnform zwischen Eigentum und Miete hin, die bei der Wohnraumversorgung von Haushalten mit Kindern, älteren Menschen, Migranten oder auch anderen Zielgruppen aktiviert werden können. Wohnungsgenossenschaften können auch zur Stabilisierung von städtischen Quartieren und zur privaten Altersvorsorge beitragen.

Um die Empfehlungen der Kommission in der Praxis zu erproben, hat das BBR im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Modelle genossenschaftlichen Wohnens“ 21 Modellvorhaben begleitet. Dabei ging es um neue Wege in der Zielgruppenansprache, um die Beförderung von Neugründungen, um die Aktivierung von genossenschaftlichen Potenzialen in der Stadt- und Quartiersentwicklung sowie um eine stärkere Akzeptanz des genossenschaftlichen Wohnens in der Bevölkerung.

Im Teilprojekt „Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften“ wurden dagegen verschiedene Modelle entwickelt und auf ihre Machbarkeit hin untersucht, mit denen Genossenschaftsmitglieder finanzielle Mittel ansparen können, um im Alter ihre Wohnkosten reduzieren zu können. Möglichkeiten dazu liegen z.B. im Erwerb zusätzlicher Geschäftsanteile oder eines Dauerwohnrechts sowie in der Nutzung einer genossenschaftlichen Spareinrichtung.

Die Ergebnisse beider Projekte wurden im Oktober 2006 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im BMVBS in Berlin präsentiert und die Berichte sind in der Reihe Forschungen des BBR (Heft 125 und 126) erschienen. Um die Bandbreite innovativer genossenschaftlicher Projekte für einen größeren Interessentenkreis zugänglich zu machen und für das genossenschaftliche Wohnen zu werben, zeigt eine Wanderausstellung die Ergebnisse des gesamten Forschungsfeldes „Modelle genossenschaftlichen Wohnens“. Die Broschüre „Genossenschaftspotenziale“ fasst darüber hinaus die wichtigsten Ergebnisse zusammen und bietet außerdem einen Überblick über die einzelnen Modellvorhaben.

Im Mittelpunkt des im November 2006 gestarteten Forschungsvorhabens „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ steht eine fundierte Bestandsaufnahme und systematische Auswertung der städtebaulichen Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration. Die räumliche Bezugsgröße ist das Stadtquartier. Die fallstudiengestützten Ergebnisse geben Hinweise für Stadtentwicklung und Stadtteilpolitik.

In nahezu allen großen Städten in Deutschland haben sich Stadtteile und Wohngebiete mit einem hohen Zuwandereranteil gebildet, in denen sich soziale Benachteiligung und ethnisch-kulturelle Unterschiede in besonderer Weise überlagern. Oftmals sind es innerstädtische und innenstadtnahe Stadtquartiere und hoch verdichtete Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand und die infrastrukturelle Ausstattung erhebliche Defizite aufweisen. Dem städtischen Raum und insbesondere dem Wohnquartier kommt damit eine wachsende Bedeutung für die Integration von Zuwanderern zu.

Der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung 2004 hebt die Schaffung sozial stabiler Stadtquartiere und die Integration der zugewanderten Bevölkerung daher als einen Themenschwerpunkt hervor, der im Mittelpunkt des politischen Entscheidungsbedarfs für eine zukunftsfähige städtebauliche Entwicklung und eine Politik der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Modernisierung der Städte und Gemeinden in Deutschland steht.

Auf der Basis bereits vorliegender Erfahrungen in den Städten sowie einschlägiger Untersuchungen sollen eine fundierte Bestandsaufnahme und Auswertung zu städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Strategien und Handlungsansätzen zur Förderung der Integration vorgenommen werden. Darüber hinaus sollen im Rahmen von ausgewählten Fallstudien tragfähige Konzepte und Projekte vertiefend evaluiert und im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit untersucht werden. Der räumliche Schwerpunkt des Forschungsvorhabens liegt auf der Stadtteilebene. Die Ansätze und Instrumente sollen in ihrer ganzen Breite erfasst und Schlussfolgerungen für die Städtebaupolitik des Bundes gezogen werden. Erfolgreiche Beispiele werden in Form von Fallstudien porträtiert, in einer Veröffentlichung dokumentiert und auf Fachveranstaltungen vorgestellt.

Stadtteilbezogene Aktionsfelder sind: Wohnen, Wohnumfeld und öffentlicher Raum; Soziale und kulturelle Infrastruktur; Förderung der lokalen (ethnischen) Ökonomie; Beteiligung (von Migranten/Innen) an Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Das Phänomen von Wachstum bei gleichzeitiger Schrumpfung ist im Vergleich der Städte aber auch zwischen den Stadtteilen einer Stadt zu beobachten. In Stadtteilen mit dauerhaft rückläufigen Entwicklungen werden neue Anforderungen durch eine „Stadtentwicklung ohne Wachstum“ gestellt. Wegen hoher Bevölkerungsverluste kommt es vielfach zur Schließung und zum Rückbau öffentlicher Infrastruktureinrichtungen. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die Überprüfung, wie die neuen städtebaulichen Instrumente für den Stadtbau dazu beitragen, dass aus baulichen Verlusten Gewinne für die Lebensqualität in den Stadtquartieren erwachsen können.

In den fünf ausgewählten Städten Castrop-Rauxel, Cottbus, Halle, Schwerin und Wuppertal werden Modellvorhaben gefördert und wissenschaftlich begleitet. Als Referenzstädte dienen Bremerhaven, Duisburg, Eisenhüttenstadt, Guben und Parchim. Die Zusammenstellung spiegelt wider, dass die demographische Entwicklung eine gesamtdeutsche Herausforderung darstellt, auf die mit stadtentwicklungspolitischen Strategien zu reagieren ist – sowohl durch aktuelle Problemlösungen als auch durch präventive Konzepte. Die Auftaktveranstaltung fand im Februar 2006 in Halle an der Saale statt.

Unter der Voraussetzung, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt, berücksichtigt „Gender Mainstreaming“ bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern differenziert nach Altersgruppen. Gender Mainstreaming will die Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in alle Politikbereiche und (politischen) Aktivitäten integrieren. Auch im Städtebau sollen die Bedürfnisse in Verbindung mit Lebenssituationen von vornherein und regelmäßig in alle Stufen des Planungs- und Entscheidungsprozesses einfließen.

Um diesen Weg für die Praxis leichter begehbar zu machen, wurde Ende 2003 das Vorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) „Gender Mainstreaming im Städtebau“ gestartet. Es zielte auf die Integration von Gender Mainstreaming in die konkrete kommunale Planungspraxis. Im Mittelpunkt des Vorhabens stand die modellhafte Umsetzung des Programms in ausgewählten Städten.

Im Ergebnis haben die beteiligten Städte die Umsetzung von Gender Mainstreaming als Qualitätssteigerung ihrer Planungen gewertet: Bezogen auf die Prozesse verbuchten sie den systematischen, transparenteren und damit weitgehend konsensualen Planungsprozess sowie die frühzeitige Einbindung der Planungsbetroffenen und anderer Behörden als zusätzlichen Gewinn. Bezogen auf die veränderten Planinhalte hoben sie die höhere Alltagstauglichkeit und Effektivität der Planungen hervor, die Ergebnis einer differenzierten Einbeziehung der Nutzerinteressen war.



Gender Mainstreaming im Städtebau, ExWoSt-Informationen Ausgaben 26/2, 05/2005, und 26/4, 11/2005

Kreislaufwirtschaft in der städtischen und stadtreionalen Flächennutzung



Filderlandschaft,
Planspielregion Stuttgart
Foto: Ute Schmidt-Contag

In seiner Ressortforschung hat das BMVBS einen Themenschwerpunkt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ gesetzt und daher auch im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) Ende 2003 das Forschungsfeld „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtreionalen Flächennutzung“ (FLIK) initiiert.

Das Forschungsvorhaben mit einer Laufzeit von drei Jahren wurde im Auftrag des BMVBS und des BBR vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) in Kooperation mit der Projektgruppe Stadt + Entwicklung, Leipzig, und der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (SOFIA), Göttingen/Darmstadt, durchgeführt. Mit der Flächenkreislaufwirtschaft wurde im ExWoSt-Forschungsfeld ein integrativer Politik- und Steuerungsansatz untersucht, der eine veränderte Nutzungsphilosophie im Rahmen der Flächeninanspruchnahme zu Grun-

de legt. Diese veränderte Nutzungsphilosophie lässt sich in der Formel „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“ ausdrücken. Die Flächenkreislaufwirtschaft hat vorrangig und systematisch die Ausschöpfung aller bestehenden Flächenpotenziale im Bestand zum Ziel und lässt nur unter bestimmten Bedingungen die Inanspruchnahme neuer Flächen zu.

Der Lösung von Flächennutzungskonflikten dient das Management der Ressourcen kommunaler und regionaler Flächen. Flächenmanagement kombiniert die hierarchischen, hoheitlichen und formalen sowie konsensualen und informellen Instrumente zur Realisierung einer ressourcenschonenden und bedarfsgerechten Bodennutzung. Es umfasst die Steuerung der Bodennutzung, Bodenordnung und Beeinflussung des Bodenmarktes durch Planungs-, Ordnungs- und Entwicklungsprozesse.

Flächenrecycling ist Teil des Flächenmanagements.

Die Entwicklung von Flächen zum Wohle der Allgemeinheit wie des Einzelnen unterliegt der im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit. Pläne zu einer umweltverträglichen und sozialgerechten Bodennutzung bedürfen einer politischen Steuerung. Das BBR entwickelt Strategien und Instrumente zur Optimierung des Flächenmanagements und fördert Forschungsprojekte.

Management der Flächenressourcen

Der vielseitige Aufgabenbereich „Flächenmanagement“ beinhaltet kommunale wie regionale Aktivitäten und Maßnahmen zur Flächenentwicklung und -sicherung. Zu den kommunalen Aufgaben des Flächenmanagements im klassischen Sinne zählen die Bauleitplanung, Bodenordnung und Mobilisierung von Bauland. Hinzu kommen Erschließungsmaßnahmen, Beeinflussung von

Bodenmarkt und Bodenpreisen oder Flächenvermarktung.

Teil des kommunalen Flächenmanagements ist ein haushälterisches Bodenmanagement. Letzteres umfasst Strategien zur Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche, zur Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden und zur optimalen Nutzung städtebaulicher Dichte ebenso wie Maßnahmen zur Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen sowie zur Reduzierung der Bodenversiegelung. Zum Management von Schrumpfung zählt aber auch die Herausnahme von Flächen aus dem Baurecht oder aus der Vermarktung. Der deutsche Städtetag zählt zu einem strategischen Flächenmanagement u.a. Baulandbereitstellungsstrategien auf der Basis von Flächeninformationssystemen, Kooperationsmodellen zur sozial gerechten Bodennutzung, Modelle dynamischer strategischer Bodenreserven, stadtwirtschaftliche Kriterien und bodenpolitische Grundsatzbeschlüsse.

Innenentwicklung in Kernstädten erfordert ein qualitatives Flächenmanagement von Bestandsflächen, da hier auf Grund der Flächenknappheit kaum noch umweltverträglich zusätzliches Bauland entwickelt werden kann. Sie soll in den verdichteten Regionen als doppelte Strategie betrieben werden. Neben der baulichen Nachverdichtung und Brachenrevitalisierung muss die Entwicklung des Freiraumsystems aktiv durch Innenentwicklung vorangetrieben werden. Bei dieser Aufgabe wird die Forderung nach mehr Flächeneffizienz gestellt, die auf eine Inwertsetzung von Bestandspotenzialen zur Reduktion des Flächenverbrauchs für Wohnen und Wirtschaften abzielt und entsprechende Maßnahmen und Strategien umfasst.

Ziel der Flächenkreislaufwirtschaft ist die Sicherung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung auf stadtreionaler Ebene. Aufgrund der andersartigen institutionellen und rechtlichen Verankerung ist dies kein einfaches Übertragen kommunaler Aufgaben, sondern eine handlungsbasierte Kooperation gleichberechtigter Akteure. Es umfasst die Phasen Monitoring, Planung und Umsetzung. Zu den Aufgaben zählen Strategieentwicklungen, Wirkungsfolgeabschätzungen, Zielvereinbarungen, Projektinitiiierung und Controlling. Flächenmanagement mündet zunehmend in einen proaktiven Ansatz der Flächenkreislaufwirtschaft. Proaktive Bewirtschaftungsansätze für Stadt oder Region zielen vorrangig auf die Entwicklung von Bestandspotenzialen und die Inwertsetzung von Brachen. Die Neuinanspruchnahme von Flächen wird dabei auf ein Mindestmaß beschränkt.



„Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“,
Band 1: Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption, 2006
Band 2: Ergebnisse der Planspiele in den fünf Planspielregionen, 2007
Band 3: Neue Instrumente, 2007
Hrsg.: BBR/BMVBS

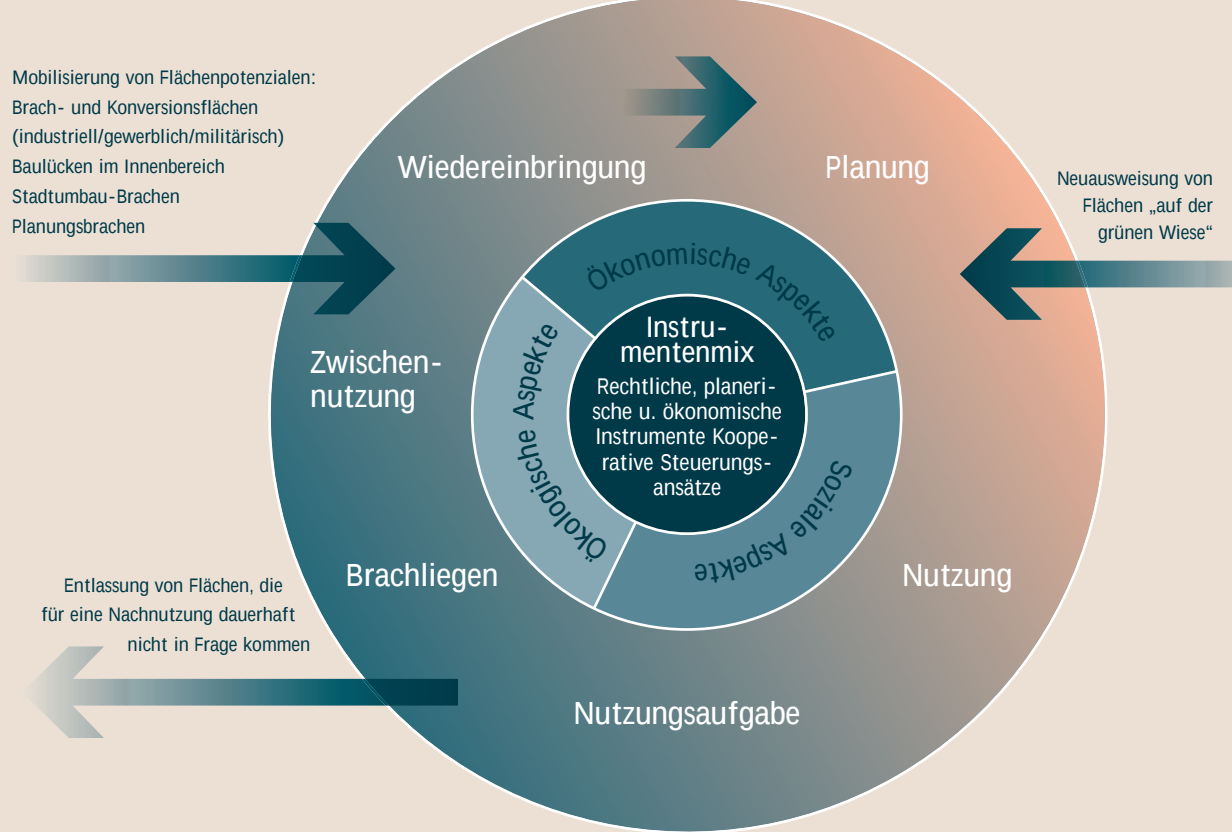
Weblink:
www.flaeche-im-kreis.de

Planspiele „Fläche im Kreis“ – Strategien zur Flächenkreislaufwirtschaft



spielt dabei eine große Rolle: Abgaben, erhoben in der Region, werden für flächenpolitische Ziele in derselben Region genutzt – dies erhöht deutlich die Akzeptanz neu einzuführender Instrumente. Das Aufkommen einer derartigen Abgabe wäre dann mit einer regionalen Zweckbindung – etwa für Innenentwicklungsmaßnahmen – zu belegen. Ein ähnlich kombinierter Einsatz schwebt den Regionen beim Grundstücksfonds vor.

Als einzelnes Instrument kann er sowohl zur Anschubfinanzierung für die Mobilisierung zunächst nicht vermarktungsfähiger Grundstücke als auch zur Entlastung von Flächen aus dem Flächenkreislauf genutzt werden. Ergänzt werden könnten diese Fonds durch eine Rückbaupflicht mit Haftpflichtversicherung sowie durch finanzielle Anreize für Private, insbesondere Kreditvergünstigungen. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels gehört eine handhabbare Abschätzung der Kostenfolgen von Baulandausweisungen – insbesondere im Bereich der infrastrukturellen Daseinsvorsorge – perspektivisch zu den vordringlichen Aufgaben der stadtregionalen Flächenplanung.



Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen

Das frühere Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, heute Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, und das BBR haben im Jahr 2002 den neuen Forschungsschwerpunkt „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ eingerichtet. In einer vorbereitenden Phase wurden Modell- und Forschungsvorhaben aus den letzten zehn Jahren im Hinblick auf Strategien, Handlungsansätze und Instrumente zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen ausgewertet. Die Ergebnisse wurden im Februar 2004 veröffentlicht.

Das Forschungsfeld „Kostengünstiger und qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern“ wurde im Jahr 2004 eingeleitet. Das Programm knüpft an die aktuellen demographischen, sozioökonomischen und raumstrukturellen Entwicklungen an und möchte einen Beitrag zur langfristigen und nachhaltigen Wohnraumversorgung der Bevölkerung beitragen. Konkret geht es um die Steigerung der Attraktivität der Kernstädte für die Eigentumsbildung im Bereich Ein- und Zweifamilienhäuser, die Integration kleinteiliger Wohnprojekte in vorhandene städtebauliche Strukturen und die Anpassung der Bau- und Wohnformen an zukünftige Bedürfnisstrukturen von Bauherren und Nutzern.

Diese Ansätze wurden in sechs Modellvorhaben erprobt und wissenschaftlich ausgewertet. Die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben werden durch ein Sondergutachten zu den Wohnbedürfnissen, -wünschen und -präferenzen von Nachfragergruppen im Ein- und Zweifamilienhausbereich ergänzt.

Das Forschungsfeld wurde im Juni 2007 mit einem Workshop abgeschlossen, bei dem die zentralen Erkenntnisse vorgestellt und diskutiert wurden. Die Themen lauteten „Aktive Grundstückspolitik – Ein zentrales Instrument zur Stärkung des Eigenheimbaus in Kernstädten“, „Möglichkeiten und Grenzen der Implementation von Eigenheimen in innenstadtnahen Quartieren – Städtebauliche Integration und Dichte“ und „Das Einfamilienhaus, ein Lebenstraum – Kostengünstige und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten“.

Das Forschungsfeld „Kostengünstige und qualitätsbewusste Entwicklung von Wohnungsobjekten im Bestand“ wurde im Jahr 2005 aufgelegt. Es geht von der wachsenden Bedeutung des Immobilienbestandes für die zukünftige Wohnraumversorgung aus. Damit die Bestandsimmobilien diese Versorgungsfunktion tatsächlich erfüllen können, müssen sie langfristig der geänderten Nachfrage angepasst werden. Beleuchtet werden Konzepte und Strategien von Kommunen und anderen Akteuren, die versuchen, private Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie kleineren Mietobjekten für die zukünftige Entwicklung des Wohnungsbestandes und deren Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sensibilisieren.

Im Rahmen des Forschungsfeldes werden sechs Modellvorhaben wissenschaftlich begleitet. Drei Sondergutachten zu den Marktchancen von Einfamilienhäusern und kleineren Mietobjekten im Bestand, zur Neutralität von Beratungsinstanzen für die Anpassung von Bestandsimmobilien und zu den Erfahrungen der Entwicklung von Bestandsobjekten im europäischen Ausland runden das Forschungsfeld ab.



Querschnittsstudie zum kostengünstigen qualitätsbewussten Bauen, Werkstatt: Praxis Heft 1/2004, Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2004



ExWoSt-Informationen 29/3, Kostengünstig und qualitätsbewusst Bauen – Wohnungsobjekte im Bestand, BBR Bonn 2007

Stadtentwicklungspolitische Überlegungen, Lebensqualitäten in den Städten zu erhöhen und damit die Stadt insgesamt als Wohnstandort zu stärken, fallen in eine Phase des Nebeneinanders von höchst unterschiedlichen Entwicklungstrends. Einerseits verläuft die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung in vielen Städten stabil oder auch deutlich positiv. Die hohe Nachfrage führt in bestimmten Quartierstypen und Wohnungsbeständen zu einer insgesamt günstigen Situation. Hier bieten öffentliche Maßnahmen zusammen mit privaten Investitionen und Angeboten die Basis für Erneuerungs- und Anpassungsprozesse im Wohnungsbestand und ein vielfältiges Quartiersleben in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Im Ergebnis sind solche innerstädtischen Wohnstandorte auch für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen als Wohnstandort akzeptiert und bieten gute Voraussetzungen für das Zusammenleben der Generationen. Hier dürften gezielte Einzelprojekte zur Anpassung von Wohnungsbeständen, Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnumfeld gefragt sein, um deren Standortqualitäten dauerhaft zu sichern.

Andererseits finden in anderen Städten oder benachbarten Stadtteilen Stagnations- und Schrumpfungstendenzen statt. Viele Quartiere mit eigentlich hohen Potenzialen verlieren durch Entmischungsprozesse an entspannten örtlichen Wohnungsmärkten innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums ihre Funktion als attraktive Wohnstandorte von verschiedenen Generationen, insbesondere von Familien mit Kindern. So sind innerstädtische Wiederaufbaugebiete in verdichteter Bauweise durch die Angebotsmängel im Geschosswohnungsbau immer weniger Ziel für Familien, obwohl hier durchaus gute Wohnumfeldbedingungen und eine gute Infrastruktur vorhanden sind.

Andere häufig zu beobachtende Quartierstypen mit Erosionstendenzen sind Altbauquartiere in innerstädtischer Lage, die zwar über hohe Wohnungsbestands- und Lagepotenziale, nicht aber über ein familien- und kindgerechtes Wohnumfeld verfügen. Dabei spielen Freiflächendefizite, Gestaltungsdefizite und vor allem der

motorisierte Individualverkehr eine zentrale Rolle. Bei einer stagnierenden Wohnungsmarktsituation und einer heterogenen Eigentümerstruktur kommt oft hinzu, dass die Wohnungseigentümer wenig konzeptionell und ohne Aussicht auf Refinanzierung in der Wohnungsbe-wirtschaftung und Modernisierung agieren.

Insgesamt werden damit wichtige Potenziale verschiedener innerstädtischer Gebietstypen aufs Spiel gesetzt. So kommt es zur Gleichzeitigkeit von attraktivem Innenstadt-wohnen und Rückzug aus innerstädtischen Lagen. Es besteht also erheblicher Handlungsbedarf, die Wohn- und Lebensqualität zugunsten der derzeitigen Bewohner, der zuzugsbe-

reiten und rückkehrwilligen Haushalte wie auch in der Perspektive künftiger Generationen zu sichern und zu erhöhen, und damit die Städte insgesamt als Wohnstandort und Lebensmittelpunkt zu sichern. Wohnungsangebot, soziale Infrastruktur und öffentlicher Raum wirken hier direkt zusammen.



Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere

In gelebten Nachbarschaften und im attraktiven Wohnumfeld entscheidet sich die Wertschätzung und Lebensqualität urbaner Wohnformen. Dies gilt insbesondere für Kinder und Alte in ihren familiären Beziehungen. Deshalb widmet sich das neue ExWoSt-Forschungsfeld den Bevölkerungsgruppen, für die das Stadtquartier von besonderer Bedeutung ist.

Es bleibt aber nicht bei der Optimierung jeweils zielgruppenspezifischer Anforderungen an den Raum stehen. Vielmehr geht es um einen generationenübergreifenden Ansatz. Das Zusammenleben in starken Nachbarschaften ist letztlich davon geprägt, wie es gelingt, gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Unterstützung zur alltäglichen Erfahrung zu machen.

Das Forschungsfeld will mit seinem Ansatz Wege aufzeigen, wie eine Renaissance städtischer Lebensweisen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung gelingen kann. Die Modellvorhaben sind hierfür „stadtentwicklungspolitische Labors“. Neben praxiserprobten Handreichungen nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“ sollen Rückschlüsse gewonnen werden, wie durch das Zusammenwirken bundesrechtlicher Rahmensetzungen die Bedingungen für lebenswerte Städte und Stadtquartiere gesichert bzw. verbessert werden können.

Rückbesinnung auf die Vorteile urbaner Lebensformen

Das Anliegen einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik ist es, die Standortqualitäten der Städte zu stärken und die Attraktivität der Stadtquartiere für alle Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Hohe städtebauliche Qualitäten und bedarfsgerechte Wohnraumangebote können wesentlich dazu beitragen, die Suburbanisierung abzuschwächen und eine Rückbesinnung auf die Vorteile urbaner Lebensformen zu begünstigen. Dies betrifft sowohl Familien mit Kindern, die z.B. ihren Wunsch vom „Wohnen im Grünen“ verwirklichen möchten, als auch solche älteren Bewohnerinnen und Bewohner, die „die Stadt der kurzen Wege“ zu schätzen wissen bzw. auf wohnungsnahе Versorgungsangebote angewiesen sind.

Der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung stellt die Bedeutung der Städte als Lebenswelt aller Generationen in den Vordergrund. Er zielt darauf ab, wohnungspolitische Maßnahmen mit städtebaulichen noch enger zu verzahnen, z.B. bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und der demographisch bedingten Anpassung städtischer Infrastruktur. Er verweist darauf, dass der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung der

Stadtquartiere darin liegt, Stadtplanung und andere Fachplanungen zu vernetzen.

Eine zukunftssichernde Wohnungs- und Städtebaupolitik wird dann erfolgreich sein, wenn die Berücksichtigung spezifischer Anforderungen einzelner Bevölkerungsgruppen dazu beiträgt, das Zusammenleben aller Generationen zu stärken. Die Anforderungen an Wohnung, Freiraum und wohnnahe öffentliche Einrichtungen sind vielfältig. Die Angebote müssen den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen, ohne dass sich dadurch geschlossene Milieus mit einseitigen Bevölkerungsstrukturen herausbilden. Stabile Nachbarschaften in attraktiven Stadtquartieren leisten einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist das nachbarschaftliche Zusammenleben aller Generationen ein wichtiges Element für den gesellschaftlichen Frieden. Der anhaltenden Suburbanisierung ist durch eine vorausschauende Stadtpolitik ebenso entgegenzuwirken wie der Entmischung gewachsener Stadtquartiere.



Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere, ExWoSt-Informationen 32/1, BBR Bonn 2007

Die Bundesregierung unterstützt ausgewählte Städte, die Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen und die Stadtquartiere für alle Generationen lebenswert gestalten. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat deshalb das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ eingerichtet. Im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) werden Städte fachlich und finanziell durch Modellvorhaben mit innovativen Projekten gefördert.

- kommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen (2005–06)
- Bahnverkehr in der Region (2001–2004)
- Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern (2001–2004)
- Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen (2003–2004)
- Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der kommunalen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (2003–04)
- FORUM Städtenetze (1998–2003)
- Regionale Sanierungs- und Entwicklungsgebiete (1996–2002)
- Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Regionalentwicklung (2000–2002)
- Regionales Flächenmanagement – Ansatzpunkte für eine ressourcenschonende Siedlungsentwicklung (2000–2002)
- Evaluierung „Guter Beispiele“ einer nachhaltigen Regionalentwicklung (2001–2002)
- Raumordnerische Leitbilder für den Raum deutsch-polnische Grenze (2001–2002)
- The Baltic Manual – Sharing of Expertise in Spatial Planning (1998–2001)
- VASAB 2010 Plus – Raumentwicklung in der Ostseeregion (1998–2001)
- Vision Planet – Erarbeitung von Perspektiven und Strategien der Raumentwicklungspolitik im Mitteleuropäischen und Donaauraum in vernetzter Planung (1998–2000)
- Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ (1997–2000)
- Regionalkonferenzen (1996–2000)
- Modellprojekte zur Raumverträglichkeitsprüfung im Alpenraum (1998–2000)

Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge

In drei Modellregionen werden unter den Vorzeichen der demographischen Rahmenbedingungen regionalplanerische Konzepte zur Entwicklung und Sicherung zukunftsfähiger regionaler Infrastruktur erarbeitet.

Innovative Projekte zur Regionalentwicklung

In 13 Modellvorhaben werden Strategien und praxistaugliche Instrumente für die Bereiche „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ und „Infrastruktur und demographischer Wandel“ entwickelt.

CEMAT - Modellregionen - Innovationsregionen

Das Projekt unterstützt insbesondere die neuen Mitgliedstaaten des Europarates beim Aufbau lokaler und regionaler Kooperationsstrukturen aller an Planungsprozessen beteiligten Akteure.

Kulturlandschaftsentwicklung in Flussgebieten unter dem Aspekt des Hochwasserschutzes

Die Integration der Belange des Kulturlandschaftsschutzes bei Konzepten zum Hochwasserschutz sichert Flusslandschaften als wertvolle Kulturlandschaften für das Wohlergehen und die Lebensqualität der Menschen.

Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte

Mit einem Erfahrungsaustausch der Bundesländer untereinander und dem Bund unter Einbezug von Expertenwissen soll die Entwicklung der Zentrale-Orte-Konzepte forciert werden.

Stabilisierungsstrategien in strukturschwachen Räumen

Auf der Grundlage von sechs Fallstudien und der Auswertung ausgewählter Förderinstrumente soll eine Anpassung und Erweiterung des raumordnerischen Instrumentariums für heute erforderliche Stabilisierungsstrategien erfolgen.

Handbuch zur Planung flexibler ÖPNV-Bediensungsformen

Das Handbuch ist an die Regional- und Verkehrsplanung gerichtet und zeigt Problemlösungs- und Entwicklungsstrategien für eine erfolgreiche Einführung flexibler ÖPNV-Bediensungsformen in nachfrageschwachen Räumen.

Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft

Änderungen in Art und Weise der Wissensproduktion, -verteilung und -anwendung führen zu neuen regionalen Differenzierungen. Die Studie soll den theoretischen Hintergrund aufarbeiten, die räumlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft in Deutschland aufzeigen und raumplanerische Handlungsansätze benennen.

Analyse der Auswirkungen, des Nutzens und der Umsetzung von INTERREG IIIB-Projekten

In allen fünf INTERREG-Kooperationsräumen sollen die unterschiedlichen Wirkungen von INTERREG IIIB-Projekten ermittelt werden. Es gilt, das Zustandekommen positiver Projektwirkungen zu rekonstruieren und für die deutsche INTERREG-Strategie nutzbar zu machen.

Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

Neben den Metropolregionen werden kleinere Wachstumsregionen und ihre oft interessanten "Erfolgsgeschichten" bislang wenig beachtet. Es werden Erfolgsfaktoren von Wachstumsregionen identifiziert und die Übertragbarkeit auf andere Regionen in Deutschland überprüft.

MORO – Modellvorhaben der Raumordnung

Mit dem Forschungsfeld „Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“ hatte das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (heutiges Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/BMVBS) 2003 im Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ 13 vom BBR betreute Modellvorhaben gestartet. Themenschwerpunkte waren „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ und „Infrastruktur und demographischer Wandel“. Das Anliegen der Modellvorhaben war es, den Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren anzuregen und übertragbare Ergebnisse als Grundlage für Änderungsempfehlungen staatlicher (gesetzlicher, finanzieller) Rahmenbedingungen zu gewinnen.



Raumordnungspolitik zur Förderung der Wissenschaftsgesellschaft



MORO-Informationen 1/5, Innovative Projekte zur Regionalentwicklung
Hrsg.: BMVBS/BBR 2006

Wissen ist seit jeher ein wichtiger Motor für die Entwicklung der Gesellschaft. Der sich derzeit vollziehende qualitative Sprung in der Art und Weise der Wissensproduktion, Wissensverteilung und Wissensanwendung führt zu regionalen Differenzierungen. Neben diesen Neuerungen vollziehen sich auch Änderungen in den politischen (Steuerungs-) Prozessen und Entscheidungsstrukturen. Das hat für die Umsetzung des raumbezogenen Leitbildes „Wachstum und Innovation“ entscheidende Bedeutung, zumal die Förderung der Wissensgesellschaft explizit betrieben werden soll.

Im September 2006 startete das BBR eine MORO-Studie, die den theoretischen Hintergrund aufarbeiten, die räumlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft in Deutschland aufzeigen und raumpolitische und raumplanerische Handlungsansätze benennen soll.

In der Zielsetzung formulieren sich drei Kernaufgaben (unten), die in vier Arbeitspaketen aufgenommen werden. Das erste gilt der Aufarbeitung theoretischer Erklärungsansätze für die Entwicklung der Wissensgesellschaft und ihrer räumlichen und politischen Implikationen. Im zweiten Arbeitspaket werden primär- und sekundärstatistische Daten zur Operationalisierung der Wissensgesellschaft zusammengetragen, aufbereitet und interpretiert. Das nächste Arbeitspaket dient zunächst der deutschland- und europaweiten Zusammenstellung von relevanten Ansätzen, Programmen und Projekten. Diese werden dann anhand eines eigens entwickelten Analyserasters bewertet und in drei Fallstudien vertieft analysiert. Im abschließenden Arbeitspaket folgen eine zusammenfassende Einschätzung der Entwicklung der Wissensgesellschaft in ihrer räumlichen Differenzierung und die Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Die drei Kernaufgaben der Studie

1 Die Begriffe der Informationsgesellschaft und Wissensgesellschaft gehören zu den meist genutzten im regionalpolitischen Diskurs. Sie werden allerdings oft nicht in der gewünschten Form definiert – überdies häufig synonym genutzt. Es kommt hinzu, dass die entscheidenden raumentwicklungspolitischen Institutionen ein unterschiedliches Verständnis von Wissensgesellschaft pflegen. Aus diesem Grund besteht ein wesentliches Ziel der Studie darin, ein theoriegeleitetes und anwendungsbezogenes Verständnis der zentralen Begriffe im Kontext der Wissensgesellschaft zu erarbeiten. Zu diesen Begriffen gehören „Wissensökonomie“, „Wissensgesellschaft“, „Wissensregion“ und „regionales Wissensmanagement“.

2 Wissen ist zur Generierung von Entwicklung unerlässlich. Da aber nicht das kodifizierte Wissen, sondern der Zugang zu nicht kodifiziertem, implizitem persönlichem Wissen entscheidend für die Produktion von wirtschaftlich nützlichen materiellen und immateriellen Gütern und Dienstleistungen, d.h. für die Produktion von nutzbaren Wissensgütern ist, besitzen Metropolregionen zwangsläufig als Pool von Wissensressourcen, als Lernkontext und als Knoten des überregionalen Wissensaustauschs (Informationsmarktplatz) einen Vorsprung gegenüber anderen Regionen. In diesem Zusammenhang wird in dieser Studie auf Grundlage sekundärstatistischer Analysen die Ausprägung der Wissensgesellschaft in den verschiedenen Regionen Deutschlands untersucht.

3 Die Untersuchung der räumlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft liefert schließlich das Rüstzeug, um raumpolitische und raumplanerische Handlungsansätze zu benennen, mit denen das raumordnerische Leitbild „Wachstum und Innovation“ umgesetzt werden kann. Eines der Kernanliegen der Studie besteht deshalb darin, Modellvorhaben der Raumordnung zur Förderung der Wissensgesellschaft vorzubereiten und zu diesem Zweck bestehende Programme und Projekte auf den verschiedenen administrativen Ebenen zusammenzustellen und auszuwerten. Dieser Schritt wird in drei Fallstudien vertieft durchgeführt.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Ziel des Themenschwerpunktes „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ war es, Handlungsansätze zu entwickeln, die dem weiteren Zuwachs der Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke entgegenwirken. Solche Handlungsansätze konnten strategischer, konzeptioneller oder instrumenteller Natur sein. Im Mittelpunkt standen sowohl die Weiterentwicklung integrierter Ansätze des regionalen Flächenmanagements als auch z.B. neue ökonomische Anreizinstrumente zum Flächensparen und deren Verknüpfung mit planerischen Verfahren.

Im Zentrum des Forschungsinteresses des Bundes standen die Fragen:

- Wie können im Planungsverfahren (gesamträumliche Planung) die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen gedämpft und Belange der Freiraumsicherung stärker berücksichtigt werden?
- Was können planerische Instrumente (regionaler Flächennutzungsplan, Flächentausch, regionale Zielvereinbarungen, usw.) zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme beitragen?
- Wie lassen sich ökonomische Instrumente (beispielsweise handelbare Flächenausweisungsrechte) in bestehende planerische Verfahren integrieren?
- Wie sind Folgekostenabschätzungen alternativer Siedlungsentwicklungen (etwa Innenentwicklung vs. Außenentwicklung) im Rahmen der planerischen Abwägungen zu berücksichtigen?
- Welche planungsmethodischen Innovationen (z.B. Flächenbedarfsabschätzung) können zu einer ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung beitragen?
- Welche neuen Organisationsformen tragen zu einer effizienten regionalen Zusammenarbeit bei und welche Möglichkeiten eines regionalen Lastenausgleichs sind hierbei vorstellbar?
- Welche Indikatoren einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung sind für eine Zielerreichungskontrolle erforderlich?

Die aus den Modellvorhaben gewonnenen Guten Beispiele setzten an unterschiedlichen Phasen des regionalen Flächenmanagements an und verdeutlichen dessen zentrale Handlungsansätze:

- Erfassung der Baulandreserven/des Baulandpotenzials
- Abschätzung des zukünftigen Baulandbedarfs
- Einigung auf verbindliche Ziele und ihre Konkretisierung in Siedlungskonzepten
- Folgenabschätzung regionaler Siedlungspfade
- Instrumente zur Umsetzung flächenpolitischer Ziele
- Monitoring der baulichen Flächenentwicklung und Zielcontrolling

Aus den Modellvorhaben sind für die Praxis der Raumordnung (unterschiedlich umsetzungsreife) Instrumente und Verfahren hervorgegangen. Bestehende Planungsansätze konnten durch neue Konzepte und Instrumente bereichert werden. Beispielhafte Neuentwicklungen:

- neue Möglichkeiten zur Mengen- und Dichtesteuerung
- Konzepte für regionale Gewerbeflächenpools
- neue Formen des interkommunalen Interessenausgleichs und Organisationsprinzipien für Finanzierungsfonds
- Verfahren zur kooperativen Erfassung von Innenentwicklungspotenzialen und
- Verfahren zur Festlegung gemeindescharfer Grenzen der Baulandentwicklung

Infrastruktur und demografischer Wandel



Umbau statt Zuwachs
Hrsg.: BMVBS/BBR 2006

In diesem Themenschwerpunkt wurde untersucht, wie unter den Vorzeichen des demographischen Wandels Strategien und Instrumente für verschiedene Nachfragegruppen und räumliche Bezüge zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden können. Im Mittelpunkt standen nicht alleine eine optimierte Anpassungsplanung, sondern auch Strategien und Instrumente, die den Trends entgegenwirken, die eine Anpassungsplanung erst erforderlich machen.

Bekannte Handlungsoptionen der Infrastrukturanpassung sind z.B. Verkleinerung, mobile Ansätze oder Neustrukturierung. Die Modellvorhaben haben sich in erster Linie den ergänzenden Angebotsformen der Daseinsvorsorge sowie informellen und integrierenden Ansätzen gewidmet.

Ein Teil der Modellvorhaben erarbeitete Strategien für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Hier war die nachhaltige Anpassung der Infrastruktur zentrales Element einer Strategie zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung auf regionaler Ebene. Zur Umsetzung waren zusätzliche oder verbesserte Angebote für die Zielgruppen erforderlich. Die "Philosophie" bestand aus einer

Doppelstrategie: neben notwendigen Anpassungsleistungen an demographische Veränderungen gleichzeitig an den Ursachen des Wandels anzusetzen. Für Städte und Regionen empfehlen sich integrierte Strategien: es werden die neuen bzw. zusätzlichen Bedarfe und Chancen der Alterung genutzt, aber gleichzeitig, unter Beachtung verschiedener Lebensstile, die Rahmenbedingungen für Kinder und Familien verbessert und insbesondere generationenübergreifende Infrastrukturangebote geschaffen.

Der andere Teil der Modellvorhaben konzentrierte sich auf die kommunale Infrastruktur insgesamt und erarbeitete Anpassungsstrategien in Form neuer (interkommunaler) Infrastrukturkonzepte als Reaktion auf Tragfähigkeitsprobleme bei der Infrastruktur aufgrund des Bevölkerungsrückgangs. Im Fokus lag die effiziente, mit den Nachbarkommunen abgestimmte Auslastung einzelner Infrastruktureinrichtungen auf regionaler Ebene bzw. die regionale Versorgungssituation insgesamt. Im Vordergrund stand die Konzentration der Mittel aufgrund geringer finanzieller Spielräume und neuer Prioritätensetzung.

Handbuch zur Planung flexibler ÖPNV-Bedienungsformen

Unabhängig von der geringeren Nachfrage nach Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) in Räumen mit geringer Siedlungs- und Einwohnerdichte besteht ein gesellschaftlicher Konsens, dass eine Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsangeboten gewährleistet werden muss. Offen jedoch ist der Umfang und die Angebotsqualität der erforderlichen Verkehrsleistungen zur Sicherstellung ausreichender Mobilität.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits in den 1980er und verstärkt in den 1990er Jahren flexible Bedienungsformen im ÖPNV für nachfrageschwache Räume in ländlichen Gebieten, aber auch in peripheren Räumen im Stadtumland, entwickelt. Idee ist, das öffentliche Verkehrsangebot in einer an die Nachfrage angepassten Dimension aufrecht zu erhalten, bei geringeren Kosten und höherer Attraktivität für den Kunden.

Die heute bestehenden flexiblen Angebotsformen unterscheiden sich einerseits hinsichtlich der Art ihrer Flexibilität (zeitlich bzw. räumlich) und zum anderen in Bezug auf ihre genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen. Eine übergreifende Evaluation existierender flexibler Bedienungsformen und darauf basierende Hand-

lungsempfehlungen und Planungshilfen fehlen jedoch. Entwickelt werden soll daher ein Handbuch, das kommunalen und regionalen Akteuren der Regional- und Verkehrsplanung Hintergrundinformationen und Planungshilfen zur Konzeption flexibler ÖPNV-Angebote zur Verfügung stellt. Dabei finden die verschiedenen Siedlungs- und Raumstrukturen als Rahmenbedingungen für die Gestaltung flexibler Bedienungsformen besondere Berücksichtigung. Inhaltlich wird das Handbuch strukturiert nach „Angebotsformen“, „Rahmenbedingungen“, „Planerische Aspekte“, „Organisatorische Aspekte“, „Wirtschaftlichkeit/Finanzierung“ und „Kundenorientierte Kommunikation“.

Um eine hohe Praxistauglichkeit des Handbuchs zu gewährleisten, werden die Konzeption und die inhaltlichen Bausteine mit kommunalen und regionalen Planungspraktikern, Entscheidungsträgern sowie Experten diskutiert. Der Handbuchentwurf wird dann in drei Regionen unter der Beteiligung relevanter Entscheidungsträger vor Ort in Workshops getestet. Zur Verbreitung des Handbuchs wird neben der Printversion eine elektronische Version für das Internet entwickelt.

Im Zentrum des Forschungsinteresses des Bundes standen die Fragen:

- Welche Mindestanforderungen öffentlicher Daseinsvorsorge sowie Maßstäbe einer angemessenen Versorgung sollen künftig gelten?
- Wie kann die Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten insbesondere für ältere, weniger mobile Bevölkerungsgruppen gesichert und beispielsweise durch den verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik-Technologien weiterentwickelt werden?
- Welche neuen organisatorischen Zuschnitte und Modelle sowie alternativen Angebotsformen (privat, in Selbsthilfe) bieten sich – nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit von Kosteneinsparungen – zur Gewährleistung einer angemessenen Infrastrukturversorgung künftig an?
- Welchen Beitrag leisten neue Instrumente (z.B. Ziel- und Qualitätsvereinbarungen, raumordnerische Verträge, Monitoring) zur Umsetzung von regionalen Anpassungsstrategien der öffentlichen Daseinsvorsorge? Wie können entsprechende kooperative Planungen ausgestaltet werden?

- Welche Möglichkeiten hat die räumliche Planung, Infrastrukturträger und -anbieter auf regionaler Ebene zu vernetzen sowie Kompensations- und Kooperationslösungen zu fördern?
- Wie muss das Leitbild der dezentralen Konzentration der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden, um die Anpassungsprozesse an den demographischen Wandel zu unterstützen?
- Anpassungsprozesse erfordern ein Umdenken bei allen Akteuren (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, freie Träger, Bürger): Wie kann frühzeitige Akzeptanz bei allen Beteiligten gefördert werden?

Grundlage für die Entwicklung des Handbuchs ist eine systematische Erfassung bestehender flexibler Angebotsformen im ÖPNV in Deutschland sowie eine Stärken-/Schwächen-Analyse von Fallbeispielen. Die zentralen Fragestellungen:

- Welche flexible Angebotsform ist für welche Siedlungsstruktur geeignet und welche Qualitätsmerkmale sind mit der Angebotsform verbunden?
- Welche genehmigungsrechtlichen Möglichkeiten bestehen in der Praxis für flexible Angebotsformen?
- Welche nach verschiedenen Aspekten differenzierten Mindeststandards für die Erreichbarkeit sind bei der Planung von alternativen Bedienungsformen zu berücksichtigen?
- Inwieweit leistet die gewählte Bedienungsform einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge in nachfrageschwachen Räumen?
- Welche (politischen und planerischen) Akteure und Meinungsbildner sind zu welchem Zeitpunkt in den Planungs- und Entscheidungsprozess einzubinden?
- Inwieweit tragen flexible Bedienungsformen zu einer höheren Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Systems in nachfrageschwachen Räumen bei und sind gleichzeitig mit einer qualitativen Verbesserung des ÖPNV-Systems verbunden?

- Welche Marketing- und Kommunikationsstrategien eignen sich für flexible Bedienungsformen in nachfrageschwachen Räumen?

Initiative Architektur und Baukultur

Das Aktivitätsspektrum der
Geschäftsstelle Initiative
Architektur und Baukultur

Baukultur in ihrer ganzen Vielfalt stellt eine wichtige Qualität in Deutschland dar, deren Förderung sich die Bundesregierung zum Ziel genommen hat. Mit der Errichtung und dem Aufbau einer Bundesstiftung Baukultur will die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des baukulturellen Klimas in Deutschland leisten und die nationale und internationale Nachfrage nach qualitätsvollen Bau- und Planungsleistungen fördern. Das BBR unterstützt das BMVBS beim Aufbau der Bundesstiftung Baukultur.

Kolloquium „Baukultur und Bauherrenverantwortung“ Während eines zweitägigen Kolloquiums im Herbst 2004 in Bonn diskutierten öffentliche und private Bauherren – Bund, Länder, Gemeinden, Deutsche Bahn AG, Wohnungsunternehmen, private Projektentwickler, Kreditgeber und Investoren – mit Experten aus dem Architektur- und Ingenieurwesen über ihr Selbstverständnis, ihre Möglichkeiten und ihren Einfluss auf Baukultur. An Beispielen wurden Maßstäbe und Positionen hinterfragt sowie Erfahrungen und Möglichkeiten für Planungs- und Bauwettbewerbe ausgetauscht. Aus den Ergebnissen des Kolloquiums sollen Empfehlungen für eine zukünftige Qualitätssicherung mit besonderem Fokus auf das Wettbewerbswesen entwickelt werden.

Forum Bau und Raum „Das Hochhaus und die europäische Stadt“ Die europäische Stadt hat noch keine eindeutige Antwort auf das Hochhaus gefunden. Dies verdeutlichen die zahlreichen auf kommunaler Ebene geführten Diskussionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der BBR- Diskussionsplattform „Forum Bau und Raum“ sowie eine auswertende Publikation haben sich dieser Frage angenommen.

ExWoSt-Vorhaben „Baukulturelle Vorbildprojekte in Deutschland und Europa“ Im Rahmen eines Fachgutachtens im ExWoSt-Programm wird derzeit eine Zusammenstellung, Typisierung und Bewertung innovativer baukultureller Instrumente vorgenommen. Da eine solche konkretisierende Analyse von Baukultur im Städtebau neuartig ist, wurden die Zwischenergebnisse vor einer internationalen Expertenrunde zur Diskussion gestellt.

Baukulturelle Bedeutung von GVFG-Maßnahmen Gegenstand der Untersuchung waren nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) geförderte Maßnahmen der vier Kategorien: Haltestellen und Bahnkörper, Verknüpfungsanlagen ÖPNV, Brücken und Hauptverkehrsstraßen. Das Forschungsprojekt setzte sich mit der Konzeption, der Nutzung und dem Betrieb sowie mit der öffentlichen Wahrnehmung unter dem Fokus der baukulturellen Qualitäten von Verkehrsbauwerken auseinander.

Bau und Raum Jahrbuch 2006 Im Herbst 2005 und 2006 sind der 7. und 8. Band des Jahrbuchs „Bau und Raum“ erschienen. In einer Mischung aus Fachbeiträgen zu aktuellen Bauten und Projekten des BBR gibt das Jahrbuch einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des BBR.

Tatort Stadt Mit dem Wettbewerb „Tatort Stadt“ zum Thema „Stadtumbau mit baukulturellem Anspruch“ wurden im Rahmen der Initiative Architektur und Baukultur die Leistungen der Nachwuchsgeneration gezielt herausgestellt. Die Ergebnisse des bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbs wurden in einer Publikation herausgegeben sowie in einer Wanderausstellung präsentiert.

Internationale Orientierung junger Planer Das Referat II hat im Auftrag des BMVBS und im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem Auswärtigen Amt sowie bundesweit tätigen Kammern und Verbänden der planenden Berufe eine Informationsschrift zum Thema „Internationale Orientierung deutscher Planer“ herausgegeben. Sie gibt einen schnellen Überblick über die Außenwirtschaftsförderung, die Positionen und Leistungen der Bundesressorts und der Berufsorganisationen zur Stärkung des Dienstleistungsports deutscher Planer.

Kunst am Bau ist ein wichtiger Bestandteil der Bauherrenaufgabe des Bundes. Als öffentlicher Bauherr möchte der Bund baukulturelles Engagement fördern und Kunst am Bau stärken. Denn Kunst am Bau kann entscheidend zu Qualität und Aussage von Bauten beitragen: Durch ihren engen Bezug zu Raum und Ort, Inhalt und Funktion kann sie einen Bau unterstreichen oder auf ihn reagieren und damit einem spezifischen Ort eine besondere Bedeutung verleihen. Auf Wunsch des BMVBS und mit dem Ziel, das Thema zu stärken, evaluiert das BBR Kunst am Bau-Maßnahmen.

Das Querschnittsthema Baukultur bezieht sich als interdisziplinärer Anspruch auf die Qualität des gesamten Prozesses von der Stadtentwicklung bis ins bauliche Detail. Im ersten Statusbericht „Baukultur in Deutschland“ (2002) wurde Baukultur explizit als zentrales Politikfeld benannt, ihre Verbesserung als Anliegen und Aufgabe des Bundes formuliert. Im begleitenden Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag wurde empfohlen, die Wissensgrundlagen über das neue Politikfeld in den Ressortforschungsprogrammen entsprechend zu berücksichtigen. Als Geschäftsstelle des BMVBS ist das BBR für die Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen sowie Publikationen im Rahmen der Initiative Architektur und Baukultur zuständig. Es berät das BMVBS in allen Fragen der Baukultur und in Angelegenheiten der Kammern und Verbände der Planer. Zudem fungiert das BBR als Geschäftsstelle für die Auswahlkommission der jeweiligen deutschen Beiträge zur Architekturbieniale in Venedig sowie für die Architekturbieniale in Sao Paulo.

Grundlagenwissen Baukultur – Zweiter Bericht zur Baukultur in Deutschland: Baukultur hat sich in den vergangenen Jahren als neues querschnittsorientiertes Politikfeld etabliert. Über die Geschäftsstelle der Initiative Architektur und Baukultur wurde auch die diesbezügliche Forschung in verschiedenen Handlungsfeldern intensiviert. Denn vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen für das Bau- und Planungswesen bestehen hier noch keine ausreichenden Wissensgrundlagen. Wie verändert die Globalisierung die Baukultur in Deutschland? Welche neuen Akteure betreten die Arena und welche Interessen bestimmen ihr Handeln? Welche Bauaufgaben werden in Zukunft dominieren und damit auch die Qualifikation der Fachleute bestimmen? Die Beantwortung dieser Fragen ist die Voraussetzung, zielgenaue baukulturpolitische Instrumente konzipieren zu können. Zwischen 2003 und 2005 wurde im Rahmen der Ressortforschung beim BBR ein Forschungsprojekt durchgeführt, mit dem die wesentlichen Aktionsbereiche der Baukultur im 21. Jahrhundert ermittelt, analysiert sowie vorbildliche Handlungsansätze vorgestellt werden sollten. Der Bericht dazu liegt in Form des Bandes „Baukultur!“ vor.

Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere. Themenschwerpunkt Gestaltung urbaner Freiräume Das Referat betreut im Rahmen dieses ExWoSt-Forschungsfeldes sieben Modellvorhaben zum Aufgabenfeld Öffentlicher Raum, bei denen Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich gestaltet und gleichzeitig altengerecht umgebaut werden. Ziel ist es, die Umsetzung solcher Planungen in der kommunalen Praxis durch konkrete Projekte zu fördern und die gewonnenen Erfahrungen für die Politikberatung wissenschaftlich auszuwerten.

Publikationen Die Publikation „Huis Schuylenburch“ ist vom BBR gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt herausgegeben worden. Dieses Buch über das barocke Residenzgebäude des deutschen Botschafters in Den Haag wurde innerhalb des Referates konzipiert und redaktionell betreut. Es erschien in deutscher und niederländischer Sprache. Eine ähnliche Gebäudemonographie zur „Villa Borsig“ in Berlin steht vor dem Abschluss. Auch hier wurde die umfassende Sanierung zum Anlass genommen, das zukünftige Schulungszentrum und Gästehaus des Auswärtigen Amtes zu dokumentieren.



Baukultur!
Informationen – Argumente
– Konzepte
Zweiter Bericht zur Baukultur
in Deutschland
Hrsg.: BMVBS und BBR
Junius Verlag, 2005
ISBN 3-88506-557-6

Stadtumbau West



Stadtumbau West – 16 Pilotstädte gestalten den Stadtumbau, Hrsg.: BMVBS und BBR 2006

Parallel zum Programm „Stadtumbau Ost“ starteten 2002 in einem Forschungsfeld des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus elf von Schrumpfung bedrohte Städte in den alten Bundesländern die Erprobung von Stadtumbaustrategien, -konzepten und -projekten zur Bewältigung der städtebaulichen Folgen des wirtschaftlichen und demographischen Wandels. 2003 sind weitere fünf westdeutsche Städte hinzugekommen. In den 16 Pilotstädten gibt es dauerhafte Überangebote an Wohngebäuden sowie gewerblich genutzten Gebäuden und Flächen. Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht erweist sich als problematisch, dass diese Gebäude und Flächen in der Regel nicht im Eigentum der Kommune sind und angesichts der Menge und Größe der Flächen und Gebäude sowie der kommunalen Haushaltslage auch nicht von ihr erworben werden können. Daher kann Stadtumbau nur mit Bundeszuschüssen, öffentlichen Darlehen und in Zusammenarbeit unter städtebaulichen Aspekten mit den Immobilien- und Grundstückseigentümern gelingen.

Umsetzungsorientierte Begleitforschung

Das BBR unterstützt diese Kooperationen systematisch unter dem Aspekt der speziellen städtebaulichen Herausforderungen und Handlungsbedarfe. Ziele der Begleitforschung, die die Forschungsagentur im Auftrag des BBR vornimmt, sind die anwendungsorientierte Auswertung der Stadtumbau-Praxis der Städte bezüglich ihres konzeptionellen und prozessualen Vorgehens sowie ihrer ersten impulsgebenden Umsetzungsmaßnahmen. Darüber hinaus werden die Erfahrungen der Pilotstädte mit dem städtebaulichen Instrumentarium untersucht, wobei erste kommunale Ansätze zur Anwendung der neuen Stadtumbau-Regelungen ggf. noch innerhalb des Forschungsfeldes dokumentiert werden.

Der Start von Stadtumbau West als Regelförderprogramm im Jahre 2004 und die Aufnahme von Regelungen zum Stadtumbau im BauGB haben das Interesse an diesen konkreten kommunalen Stadtumbauerfahrungen verstärkt. Die Prozesse in den Pilotstädten spiegeln vielfältige städtebauliche Problemstellungen und eine breite Palette von Strategien und Projekten des Stadtumbaus in Westdeutschland wider. Sie zeigen auch, dass es eines erheblichen Zeit- und Ressourcenaufwandes sowie einer hohen Kooperationsbereitschaft öffentlicher und privater Akteure für einen erfolgreichen Einstieg in den Stadtumbau bedarf. Die kontinuierlich betriebene praxisorientierte Auswertung erster Erfahrungen aus den Pilot-



vorhaben und der gebotene Überblick über die eingeschlagenen Wege kann anderen westdeutschen Kommunen den Einstieg in ihren Stadtumbau erleichtern.

Der Bund und die Länder messen dem Stadtumbau eine zunehmende Bedeutung zu. 2006 erhöhte der Bund die Haushaltsmittel für das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ um 16 Mio. (von 40 auf 56 Mio. € p.a.) und plant dieses Budget schrittweise bis 2009 weiter anzuheben. Zuwendungsbescheide regeln in den Pilotstädten den Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Fördermitteln und beinhalten die Pflicht zur Erarbeitung von städtebaulichen Entwicklungskonzepten sowie die Durchführung investiver Maßnahmen als Impulsprojekte. Die allgemeine kommunale Aufgabe in Strukturkrisestädten besteht darin, Potenziale für eine erfolgreiche Bewältigung der wirtschaftlichen Strukturkrise auszumachen und den Strukturwandel einzuleiten. Die gesamtstädtischen oder auf Stadtteile bezogenen Konzepte der Pilotstädte wurden politisch beraten und beschlossen, ihre Umsetzung aufgenommen. Eine Reihe von bereits abgeschlossenen Vorhaben findet sich in Broschürenform dokumentiert und ermöglicht die vergleichende Auswertung von Erfahrungen im Stadtumbau.

Herausforderungen und Lösungen für die westdeutschen Städte ähneln denen von Stadtumbau-Städten in den neuen Bundesländern, wobei aber die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverluste ostdeutscher Städte in einem kürzeren Zeitraum verliefen und die Leerstandsproblematik sowie bauliche Defizite eine stärkere Ausprägung aufweisen.

Stadtumbau Ost

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ wird in der Kopplung von stadtplanerischen und wohnungswirtschaftlichen Zielen angestrebt, die Attraktivität ostdeutscher Städte und Gemeinden als Orte des Lebens und Arbeitens – trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen und dauerhaftem Wohnungsüberhang – zu sichern und zu erhöhen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des Programmes „Stadtumbau Ost“ ist eine Stadtentwicklungsplanung, die Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen gezielt miteinander verbindet.

Eine wichtige Funktion nimmt die Erarbeitung und Fortschreibung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte in den Kommunen ein, die 2002 mit dem Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost im Vorfeld des Programms erstmalig gefördert wurde. Dabei wurden wohnungs- und städtebauliche Aspekte wie etwa Gebäudesanierung und -abriss, Freiraum- und Wegeplanung, die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur sowie soziale Belange miteinander verknüpft.

Seit Beginn des Programms im Jahr 2002 hat der Stadtumbau Ost an Dynamik gewonnen. Insgesamt konnten mit dem Programm bis 2004 mehr als 630 Maßnahmen in 295 Städten und Gemeinden angestoßen werden. In den Jahren 2002 bis 2009 stehen für die Umsetzung des Programms von Bund, Ländern und Gemeinden rund 2,5 Milliarden € zur Verfügung, von denen der Bund rund 1,02 Milliarden € bereitstellt.

Bundestransferstelle Stadtumbau Ost

Zur fachlichen Begleitung des Programms ist mit der „Bundestransferstelle Stadtumbau Ost“ ein programmspezifisches Kompetenzzentrum geschaffen worden, dessen Informationsangebote einer breiten Fachöffentlichkeit offen stehen. Ihre Geschäftsstelle ist 2004 im Auftrag des BMVBS und des BBR beim Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) eingerichtet worden. Ihre Aufgabe ist die Gewährleistung und aktive

Unterstützung eines kontinuierlichen Informations- und Wissenstransfers zwischen den am Stadtumbauprozess beteiligten Akteuren – u.a. durch Einrichtung einer Internetplattform, Fachveranstaltungen und themenbezogenen Workshops, Darstellung von gelungenen Praxisbeispielen sowie Statusberichten zum Stadtumbau. Die Einbindung der Länder und der Informationstransfer mit den Kommunen und beteiligten Wohnungsunternehmen erhalten dabei von Anfang an einen hohen Stellenwert.

Einen Arbeitsschwerpunkt der Bundestransferstelle bildet der Aufbau und die Pflege eines datengestützten Monitorings in Bezug auf die Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung sowie den Stand der Programmumsetzung in den beteiligten Städten und Gemeinden. Länder und Kommunen sollen durch die wissenschaftliche Beratung zum Monitoring von der Bundestransferstelle profitieren. Die aktuellen Erkenntnisse der Programmbegleitung bilden damit eine wichtige Basis für die Ausgestaltung und bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Programms Stadtumbau Ost.

Verstetigung des Programms ins nächste Jahrzehnt

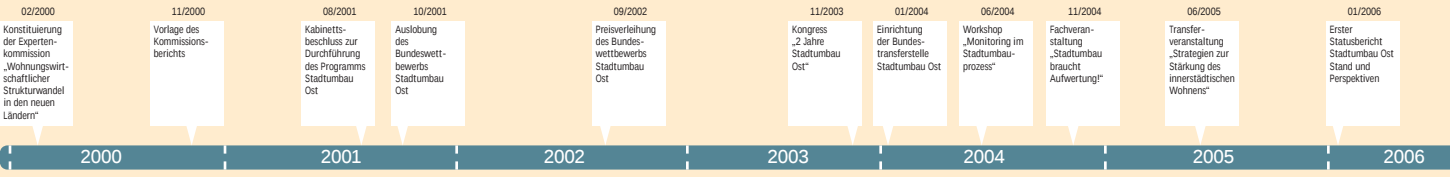
Mit dem Programm konnte bisher ein weiteres Anwachsen des Leerstandes verhindert und damit eine weitere Problemzuspitzung vermieden werden. Anhand der demografischen Entwicklung ist jedoch absehbar, dass sich die ostdeutschen Städte in einem langfristigen und tief greifenden Schrumpfungsprozess befinden, der dazu führen wird, dass die Wohnungsnachfrage vielerorts weiter zurückgeht.

Bis zum Ende der geplanten Laufzeit des Programms im Jahr 2009 bedarf es der anhaltenden Unterstützung der ostdeutschen Kommunen bei der Anpassung an den demografischen Wandel und an wirtschaftliche Umbrüche. Und der Stadtumbau wird auch über das Jahr 2009 hinaus ein Schwerpunkt der Städtebauförderungspolitik des Bundes und der Länder sein, so dass eine Programmfortführung nach 2009 vorzubereiten ist.



Statusbericht Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven, Hrsg.: BMVBS und BBR 2006

Die bisherigen Schritte des Programms Stadtumbau Ost



Städtebaulicher Denkmalschutz



Die historisch geprägten Zentren vieler Städte sind nach wie vor Inbegriff europäischer Stadtkultur. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Transformation stehen diese Orte für Identität und Kontinuität der Geschichte und sind zugleich ein bedeutender Standortfaktor in der wirtschaftlichen und touristischen Konkurrenz der Städte.

In den neuen Bundesländern wurden große Anstrengungen unternommen, um die bauliche Substanz der zentralen Bereiche zu erhalten und wiederherzustellen. Bereits 1991 legten Bund und Länder das Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ für die neuen Länder zur Erhaltung der stark vom Verfall bedrohten Bausubstanz in den historischen Stadtkernen auf. Während sich Anfang der 1990er Jahre die baulichen Maßnahmen auf die Rettung und Sicherung erhaltenswerter Gebäude und Ensembles konzentrierten, traten in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ihre Modernisierung und Instandsetzung sowie ihr Um- und Ausbau in den Vordergrund. Auch die Umgestaltung von Straßen und Plätzen von historischer, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung haben in dieser Zeit an Gewicht gewonnen. Trotz der schwierigen Ausgangssituation sind gute Ansätze für die Erhaltung alter und die Gewinnung neuer Nutzungen entstanden, um die historischen Innenstädte als Standorte für Dienstleistungen, Einzelhandel, Verwaltung, Gewerbe und Wohnen zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund des demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandels ist in jüngster Zeit jedoch die Nutzung der Bausubstanz zu einem immer größeren Problem geworden. Die umfassende Revitalisierung ist vielfach durch Leerstand, Bevölkerungsrückgang und schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen ins Stocken geraten. Die Lebendigkeit der Innenstädte zu erhalten oder wieder herzustellen ist aber eine Grundvoraussetzung, um die historischen Stadtkerne dauerhaft zu sichern.

Alle am Stadtumbauprozess Beteiligte sind sich aus denkmalpflegerischer und stadtplanerischer Sicht einig, dass die Alt- und Innenstädte für die künftige Entwicklung einer Stadt unverzichtbar sind. Dennoch gibt es auch Stimmen, die fordern, den Gebäuderückbau dort zu beginnen, wo der Leerstand am größten ist – und dies ist nicht nur in den Großsiedlungen, sondern auch in den Innenstadtquartieren der Fall. Fehlende Wohnqualitäten wie nicht vorhandene Innenhofbegrünung, Defizite beim Stellplatzangebot, starke Grundstücksüberbauung, Bauzustand etc. sind die Argumente, die den Abriss rechtfertigen sollen. Hinter diesen rein marktwirtschaftlich

Das Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz wurde 1991 in den neuen Ländern eingerichtet. 0,2 Prozent der Mittel, die der Bund in dieses Programm investiert (derzeit 90 Mio. € p.a.) stehen für die Begleitforschung zur Verfügung, die das BBR zu einem großen Teil organisiert, verwaltet und betreut. Zur Begleitforschung zählen die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz und die vom BBR beauftragte Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz, zu deren Aufgaben die Organisation des Kommunikationsprozesses zwischen den einzelnen Akteuren im Städtebaulichen Denkmalschutz sowie die Betreuung der Internetplattform staedtebaulicher-denkmalschutz.de gehört. Das BBR betreute auch das Forschungsvorhaben zur „Tourismusentwicklung in ausgewählten Städten des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz – unter besonderer Berücksichtigung der UNESCO-Welterbestätten“. Zur Vorbereitung der für 2009 geplanten Einführung des Förderprogramms in den alten Ländern beschäftigt sich ein Forschungsvorhaben mit der „Feststellung des Handlungsbedarfs im Städtebaulichen Denkmalschutz in den alten und neuen Ländern“.

oder verbraucherorientiert anmutenden Begründungen stehen aber auch andere Beweggründe. Leer stehende, unsanierte Häuser im Stadtzentrum leisten noch immer ihren Beitrag zu einem trostlosen Stadtbild. Besonders in Städten, in denen die großen Bemühungen der Sanierung und Aufwertung der alten Bausubstanz in den Stadtkernen schon große Erfolge aufweisen, sind so manchem Entscheidungsträger die als „Schandflecken“ empfundenen, noch unsanierten Gebäude ein Dorn im Auge. Der Wunsch, nach 15 Jahren Anstrengungen den Erneuerungsprozess abgeschlossen zu haben, und eine Innenstadt präsentieren zu können, die ihre unsanierte Vergangenheit hinter sich gelassen hat, führt mancherorts zu voreiligen Abrissentschlüssen. Jedoch muss mit Blick auf das bereits Erreichte darauf geachtet werden, dass die historischen Städte nicht als kostensparendste Möglichkeit ihrer Zeugnisse beraubt werden. Städte sind seit jeher einem stetigen Wandel unterworfen. Eine vorsichtige Erneuerung, die sich im Sinne und in Achtung des baulichen Erbes vollzieht, benötigt mehr Zeit und Ausdauer als zunächst angenommen. Es ist wichtig, sich für die Zukunft so viele Optionen wie möglich offen zu halten, indem die gefährdete Bausubstanz zunächst gesichert und so ein besonnenes Handeln ermöglicht wird.



Strategien für historische Stadtzentren, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 06.2005, Hrsg.: BBR, Bonn

Soziale Stadt

Die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft spiegelt sich in der Spaltung der Städte wider. In nahezu allen deutschen wie auch europäischen Städten haben sich Stadtteile herausgebildet, in denen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme konzentrieren. In vernachlässigten Altbaugebieten oder auch in größeren Wohnsiedlungen neuerer Zeit treffen negative Entwicklungen wie Verarmung, Verwahrlosung, geringe Bildung und ethnische Probleme mit baulichen Mängeln an Gebäuden und im Wohnumfeld zusammen. Wohnviertel mit schlechtem Image sind die Folge.

Das Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist es, diese Abwärtsspirale zu durchbrechen und eine positive Trendwende einzuleiten hin zu stabilen Stadtteilen mit guter Wohn-, Lebens- und Umweltqualität. Die Revitalisierung der Stadtteile erfolgt hier in erster Linie durch Investitionen in Gebäude und Wohnungen, in Wohnumfeld und Infrastruktur. Neuerdings werden diese Investitionen mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lebenslagen der Stadtteilm Bewohner, also mit nicht baulichen Investitionen verbunden – z.B. mit Maßnahmen zu Ausbildung und Qualifizierung, zu lokaler Ökonomie und zur ethnischen und sozialen Integration.

Die „Soziale Stadt“ setzt auf ein integriertes Vorgehen, um die Stadtteile im Ganzen aufzuwerten. Die fachübergreifende Kooperation soll zur Bündelung von finanziellen und personellen Ressourcen führen. Im Stadtteil unterstützt in der Regel ein Quartiersmanagement die Vernetzung von Akteuren und Institutionen und die Einbindung der Bewohner vor Ort.

Struktur der Programmfinanzierung

Der Bund finanziert ein Drittel des Programmbudgets, Länder und Kommunen tragen zwei Drittel und setzen das Programm eigenverantwortlich um. Von 1999 bis 2007 hat der Bund mehr als 690 Mio. € an Finanzhilfen für über 450 Programmgebiete zur Verfügung gestellt; mit den Mitteln von Ländern und Kommunen belief sich das Programmvolumen auf insgesamt über 2 Mrd. €.

Mit der Erhöhung der Bundesmittel für die Soziale Stadt ab 2006 (von 70 Mio. auf 110 Mio. € p.a.) stehen die zusätzlichen Mittel für Modellvorhaben zur Verfügung, die dazu verwendet werden, Maßnahmen der lokalen Ökonomie und Beschäftigungspolitik, der Jugend- und Bildungspolitik sowie der Integration von Zuwanderern besser aufeinander abzustimmen.

Künftig werden in den Programmgebieten verstärkt EU-Mittel für ergänzende Initiativen eingesetzt – etwa

zur Verbesserung der (Aus-)Bildungssituation im Quartier mit Blick auf Beschäftigungschancen, zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt oder zur Stärkung von lokaler Ökonomie und Arbeitsmarkt sowie der besseren Einbindung von Wirtschaftsakteuren. Ende 2006 hat der Bund zusätzlich das Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ ausgeschrieben, das aus Mitteln des Euro-

Ziel des vom BBR fachlich-wissenschaftlich betreuten Programms „Soziale Stadt“ ist es, in problematischen Stadtgebieten eine positive Trendwende einzuleiten.

Zu den Aufgaben des BBR zählen die Berechnung der Verteilungsschlüssel für die Finanzhilfen an die Länder, die Berichterstattung zur Umsetzung des Programms, das Monitoring, die Konzipierung und Begleitung von Evaluierungen, Wissenstransfer und Politikberatung. Das BBR unterstützt das BMVBS darin, das Programm fortlaufend an den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handlungserfordernissen auszurichten.

päischen Sozialfonds und der Sozialen Stadt finanziert wird. Mit diesem Sonderprogramm werden 2007/2008 rund 50 Maßnahmen in Programm-Gebieten gefördert.

Häufig werden auch Programmmittel der „Sozialen Stadt“ mit Fördermitteln für soziale Maßnahmen aus anderen Ressorts in den Programmgebieten zusammengeführt. Die Partnerprogramme sind sozialräumlich ausgerichtet, sie beziehen sich auf die gleiche „Gebietskulisse“. Derzeit ist dies das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (www.los-online.de). Das Partnerprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (www.eundc.de) ist Ende 2006 ausgelaufen.

In der Programmumsetzung wurden bereits in vielen Quartieren positive Veränderungen erzielt, vor allem in den Bereichen Wohnumfeld, Wohn(ungs)qualität, sozialkulturelle Infrastruktur und Quartierszentren, beim Zusammenleben im Stadtteil sowie bei der Beteiligung und Eigeninitiative der Quartiersbewohner. Hier ist es gelungen, eine gemeinsame Verantwortung für benachteiligte Stadtteile und ihre Bewohner in Politik, Verwaltung, bei den Akteuren und den Bürgern selbst herzustellen.

AUFTRAGSFORSCHUNG
WERTSCHÖPFUNGSKETTE BAU
1 Regulierungen im Baumarkt (Forschungsnetzwerk Evaluationsforschung Bauwirtschaft)
2 Strukturdaten im Baugewerbe
BAUQUALITÄT
3 Relevanz internationaler Entwicklungen in Architektur und Immobilieninvestment für Bauwirtschaft und Baukultur in Deutschland
4 Grundlagenwissen zur Stärkung deutscher Qualitätsmaßstäbe im Rahmen der internationalen Diskussion
5 Netzwerke für Baukultur. Kommunikation – Kooperation – Innovation
6 Runder Tisch Nachhaltiges Bauen – wissenschaftliche Begleitung
7 Zusammenführen und Harmonisierung vorhandener Planungs- und Bewertungshilfsmittel zu einem Gesamtsystem Aktualisierung des Baustoffinformationssystems (ECOBIS)
8 Studie zur Nachhaltigkeitszertifizierung von Gebäuden
9 Fortsetzung des „Dialogs Bauqualität“
10 Richtlinie zur Durchführung einer dynamisch thermischen Simulationsrechnungen für den Sommerlastfall in Gebäuden
RAHMENBEDINGUNGEN
11 Bewertung energetischer Anforderungen im Lichte steigender Energiepreise für EnEV und Fördermaßnahmen
12 Benchmarks für Energieeffizienz Nicht-Wohngebäude, (Büro, Gewerbe, Veranstaltung, Bewirtung, Beherbergung)
13 Wärmeschutz für Sonderfälle (Denkmalschutz, Fachwerk...)
14 Vertretung deutscher Interessen bei der internationalen Regelsetzung zur Energieeinsparung bei Gebäuden
15 Vertretung nationaler Interessen bei der europäischen Regelsetzung zur Bestimmung der Umweltleistung von Gebäuden
16 Anpassung der EU-Bauprodukten-RL zur Verbesserung der deutschen Bauwirtschaft
17 Grundlagen für die Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebestand - Untersuchung über die bautechnische Struktur und den Ist-Zustand des Gebäudebestandes in Deutschland
18 Bewertung der Ergebnisse des Projektes „Contracting für Bundesliegenschaften“ auf der Grundlage von Benchmarks und Monitoring ausgewählter Maßnahmen
19 Sind Nebengebäude innovativ?
AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN / NEUE MÄRKTE
20 Bauwerkssicherheitsbericht des BMVBS
21 Bauliche Ertüchtigung öffentlicher Gebäude gegen Anschläge (Baukonstruktion und betriebstechnische Anlagen)
22 Grenzüberschreitende Kooperationen - Marktanalysen Bau-Auslandsmärkte (Außenwirtschaftsinitiative „Bauwirtschaft in den neuen EU-Beitrittsstaaten“)
23 Standardisierung von Busprotokollen für die Gebäudeautomation in öffentlichen Gebäuden
24 Planungs-Leitfaden zur Erarbeitung von Nachweisen und Energieausweisen nach EnEV unter Anwendung der DIN V 18599

ANTRAGSFORSCHUNG
WERTSCHÖPFUNGSKETTE BAU
1 Lebenszyklusorientiertes Management öffentlicher Liegenschaften am Beispiel von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen
2 Optimierung von Rahmenbedingungen zur Integration von KMU/des Handwerks im Zuge von Public-Private-Partnership-Projekten anhand konkreter Projektsimulationen
3 Entwurf von PPP-Instrumenten und -Qualifikationsmodulen für Handwerk und Mittelstand sowie Überprüfung und Weiterentwicklung derselben an einem Modellprojekt
4 Angemessenheit von Entschädigungen i.S. v. § 20 VOB/A bzw. der Kostenersatzung gemäß § 20 VOB/A für Angebotsausarbeitungen bei outputspezifisch ausgeschrieben PPP-Projekten
5 Leistungs- und Finanzierungsanpassungen bei Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) im Hochbau
6 Steuerungs- sowie Bewertungsinstrumente für wertorientierte und nachhaltige Immobilieninvestitionen
7 Vergleich bauvertraglicher Regelungsmechanismen im Hinblick auf eine optimierte Abwicklung

- und zur Senkung von Konfliktpotential am Beispiel von VOB/B
- 8 Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfes für ausgewählte Infrastrukturbereiche für den Zeitraum 2006 bis 2020

- BAUQUALITÄT
- 9 Energetische Bewertung thermisch aktivierter Bauteile - dynamisch/thermische Simulation, messtechnische Validation, vereinfachte Bewertungsansätze
- 10 Messtechnische Untersuchung und wissenschaftliche Auswertung zur saisonalen Wärmespeicherung über Sole-Register unter der Bodenplatte eines Passivhauses mit Dämmschürze
- 11 Intuitive Bedienungseinheiten als Schnittstelle zwischen Mensch und Gebäudetechnik zur Verbesserung der Bedienbarkeit, Nutzerakzeptanz und damit verbindender Energieeinsparung durch effizienten Anlagenbetrieb
- 12 Evaluation der Energieeffizienz von aktiv durchströmten Wandkühlflächen mit Phasenwechselmaterial in Wohngebäuden in Kombination mit einer Zisternenkühlung und Optimierung des Betriebes durch Entwicklung geeigneter Regelstrategien
- 13 Erarbeitung einer elektronischen Gebäude- und Anlagen-Checkliste zur Datenaufnahme für die Analyse von Bestandsgebäuden im Rahmen der EPBD-Umsetzung (Energy Performance of Buildings Directive) als Basis für die Berechnung nach DIN V 18599
- 14 Erarbeitung einer vereinfachten Berechnungsmethode für Doppelfassaden für die Integration in die deutsche EPBD-Energieeffizienzbewertungsmethode DIN V 18599
- 15 Plattformtechnologie für Gebäude mit extrem niedrigem Energieverbrauch (Konzeptphase) – Konzeptbildung zur Adaption der Methoden und Technologien der Automobilindustrie zur Rationalisierung, Industrialisierung und Qualitätssicherung auf gebäudetechnischen Grundmodulen zur Integration von Heizungs-, Lüftungs- und Wärmerückgewinnungssystemen für den zukunftsweisenden Wohnungsbau im Bereich niedriger Energieverbräuche
- 16 Ganzheitliche Bewertung eines Plusenergiehauses – Prüfung der DIN 18599 anhand der Planung eines Plusenergiehauses mit anschließendem Monitoring
- 17 Leitfaden zur Integration energiegewinnender Systeme in die Gebäudehülle
- 18 Anwendung von Teilsicherheitsbeiwerten auf Bestandsbauten im Hochbau
- 19 Baukultur als Lernprozess und Innovationspotential, Anlässe, Strukturen und Perspektiven nationaler Selbstdarstellung seit 1900

- RAHMENBEDINGUNGEN
- 20 Entwicklung des Endenergieverbrauchs für Heizung und Warmwasser bei Einfamilienhäusern
- 21 Einstellungsänderung bei Energiespar-Contracting
- 22 Untersuchung der Marktchancen, Hemmnisse und Systemoptionen für stromliefernde Heizungen vor dem Hintergrund neuer nationaler und internationaler technischer Entwicklungen im Bereich der Kleinstblockheizkraftwerke im Hinblick auf zukünftig anstehende Neu- und Umstrukturierungen der deutschen Stromversorgung
- 23 Typologische und technische Untersuchung zu mehrgeschossigen Holzbauweisen in innerstädtischen Bereichen unter dem Gesichtspunkt der Vorfabrikation und Partizipation der Nutzer (kundenindividuellen Fertigung)
- 24 Konzeptstudie Leitbild Bauwirtschaft

- AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN / NEUE MÄRKTE
- 25 Potentiale von RFID-Technologien im Bauwesen, Kennzahlen und Bauqualität, P1: Ressourcen und Schnittstellen, P2: Weiterentwicklung und Anpassung am Beispiel von PPP-Bauvorhaben
- 26 Optimierungspotenziale im Lebenszyklus eines Bauwerks durch den Einsatz der Radio Frequency Identification Technologie
- 27 Integriertes Wertschöpfungsmodell mit RFID in der Bau- und Immobilienwirtschaft
- 28 Koordination des RFID-Gesamtprojektes, Plattform für weitere Cluster, öffentliche Darstellung
- 29 Wissenschaftliche Analyse eines auf vorgefertigten Vakuum-Paneel-Verbundplatten beruhenden Innendämmsystems
- 30 Schallschutz mit Vakuumisulationspaneelen
- 31 Entwicklung eines Recycling-Mauersteins unter Verwendung von Abbruchmaterial und Baurestmassen und Anwendung der Kalksandstein-Technologie
- 32 Adaption und Weiterentwicklung der Photovoltaik-(PV) Dünnschichttechnologie für Komposit-paneele mit teils farbigem Glas für den Einsatz in vorgehängten, hinterlüfteten (VH) Fassaden
- 33 Untersuchung der Anwendung von innovativen Folien als Witterschutz von Holzbauteilen am Anwendungsbeispiel Holzfenster
- 34 Entwicklung eines Wandsystems mit hoher Wärmedämmung aus selbstverdichtendem poriertem Leichtbeton (SVPLB) in Kombination mit einer bauteilintegrierten Wandschalung aus textilbewehrtem Beton

Forschungsinitiative „Zukunft Bau“

Mit der vorgenommenen Erhöhung der Forschungsaufwendungen für den Gebäudebereich geht eine Neuausrichtung der Bauforschungsförderung einher. 2006 hat das BMVBS gemeinsam mit dem BBR und einem Expertengremium 34 Forschungsanträge für eine Förderung ausgewählt und darüber hinaus 24 Forschungsvorhaben direkt beauftragt. Bei der Antragsforschung wurden in den ersten beiden Antragsrunden 2006 und 2007 rund 400 Zuwendungsanträge eingereicht. Aus diesem Pool wurden nach einer Vorprüfung durch das BBR und Beratung in den vom Ministerium berufenen Expertengremien rund 70 innovative Themenstellungen herausgestellt. Erste Forschungsergebnisse werden im Frühjahr 2008 erwartet.

Eine übergeordnete Zielsetzung der Forschungsinitiative besteht in der gemeinsamen Bearbeitung komplexer Themen- und Forschungsfelder im Verbund von wissenschaftlichen Einrichtungen mit Partnern aus der Wirtschaft bzw. mit anderen spezialisierten Instituten. Die bereitgestellten Mittel sind als Impulsgeber für eine moderne Forschungsförderung konzipiert. Mit der Forderung nach Innovationen und einem prioritären Praxisbezug werden die öffentlichen und privaten Forschungsmittel zielgerichtet und synergetisch auf die Erfordernisse der Baubranche eingesetzt. Als Gewähr für den damit verbundenen hohen Qualitätsanspruch findet seit Beginn der Forschungsinitiative ein konstruktiver Dialog unter den beteiligten Akteuren sowie eine Evaluierung der neuen Bauforschungsprogramme statt. Auf diese Weise kann eine verbesserte Vernetzung von Forschung und Wirtschaft – d.h. konkret eine Intensivierung und Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Baupraktikern und der Bauforschung – erreicht werden.

Mit Zukunft Bau soll auch ein Anstoß für ein verstärktes finanzielles Engagement der Bauwirtschaft auf dem Forschungssektor gegeben werden, um im globalen Wettbewerb einen Innovationsvorsprung der Bauprodukte und Produktionsverfahren zu erreichen. Eine innovative Produktpalette und neue Organisationsstrukturen könnten neue Märkte erschließen. Erforderlich sind deshalb Strategien, die zu mehr Wertschöpfung in den Unternehmen führen, die die Produktionsstrukturen modernisieren, die Spielräume für Forschung und Entwicklung schaffen, die die Ausbildung und Qualifikation verbessern und die über Kooperation, Diversifikation und Spezialisierung neue Handlungsfelder eröffnen.

Die Eroberung neuer Märkte setzt auch ein neues, positives Leitbild der Bauwirtschaft voraus. Nur mit einem

Die Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ ist ein Baustein der High Tech-Strategie für Deutschland, mit der die Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode insgesamt rund 30 Mio. € für besonders zukunftssträngige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der Bauforschung bereitstellt. Das Ziel der Forschungsinitiative ist es, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bauwesens im europäischen Binnenmarkt zu stärken und bestehende Defizite und Hemmnisse insbesondere im Bereich technischer, baukultureller und organisatorischer Innovationen zu beseitigen. Technologische Querschnittsfragen sollen ebenso angegangen werden wie Zukunftsthemen für das Bauen in Deutschland. Das BBR ist als Projektträger im Auftrag des BMVBS für die Durchführung der Forschungsinitiative und für die Begleitung von Forschungsprojekten der Antrags- und der Auftragsforschung verantwortlich.

innovativ ausgerichteten Image kann diese Branche Konjunkturmotor bleiben. Als mögliche Ansatzpunkte für ein neues Leitbild, das im Zuge von Zukunft Bau entwickelt werden soll, werden u.a. neue Marketingstrategien, Demonstrationsvorhaben, das Thema „sicheres Bauen“, Lebenszyklusmodelle, der Innovationstransfer und die Aktivierung von Rationalisierungspotentialen diskutiert.

Für den Wissenstransfer im Bereich der Antragsforschung in Zukunft Bau kooperiert das BBR mit dem Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (IRB). Hier erfolgt der Informationsaustausch mit Interessierten im In- und Ausland zeitnah über Datenbanken und Schriftenreihen. Darüber hinaus werden während der gesamten Laufzeit der Forschungsinitiative als ein lebendiger Beitrag zu relevanten Fragestellungen des Bauwesens durch Kongresse und durch die Teilnahme an namhaften Baumessen Zwischenergebnisse einem interessierten Fachpublikum präsentiert. Im aktuellen Förderzeitraum sind Statusveranstaltungen zu aktuellen Themenfeldern geplant, wie z.B. zu PPP, zum energiesparendem Bauen, zu RFID im Bauwesen und zum nachhaltigen Bauen.

Radio Frequency Identification (RFID)

Wettbewerb „Solar Decathlon“

Zukunftstechnologien zur Energieeinsparung

Radio Frequency Identification (RFID) steht für die Identifizierung von Gegenständen mittels Radiowellen. Industrie und Handel setzen insbesondere im Logistikbereich bereits seit Jahren auf diese Zukunftstechnologie zur Optimierung von internen Geschäftsprozessen, zur Senkung von Prozesskosten und zur Erhöhung der Produktsicherheit. Neu ist die Anwendung von RFID im Bereich des Bauwesens, die durch die Generation von Tags mit ihrer vergrößerten Speicherkapazität und zunehmenden Langlebigkeit interessant wird. Theoretisch können mit RFID alle produktrelevanten Informationen wie z.B. Servicedaten gespeichert und jederzeit – etwa für eine (Waren-)Identifizierung – abgerufen werden. Das Prinzip von RFID basiert auf beschreibbaren Datenträgern, sogenannten Transpondern, Tags oder elektronischen Etiketten, die über Funkwellen von Sendern beschrieben bzw. von Empfängern gelesen werden können. Die auf den Tags gespeicherten Informationen können berührungslos und ohne Sichtkontakt abgerufen, modifiziert oder identifiziert werden.

Unter dem Themenschwerpunkt „RFID im Bauwesen“ werden im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau aktuell drei Forschungsprojekte in einer Arbeitsgemeinschaft bearbeitet. Das Fraunhofer-Institut Bauphysik (IBP) und das Fraunhofer-Institut Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS) untersuchen in einem gemeinsamen Teilprojekt die exemplarische Anwendung von RFID mit elektronischen Etiketten für Kennzahlen zu Bauqualität und Bauphysik. Die TU Dresden erforscht intelligente Bausysteme und die Anwendung von RFID im Stahlbetonbau, die BU Wuppertal integrierte Wertschöpfungsmodelle und den Einsatz von RFID in der Personal- und Warenlogistik.

Das gemeinsame Ziel der Forscher ist es, unter einer übergreifenden Koordination die RFID-Technik im Bauablauf qualitätsverbessernd und kostenoptimierend zu implementieren und in bauspezifische Arbeitsprozesse zu integrieren. Entlang der Wertschöpfungskette soll eine neue Qualität der Steuerung und Kontrolle von Material-, Personal- und Informationsströmen erreicht werden.

Im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln von Zukunft Bau wird die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung des deutschen Beitrages beim internationalen Wettbewerb „Solar Decathlon“ gefördert. In einem von insgesamt drei Forschungsvorhaben wird der Wettbewerbsbeitrag in den Kontext der neuen DIN V 18599 zur energetischen Bewertung von Gebäuden gesetzt und anhand des Plusenergiekonzeptes ganzheitlich geprüft und bewertet. In einem zweiten Projekt wird ein Leitfaden als Planungshilfe zur Integration von Photovoltaik und Solarthermie im Wohnungsbau erarbeitet und drittens eine gebäudetechnische Plattform mit einem extrem niedrigen Energieverbrauch entwickelt.

„Solar Decathlon“ (Solarer Zehnkampf) soll Beispiele für ein zukünftiges energiesparendes Wohnen liefern und dieses Thema medienwirksam einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Der mehrstufige Wettstreit wurde 2007 vom U.S.-Energieministerium ausgeschrieben und richtet sich an Forscherteams von Universitäten und Hochschulen, die eingeladen sind, ein ausschließlich durch Sonnenenergie betriebenes mobiles Haus mit einer Grundfläche etwa 70 m² zu entwickeln und zu bauen. Deutschland ist mit der Technischen Universität Darmstadt als einer von insgesamt zwanzig internationalen Hochschulen am Wettstreit in Washington D.C. beteiligt. Die Teams messen sich im solaren Zehnkampf in den folgenden Disziplinen: 1. Zukunftsfähige Wohnformen, 2. Konstruktion und Technik, 3. Public Relations (PR), 4. Energieeffizienz der Haushaltsgüter, 5. Vermarktungsstrategie, 6. Behaglichkeit, 7. Brauchwarmwassererzeugung, 8. Qualität des Tages- und Kunstlichts, 9. Energiebilanz und 10. Betrieb eines Elektroautos.

In einer Ausstellung unter freiem Himmel in Washington D.C. sollen die Prototypen einem breiten Publikum präsentiert und erläutert werden. Eine Bewertung durch eine Jury findet sowohl während des Entwurfs- und Bauprozesses als auch während der Ausstellung statt.



Energieeinsparung und die Adaption neuer Techniken für den Hochbau sind weitere Themenschwerpunkte der Forschungsinitiative Zukunft Bau. Das Forschungsvorhaben der TU Dresden zur Adaption und Weiterentwicklung der Photovoltaik-Dünnschichttechnologie vereint diese beiden Aspekte. Gegenstand der Forschung sind Möglichkeiten der Integration von Photovoltaik-Elementen in Kompositpaneele mit teils farbigem Glas für den Einsatz in vorgehängten, hinterlüfteten Fassaden. Diese neuartigen Fassadenelemente leisten durch die Nutzung regenerativer Energien für die Stromerzeugung einerseits einen Beitrag zur Energieeinsparung und andererseits – durch die verbesserten Gestaltungsmöglichkeiten – zur architektonischen Vielfalt. Einsatzmöglichkeiten zeichnen sich insbesondere im Neubaubereich und bei der Erneuerung vorgehängter, hinterlüfteter Fassaden (von Bürogebäuden) ab.

Die praxisorientierte Forschung hat zum Ziel, die Akzeptanz und Verbreitung von Photovoltaikmodulen im Neu- und Altbau zu verbessern. Das Forschungsvorhaben hat den Charakter eines Verbundprojektes, bei dem verschiedene Institute in einem interdisziplinären Forscherteam mit unterschiedlichen Schwerpunkten zusammenwirken (Baukonstruktion, Solartechnik, Bauverfahrenstechnik). Namhafte Bauproduktehersteller werden darüber hinaus die Weiterentwicklung der Technik zur Marktreife unterstützen, die auch bauverfahrenstechnische und bauphysikalische Untersuchungen sowie Lebenszyklusbetrachtungen einschließt. Mit der Förderung dieses Projekts zur Weiterentwicklung innovativer Baumaterialien und Bautechniken geben BMVBS und BBR einen Impuls für mehr Innovation im Bauwesen.

Bild: Photovoltaik-Fassadenelement
© Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung, Dresden

In Stahlbeton eingebauter
RFID-Transponder
© HARTING, Espelkamp



Weitere Informationen: www.RFIDimBau.de

Weitere Informationen: www.solardecathlon.de

Weitere Informationen: www.bauko.bau.tu-dresden.de

PROGRAMME EUROPÄISCH

- **ESPON – Europäisches Raumbeobachtungsnetzwerk 74**
Der ESPON Atlas 2006 – ESPON Projektergebnisse 76
- **INTERREG – Transnationale Zusammenarbeit 78**
Transnationale Kooperationsräume mit Beteiligung Deutschlands 80
Projektauswahl im Bundesprogramm „Transnationale Zusammenarbeit“ 81

ESPON – Europäisches Raumbeobachtungsnetzwerk

Das Europäische Raumbeobachtungsnetzwerk ESPON (European Spatial Planning Observation Network) wurde 2002 von den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission gegründet, um die Wissens- und Informationsgrundlagen der Europäischen Raumentwicklungspolitik zu verbessern. An dem Programm nahmen neben den ehemals 25 EU-Mitgliedstaaten auch die mittlerweile in die EU aufgenommenen Nationen Bulgarien und Rumänien sowie die Nachbarländer Norwegen und die Schweiz teil.

Das mit einem Budget von 14 Millionen € ausgestattete Programm war zu gleichen Teilen von den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission finanziert. Der deutsche Finanzbeitrag zum ESPON beträgt 700.000 €. Als Teil der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG war ESPON an die Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 gebunden und lief somit zum Ende 2006 aus. ESPON 2006 wurde unterstützt durch nationale Einrichtungen („ESPON Contact Points“), die die Rolle des Mittlers zwischen der europäischen ESPON Pro-

grammebene und der nationalen Forschungslandschaft und Politik und Planung übernommen haben. Das BBR ist der nationale „ESPON Contact Point“ für Deutschland und teils als projektverantwortlicher Leitpartner, teils als Projektpartner in die Projekte eingebunden.

Die Schwerpunkte der Projekte mit deutscher Federführung lagen in der Gesamtkoordination, den Themenbereichen Verkehr und Infrastruktur sowie der Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten. Als ESPON-Kontaktpunkt engagierte sich das BBR auch für das ESPON YoungStars Seminar „Create Europe“, das im Mai 2005 in Ljubjana stattgefunden hat und 2006 mit Ungarn als Leitpartner seine Fortsetzung fand.

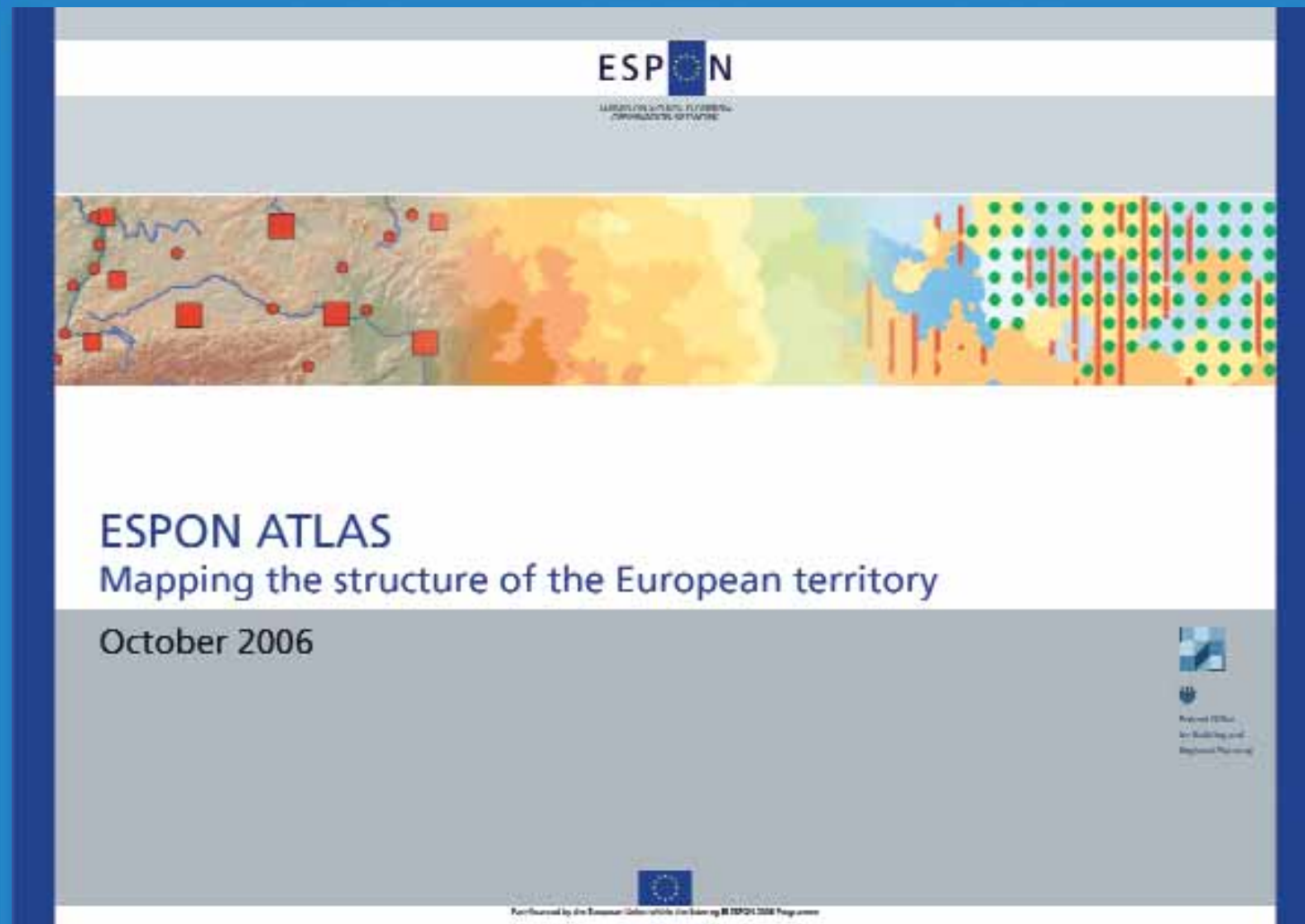
Bis Ende 2006 wurden im ESPON-Programm ca. 30 Forschungsprojekte durchgeführt und abgeschlossen. Meilensteine im Berichtszeitraum waren zwei Projekte, für die das BBR als Leitpartner einer transnationalen Projektgruppe verantwortlich zeichnet: Das Projekt ESPON 3.1, abgeschlossen Ende 2004, und ESPON 2.4.2, etwa zum gleichen Zeitpunkt begonnen. ESPON 3.1 hatte die Aufgabe, die inhaltliche Koordination der ESPON-Projekte zu unterstützen sowie gemeinsame Werkzeuge (ESPON-Datenbasis, Indikatoren, Karten, Raumtypologien) und die Synopse von Schlussfolgerungen für die räumliche Entwicklung(spolitik) zu erstellen. Durch die Beteiligung am Nachfolgeprojekt ESPON 3.2 ist das BBR weiterhin an der Koordination und der Pflege und Erweiterung der ESPON-Datenbasis beteiligt.

Im ESPON-Projekt 2.4.2 wurden die Ergebnisse von ESPON insgesamt auf nationale, regionale und transnationale Räume bezogen und durch Datenanalysen ergänzt. Das BBR konnte hier seine Kompetenzen des Referats I 3 (INTERREG, ESPON, GIS) einbringen. Über die Beteiligung an weiteren Projekten, wie „Klein- und Mittelstädte in Europa“, oder die Publikation von Fachaufsätzen, z.B. IzR „Metropolen“, wurde eine interne, referatsübergreifende Arbeit erreicht, die positive Synergieeffekte brachte.

Projektergebnisse und ihre Relevanz für die deutsche Raumplanung wurden erstmals Ende 2005 im deutschen ESPON-Synthesebericht veröffentlicht. Die Ergebnisse des ESPON stoßen auf großes Interesse bei der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten. Dies spiegelt sich auch im dritten Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission wider, der den besonderen Stellenwert dieses Programms und die Relevanz seiner Weiterführung unterstreicht. Das Nachfolgeprogramm ESPON 2013 ist in Vorbereitung.

Raumordnungspolitische Entscheidungen setzen genaue Kenntnis über räumliche Strukturen, Trends und daraus abgeleitete Szenarien auf Basis verlässlicher Daten voraus. Deutschlands Beteiligung am ESPON-Programm ermöglicht es, die wissenschaftlichen Grundlagen der europäischen Raumentwicklungspolitik mitzugestalten und die gemeinsame Bewertung des räumlichen Gefüges Europas mitzubestimmen.

Der ESPON Atlas 2006 – ESPON-Projektergebnisse



ESPON Atlas –
Mapping the structure of the
European territory
Hrsg.: BBR, 2006

Der Atlas liegt sowohl gedruckt als auch in einer elektronischen Version vor. Die elektronische Fassung erlaubt über die gedruckte Karte hinaus eine interaktive Selektion und Darstellung einzelner Sachverhalte der synthetischen Karten der einzelnen Kapitel und ist somit nicht nur ein Begleiter der gedruckten Ausgabe, sondern eine eigenständige Informationsquelle über die räumlichen Strukturen in Europa.

Der ESPON-Atlas bietet einen zusammenfassenden, synoptischen Überblick in textlicher und kartographischer Form zur räumlichen Struktur von 29 Ländern, die sich zwischen 2002 und 2006 am ESPON-Programm beteiligt haben. Grundlage für den Inhalt des Atlas bilden die Ergebnisse von 34 Projekten, zu denen mehr als 600 Wissenschaftler beitrugen. In ihren Projekten untersuchten sie die räumlichen Strukturen in ihren Einzelaspekten und erforschten die Entwicklungstrends und die territorialen Auswirkungen von Sektorpolitiken.

Die Projekte gliedern sich in drei Hauptgruppen. Die erste Gruppe ist auf thematische Studien, z.B. Bevölkerungsentwicklung oder Verkehr, die zweite Gruppe auf Wirkungsstudien, meist Sektorpolitiken wie Landwirtschaft oder F&E, die dritte Gruppe auf die inhaltliche Koordination des Gesamtprogramms ausgerichtet.

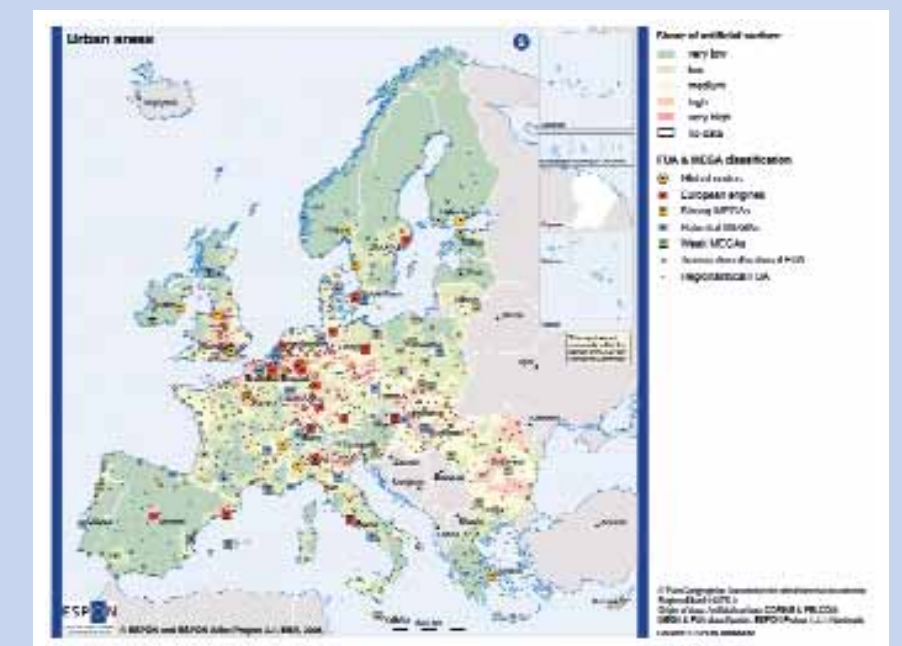
In den Atlaskapiteln werden die wichtigsten Ergebnisse thematisch zusammengefasst und in Form von thematischen Synthesekarten aufbereitet. Den synthetischen Karten vorangestellt ist die Darstellung der Originalkarten der jeweiligen Projekte, die einen tieferen Einblick gewährleisten. Über die thematischen Projektergebnisse hinaus werden ESPON-Ergebnisse auch unter dem Gesichtspunkt von z.B. geographisch benachteiligten Regionen zusammengefasst dargestellt.

Hauptthemen:

- Territoriale Herausforderungen
- Metropolregionen, Stadtregionen und die Vielfalt des ländlichen Raumes
- Der territoriale Zugang – Europäische Erreichbarkeitsverhältnisse
- Das kulturelle und natürliche Erbe – Chancen und Gefährdungen
- Geographische Bestimmtheit – Die territorialen Bedingungen
- Der territoriale Brückenschlag – Territoriale Zusammenarbeit und Gemeinsamkeiten
- Europa in der Welt
- Die Zukunft des Kontinents – Das territoriale Bild Europas im Jahre 2030

Die räumliche Struktur von
29 Ländern –
Ergebnisse aus 34 Projekten

In den Unterkapiteln geht es um Aspekte wie ökonomische Konzentration und ausgewogenes Wachstum, Metropolregionen und ihre Wettbewerbsfähigkeit, polyzentrische Erreichbarkeiten der europäischen Regionen oder unter der Überschrift „Zusammen handeln“ um grenzüberschreitende und transnationale Kooperation. Einführend vorangestellt findet sich eine Karte des Kontinents, die unter dem Aspekt der Europäischen Integration grundlegende Informationen über die staatliche Kooperation in Europa enthält.





Themen der zukünftigen Zusammenarbeit

INNOVATION

Auf internationaler Ebene spielt die Wissensbasis in den transnationalen Kooperationsräumen und die Etablierung dieses Wissens am Markt bzw. die praktische Anwendung von Wissen eine wichtige Rolle. Stärker vernetzt werden sollen Universitäten und Kompetenzzentren sowohl untereinander als auch mit Unternehmen und der politischen und administrativen Praxis.

Das Programm INTERREG konzentriert sich weiter auf die Förderung der regionalen Entwicklung in Form von günstigen Rahmenbedingungen für technologische Innovationen – abgestimmt mit anderen Programmen, z. B. im Bereich der regionalen Innovationsförderung und der Existenzgründungen.

UMWELT & RISIKOVORSORGE

Die Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien und Energieeffizienz, die effizientere Nutzung der Potenziale im Bereich „grüne Technologien“ (Ökoinnovationen) sowie transnationale Konzepte und Strategien zum Umgang mit Risiken und im Bereich des Katastrophenschutzes haben Priorität. Die Vorsorge, z.B. im Hochwasserschutz an Flüssen und Küsten, bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Kooperation im Rahmen von INTERREG. Auch in den zukünftigen Programmen werden Konzepte zur maritimen Sicherheit und zum verbesserten Schutz der maritimen Umwelt – gerade im Hinblick auf den vorsorgenden Umgang mit dem Klimawandel – eine wichtige Rolle spielen und sichtbare Ergebnisse bringen. Künftige Projektentwicklungen werden nach ihren Synergieeffekten und ihrem transnationalen Umsetzungspotenzial von EU-Strategien und -initiativen bewertet.

ERREICHBARKEIT & MOBILITÄT

Die neuen Programme knüpfen an die Themen der laufenden Kooperation an. Ein stärkerer Fokus wird allerdings gesetzt auf die intensivere Nutzung der vorhandenen Transportinfrastruktur, z. B. durch eine intelligentere Organisation der Verkehre (Stichworte Multimodalität, Interoperabilität, Nutzung moderner IuK-Technologien). Auch die Senkung des Mobilitätsbedarfs ist dabei von Interesse. Im Mittelpunkt zukünftiger transnationaler Zusammenarbeit steht damit nicht die „gebaute“ Infrastruktur an sich, sondern vielmehr deren Nutzung und zukunftsfähiges Management vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Regionalentwicklung.

Neu ist die Förderung des Konzeptes der Meeresautobahnen. Zu den Zielen, die weiterverfolgt werden, gehören der gesicherte Zugang und die Sicherstellung der Qualität öffentlicher Dienste und Verkehrssysteme auch in peripheren und dünner besiedelten Regionen sowie die Verkehrsinfrastruktur in transnationalen Entwicklungskorridoren.

ENTWICKLUNG VON STÄDTEN

Die meisten Mitgliedstaaten sind bedingt durch Wanderung und Geburtenrate von großen demographischen Veränderungen betroffen. Dieser Aspekt wird in den neuen Programmen stärker berücksichtigt. Städte werden als Motoren der Regionalentwicklung begriffen und dementsprechend gilt es, städtische Infrastruktur zu stärken und Verwaltung/Management/Governance zu verbessern. Im Zusammenhang mit dem Natur- und Kulturerbe erfährt zukünftig die wirtschaftliche Bedeutung mehr Aufmerksamkeit als weiche Standortfaktoren für Unternehmen.

Für die ländlichen Räume wird es in den Mitgliedstaaten eigenständige Programme geben, die auch den internationalen Austausch ermöglichen. Im Rahmen der neuen territorialen Kooperationsprogramme wird deshalb besonderes Gewicht gelegt auf Stadt-Land-Zusammenarbeit. Im Ostseeraum, in Nordwesteuropa und Mitteleuropa soll das Konzept von Entwicklungskorridoren und -zonen zur strategischen Ausrichtung der Programme beitragen.

INTERREG – Transnationale Zusammenarbeit

Die europäische Zusammenarbeit in der Raumentwicklung tritt in eine neue Phase. Mit dem Beginn der neuen Strukturfondsperiode 2007 werden die Aktivitäten im Rahmen der INTERREG-Initiative aufgewertet und Bestandteil der allgemeinen Strukturpolitik der EU. Mit dem Ziel der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ konzentriert der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) seine Unterstützung auf die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit.

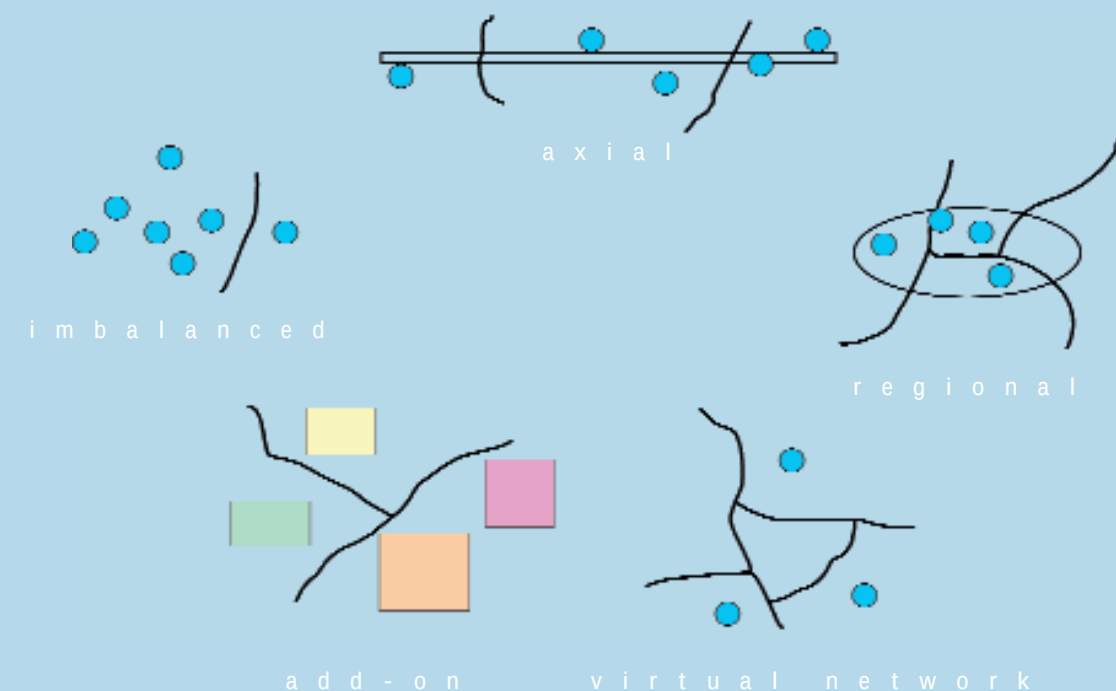
Die neuen transnationalen Programme für den Zeitraum 2007 bis 2013 tragen einen strategisch und investitionsvorbereitenden Charakter und sind stärker auf wirtschafts- und umweltrelevante Themen orientiert. Auch die, eine integrierte territoriale bzw. räumliche Entwicklung fördernden Aktionen werden weitergeführt. Die transnationalen Programme wirken in die gleiche Richtung wie die durch die Raumentwicklungsminister der Mitgliedstaaten erarbeitete Territoriale Agenda. Mit dieser Agenda werden die Strategien von Lissabon und

Göteborg für die europäische Raumentwicklung umgesetzt und das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) vertieft.

Zukünftige Projekte sollen dazu genutzt werden, eine noch engere Verknüpfung mit anderen Programmen herzustellen, indem z.B. die territorialen Kooperationsprojekte größere Investitionen in den anderen Zielen der EU-Strukturfonds oder auch in nationalen Programmen vorbereiten. Dazu wird eine vermehrte Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsebenen in Projekten angestrebt.

Die neue Programmperiode intensiviert darüber hinaus die Ausschreibung strategischer Leitprojekte, die sich durch ihren positiven Einfluss auf den jeweiligen gesamten Kooperationsraum bzw. auf wichtige Teile eines Kooperationsraumes und durch eine starke politische Unterstützung der nationalen Ebene auszeichnen. Gerade diese Projekte lassen dauerhafte und übertragbare Ergebnisse erwarten, die für das gesamte Territorium der EU von Relevanz sein können.

MODES OF TRANSNATIONAL COOPERATION



Quelle: Böhme & Gløerson

Transnationale Kooperationsräume mit Beteiligung Deutschlands

Projektarbeit im Bundesprogramm „Transnationale Zusammenarbeit“



Die Bundesregierung sieht in der europäischen übergreifenden Projektarbeit ein wichtiges Potenzial zur Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, Städten und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund unterstützt das BMVBS mit dem „Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit“ (INTERREG-Initiative) auch zukünftig Projekte, die zugleich im Bundesinteresse stehen.

Bei der Auswahl und Vorbereitung neuer transnationaler Projekte orientiert man sich an den Erfahrungen und Effekten aus den in der letzten Förderperiode gemeinsam mit Polen und Tschechien realisierten grenzüberschreitenden INTERREG IIIA-Projekten. Die Frage dabei ist, welche Projekte im erweiterten deutsch-polnischen und deutsch-tschechischem Grenzraum auch aus

transnationaler Sicht Erfolgsaussichten haben? Die Projektansätze sollen den Anforderungen und Bedürfnissen des Bundes, der Länder und der Regionen entsprechen und gleichzeitig eine großräumige Vernetzung zu einer mitteleuropäischen Entwicklungsregion fördern sowie den Seeraum unterstützen.

Das Forschungsprogramm soll mit Blick auf alle fünf INTERREG-Kooperationsräume die unterschiedlichen Wirkungen von INTERREG III B-Projekten ermitteln. Ziel der Forschung ist es, das Zustandekommen positiver Projektwirkungen zu rekonstruieren und für die deutsche INTERREG-Strategie nutzbar zu machen.

Die Forschung knüpft an vorhandene Programmevaluierungen und vom BBR durchgeführte bzw. beauftragte Analysen der transnationalen Kooperation im Rahmen von INTERREG III B an und ergänzt diese im Sinne einer auf den Kontext oder die „Peripherie“ der transnationalen Projekte bezogenen Wirkungsanalyse. Im Zentrum der Beobachtung stehen daher nicht quantifizierbare Outputs von INTERREG III B, sondern insbesondere außerhalb der eigentlichen Projektstrukturen bzw. im Nachgang der Projekte identifizierbare Wirkungen.

Während der Laufzeit (Dezember 2006 bis November 2008) wird eine enge Abstimmung mit einem parallel laufenden Forschungsprojekt stattfinden, das sich der „Vorbereitung strategischer Projekte transnationaler Zusammenarbeit“ widmet.

- Alpen
- Mitteleuropa
- Nordsee
- Nordwesteuropa
- Ostsee

Partnerräume für Deutschland: Neben der kleinräumigen grenzüberschreitenden und der auf Erfahrungsaustausch ausgerichteten interregionalen Zusammenarbeit bietet sich deutschen Akteuren die Möglichkeit, mit europäischen Partnern in fünf transnationalen Kooperationsräumen an konkreten Umsetzungsprojekten zusammenzuarbeiten.

INITIATIVEN/KOMPETENZEN

- Initiative Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen 84
- Barrierefreies Bauen 86
- Brandschutz 86
- Nachhaltiges Bauen 87
- Baulicher Umweltschutz 87
- Städtebaulicher Klimaschutz 88
- Klimaschutz im Gebäudebereich 89
- Kompetenzzentrum Energiespar-Gesetzgebung 90
- Europäisches Netzwerk „EPBD Concerted Action“ 91
- Raumordnung auf dem Meer und integriertes Küstenmanagement 92
- Projektgruppe Osteuropaberatung 94
- GAEB – Wissen und Erfahrung im Bauwesen 96
- Präqualifikation von Bauunternehmen 98
- Öffentlich-Private Partnerschaften 99

Initiative „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“

Die Geschäftsstelle der Initiative ist im BBR angesiedelt. Ein Kompetenzzentrum „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ wurde beim Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V. (IEMB) eingerichtet.

Im Rahmen der Initiative wurden in den letzten Jahren zahlreiche Informationsmaterialien erarbeitet, um die Verbraucher und auch die Fachwelt über verschiedene Aspekte des kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauens zu informieren.

Zum Informationsangebot gehören eine Reihe von Informationsblättern zu den Themenfeldern Baufinanzierung und staatliche Förderung, rechtliche Rahmenbedingungen, Gebäudeplanung und -konstruktion sowie zur technischen Gebäudeausrüstung. Das Informationsangebot umfasst darüber hinaus zahlreiche Informationsbroschüren, Checklisten, Leitfäden und Arbeitshilfen

wie die „Mindestanforderungen an Bau- und Leistungsbeschreibungen für Ein- und Zweifamilienhäuser“, die „Checkliste zur Auswertung von Bau- und Leistungsbeschreibungen“, die „Hausakte“ zur Dokumentation wichtiger Daten einer Wohnimmobilie und das Lehrmaterial „Vom Traum zum Haus“.

In einer „Online-Datenbank für kostengünstig und qualitätsbewusst erstellte Ein- und Zweifamilienhäuser“ werden zu realisierten Bauvorhaben Objektangaben zu Konstruktion und Baustoffen, Gebäudegeometrie, -technik und -kosten bereitgestellt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Symposien für das Fachpublikum und Informationsveranstaltungen für Bauherren und Käufer durchgeführt. Über die vielfältigen Aktivitäten der Initiative informiert die Geschäftsstelle regelmäßig in einem Newsletter „Informationen der Initiative Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“.

Im Herbst 2001 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Initiative „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ gestartet. An der Initiative sind 26 Partnerverbände der Bau-, Wohnungs- und Finanzwirtschaft, der berufsständischen Organisationen der Architekten und Ingenieure und der Verbraucherseite beteiligt. Ziel der Initiative ist es, neue Impulse für umweltgerechtes, innovatives und bezahlbares Bauen zu geben.



Das Angebot der Bundesinitiative ist hier abrufbar:
www.kompetenzzentrum-iemb.de

Barrierefreies Bauen

Brandschutz

Nachhaltiges Bauen

Baulicher Umweltschutz



Brandschutzleitfaden für die Gebäude des Bundes, 3. Auflage
Hrsg.: BMVBS, Berlin 2006



Barrierefreies Bauen erhält eine immer größere Bedeutung, denn die Zahl der Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätseinschränkungen steigt. Schon heute gehört in Deutschland fast ein Drittel der Bevölkerung im weitesten Sinne zu den so genannten mobilitätsbeeinträchtigten Gruppen. Auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft wird verständlich, dass eine möglichst weit reichende Barrierefreiheit herzustellen ist.

Barrierefreiheit ist als Qualitätsgewinn für alle Nutzerinnen und Nutzer zu sehen. Ältere Menschen, aber auch Kinder und Personen mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck haben in der Regel ähnliche Nutzungsschwierigkeiten wie behinderte Menschen. Barrierefreiheit ist damit ein wichtiges Qualitätsmerkmal im Baubereich.

Forschungsprojekt für bauliche Barrierefreiheit

Das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) verpflichtet die Bundesregierung, bei eigenen Baumaßnahmen Barrierefreiheit herzustellen. Das Gesetz schafft einen einklagbaren Anspruch der Betroffenen. Es nimmt dabei Bezug auf die geltenden technischen Regeln, denen damit ein bedeutender Stellenwert zukommt. Neben der exakten Einhaltung der technischen Regeln für das Barrierefreie Bauen sind auch gleichwertige Alternativlösungen zulässig.

Diese gesetzliche Vorgabe bedeutet eine große Herausforderung für den Bund als Bauherrn. Damit auch bei einem hohen Niveau der Barrierefreiheit die Bauprojekte des Bundes bezahlbar bleiben, bedarf es einer intelligenten Anwendung der Regeln und der Alternativlösungen. Mit einem Forschungsprojekt hat das BBR im Jahre 2004 die technischen Grundsätze des Barrierefreien Bauens untersuchen lassen – mit dem Ziel, diese Erkenntnisse in einen Leitfaden umzusetzen.



Der Brandschutzleitfaden wird unter der Regie des BBR für die Bauaufgaben des Bundes als Ratgeber bei Brandschutzplanungen durch die staatliche Bauverwaltung oder entsprechende Fachplaner erstellt und publiziert. Über diesen Einsatz hinaus wird er von weiteren Bedarfsträgern für Brandschutzmaßnahmen genutzt.

Für die staatliche Bauverwaltung gibt der Leitfaden einheitliche Brandschutzgrundsätze für Planung, Durchführung, Betrieb und Instandhaltung vor. Er zeigt, dass Brandschutzkonzepte eigenständige Planungen darstellen und leitet zur Erstellung von ganzheitlichen Brandschutzkonzepten an. Darüber hinaus erlaubt er es, über eine Schutzzielbetrachtung und Risikoabwägung die Vollständigkeit eines gebäudespezifischen Brandschutzkonzeptes zu überprüfen.

Im Juli 2006 ist die dritte Auflage des Brandschutzleitfadens erschienen. Ihr Titelbild zeigt das zerstörte Dachgeschoss der Herzogin Anna Amalia Bibliothek Weimar. Für diese Ausgabe wurde der Geltungsbereich von rein zivilen Baumaßnahmen des Bundes auf die Liegenschaften der Bundeswehr ausgeweitet. Die regelmäßigen Prüfungen der technischen Anlagen und Einrichtungen und auch die „Wiederkehrenden bauaufsichtlichen Prüfungen“ werden behandelt. Die Pflicht zur Durchführung einer Brandverhütungsschau wird verbindlich auf einen Turnus von drei Jahren festgelegt.

Hinzugekommen ist das Kapitel „Fachbauleitung Brandschutz“. Hinweise bei Bundesbaumaßnahmen im Ausland wurden ergänzt. Ingenieurmethoden für Nachweise im Brandschutz werden ausführlicher dargestellt. Brandmeldeanlagen werden in einem eigenen Kapitel behandelt und in seiner neu gefassten Dokumentation von Brandschutzkonzepten orientiert er sich an der Bauprüfverordnung NRW und am Brandschutzkonzept der Vereinigung für den Deutschen Brandschutz (vfdB).



Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen, damit nachfolgenden Generationen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen werden kann.

Die Bundesregierung hat sich dieses Themas mit dem Nachhaltigkeitsrat angenommen. Dieser sieht besonders im Baubereich die Notwendigkeit für die Entwicklung und Anwendung von Nachhaltigkeitsstrategien. Konkrete Aufgaben im Bereich Bauwesen übernimmt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Seine Geschäftsstelle „Nachhaltiges Bauen des Bundes“ wird vom BBR geführt. Mit der Einrichtung eines Runden Tisches finden hier die Vertreter der unterschiedlichen am Bau beteiligten sowie am Bauwesen interessierten Kreise ein Forum, aktiv an der Gestaltung des nachhaltigen Bauens bei Bundesbauten mitzuwirken. In den zurückliegenden Jahren hat sich dieser Runde Tisch insbesondere der Konzeption von Instrumenten zum Nachhaltigen Bauen gewidmet, darunter auch der Weiterentwicklung des bewährten Leitfadens des Bundes.

Die Arbeit wird durch eine wissenschaftliche Begleitung und durch diverse weitere Forschungsprojekte unterstützt, die vom BBR konzipiert und fachlich betreut werden. Besondere Bedeutung kommt dabei zunehmend internationalen Aktivitäten zu (Europäische Kommission, ISO-Normung). Ferner sind auch die Beiträge zu koordinieren, die im Wege von Zuwendungsprojekten durch das Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken (IEMB) eingebracht werden.

Bild oben: Photovoltaikanlage, UBA Dessau



Zu den herausragenden Zukunftsaufgaben zählt die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Bei der Bewältigung der gewaltigen ökologischen Herausforderungen kommt dem Baubereich entscheidende Bedeutung zu. Als rohstoffarmes Land trägt die Bundesrepublik Deutschland für eine nachhaltige Entwicklung besondere Verantwortung. Wir müssen und werden einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Ressourcen leisten. Es kommt zunehmend darauf an, in Kreisläufen zu denken.

Mit fachtechnischen Beiträgen und der Mitarbeit in unterschiedlichen Facharbeitskreisen unterstützt das BBR Grundsatzarbeiten des baulichen Umweltschutzes.

Durch praxisorientierte Forschungen sowie Facharbeitskreise werden Vorgaben erarbeitet oder ergänzt, in Arbeitshilfen und Leitfäden konkretisiert und verbindlich als Qualitätsanforderungen für Bundesbaumaßnahmen eingeführt. Sie umfassen die Bereiche der Abwassertechnik, der Altlastenbearbeitung im Sinne des Boden- und Grundwasserschutzes sowie den Umgang mit Bauabfällen und der Verwendung von Recyclingbaustoffen. Wichtig dabei sind Substitutions- und Recyclingmöglichkeiten von Baustoffen und -teilen. Diese gilt es, bereits bei der Planung von baulichen Anlagen zu berücksichtigen. Hierzu wurden die „Arbeitshilfen Recycling“ erarbeitet, die wichtige Hinweise und Details für die Planung und Ausführung von Neu-, Um- und Rückbaumaßnahmen enthalten.

Bild oben: Holzbauabfälle zur Aufbereitung als Pressspanplatten



Das Verhalten von Stoffen in der ungesättigten Bodenzone CD, Hrsg.: BBR Bonn 2006



Grabenlose Sanierung von Hausanschluss- und Grundleitungen CD, Hrsg.: BBR Bonn 2006

Städtebaulicher Klimaschutz



Städtebaulicher Klimaschutz und Energiekonzepte
Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/2006
Hrsg.: BBR, Bonn, und Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover



Die Weichen für die dauerhafte Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen müssen in vielen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft gestellt werden. Dazu sind Umweltqualitäts- und Umwelt Handlungsziele bestimmt worden, um anschließend festzulegen, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten diese Ziele für die Bundesrepublik Deutschland erreicht werden können. Neben den erneuerbaren Energien kommt dabei der Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung eine besondere Bedeutung zu.

Nachhaltige Verringerung der Emission klimarelevanter Gase bedeutet unter anderem auch: Beeinflussung der Raumentwicklung. Dichte, Mischung und dezentrale Konzentration sind dabei wesentliche Prinzipien einer CO₂-vermeidenden Raumstruktur. Städtebau und Raumordnung können so wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Dies gilt insbesondere für ihr Bemühen, CO₂-sparende Stadt- und Siedlungsstrukturen zu sichern und weiterzuentwickeln. Mit Hilfe der Steuerungsinstrumente des Städtebaus und der Raumordnung kann ein entsprechender Rahmen für gewünschte bzw. unerwünschte Entwicklungen geschaffen werden. Die Palette der Möglichkeiten reicht von verdichteten Bauformen bis hin zu regionalen Klimabündnissen.

Steuerungsmöglichkeiten im Städtebau

In Ergänzung zum städtebaulichen Klimaschutz wird mit Hilfe städtischer und regionaler Energiekonzepte versucht, die fachplanerischen Ansätze im Bereich Energie mit der räumliche Ebene (Stadt und Region) zu verbinden. Sie enthalten Angaben unter anderem über Verbrauchsstrukturen, Emissionen, Einsparpotenziale und legen – auf der Basis der städtischen bzw. regionalen Ressourcen – entsprechende Maßnahmenpakete fest. Erwartet werden von derartigen Energiekonzepten – ne-

ben einer Stärkung der Versorgungssicherheit – Verminderungen des Energieeinsatzes und damit Kosteneinsparungen, aber auch eine verbesserte Ressourcennutzung und damit einhergehend eine geringere Umweltbelastung. Erhofft wird zudem eine zusätzliche Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft.

Das BBR hat Grundsatzstudien zu den Wechselwirkungen von Siedlungsstruktur und Energieversorgungssystemen sowie zahlreiche Energiekonzepte für siedlungsstrukturell unterschiedliche Gebietstypen modellhaft durchgeführt. Ansätze zum Klimaschutz im Städtebau bestehen auf den Planungsebenen Flächen-nutzungsplanung, Verkehrsplanung, Energieversorgung, Bebauungsplanung und Gebäudeplanung.

Über eine flächensparende Neuausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen ist es z.B. möglich, die stetig wachsenden Flächenverbrauch zu reduzieren. Im Rahmen der Verkehrsplanung bietet die Abkehr von der bisherigen Entwicklung des Infrastrukturausbaus für den Kraftfahrzeugverkehr zu Gunsten des Umweltverbundes die Möglichkeit, das Verkehrsaufkommen in den Städten zu reduzieren beziehungsweise umweltverträglicher abzuwickeln.

Bei der Energieversorgungsplanung sind die Potenziale der Bedarfsdeckung durch erneuerbare Energie voranzustellen. Bei der Bebauungsplanung ist es auch mit den vorhandenen Instrumentarien möglich, eine flächensparende Siedlungs- und Gebäudestruktur zu schaffen, die kompakte Baustrukturen beinhaltet, also dem Bau von Mehrfamilienhäusern dem von Einfamilienhäusern den Vorrang gibt. Die Entwicklung energetisch günstiger Gebäudeformen beinhaltet ein großes Reduktionspotenzial. Weitere Möglichkeiten liegen in der Südorientierung der Gebäude in Verbindung mit einer großflächigen Verglasung nach Süden und kleinen Fenstern nach Norden.

Klimaschutz im Gebäudebereich

Der Gebäudebereich trägt mit rund 170 Mio. Tonnen in Deutschland insgesamt einen großen Anteil der energiebedingten CO₂-Emissionen. Allein der Energieverbrauch für die Beheizung unserer Gebäude verursacht nahezu 35 Prozent – EU-weit sogar 40 Prozent – des gesamten Energieverbrauchs. Vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll gehören Klimaschutzmaßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase schon lange zur Politikstrategie des Bundes. Im Fokus steht dabei vor allem zunehmend der Gebäudebestand, der durch rückständige Sanierungsprozesse maßgebliche Einsparpotentiale enthält. Die Konzeption von Klimaschutzmaßnahmen zur Erschließung dieser Potentiale stellt hierbei immer einen Zusammenschluss verschiedener Politikkomponenten aus Forderungen, Förderung und Information dar. In der Praxis stellen sich die Wirkzusammenhänge und Erfolge der einzelnen Maßnahmen sehr komplex dar und sind abhängig von den verschiedensten Rahmenbedingungen, die sich über breite Politikbereiche strecken.

Dem BBR wurde die Aufgabe übertragen, die gebäudebezogenen Aussagen in den Klimaschutzberichten der Bundesregierung fachlich vorzubereiten und im Laufe der interministeriellen Abstimmungen zu redigieren. In dieser Rolle unterstützt das BBR die regelmäßige Fortschreibung der Klimaschutzberichte durch eigene Beiträge zum Gebäudebereich und hat aktuell verschiedene Forschungsprojekte ausgeschrieben, um differenzierte Aussagen über die zu erwartende CO₂-Entwicklung im Gebäudebereich zu erhalten. Als integrative Schaltstelle nutzt das BBR dabei die Möglichkeit, Zusammenhänge aus der Raumordnung, dem Wohnungswesen und dem Bereich der Bautechnik zu bündeln und in die fachpolitische Arbeit mit einzubringen.

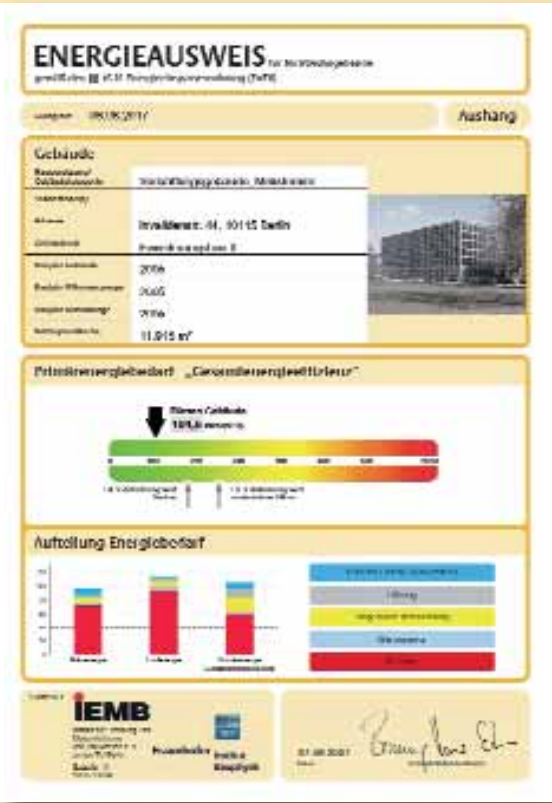
Die letzten Studien haben gezeigt, dass die Datenlage über den Gebäudebestand nicht ausreichend ist, um be-

lastbare Aussagen über die kurz-, mittel- oder langfristige Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen entwickeln zu können. Insbesondere die technische und wirtschaftliche Ausgangssituation ist bislang geprägt von zahlreichen statistisch nicht hinterlegten Annahmen. Um die Verlässlichkeit von CO₂-Prognosen als methodisches Kernelement der Berichterstattung weiter zu verbessern, gilt es diese Wissenslücken durch gezielte Forschungsarbeiten zu schließen. BBR hat dazu die ersten Schritte eingeleitet.

Selbst bei Erreichung der festgeschriebenen Klimaschutzziele wird nach jüngsten Berichten des internationalen Klimaschutzsekretariats ersichtlich, dass ein Klimawandel unumgänglich sein wird. Daraus ergibt sich ergänzend zu den bisherigen Aktivitäten künftig ein neues Handlungsfeld, das der Entwicklung von geeigneten Anpassungsstrategien an diesen Klimawandel gewidmet sein soll.

Kompetenzzentrum Energiespar-Gesetzgebung

Mit Inkrafttreten der „Europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ (EPBD) im Jahr 2003 sind die Aktivitäten zur Verbesserung der Energieeffizienz im europäischen Kontext deutlich intensiviert worden. Erstmals waren die Mitgliedstaaten aufgefordert, konkrete Anforderungen in nationale Vorschriften umzusetzen. Die fachlichen Kompetenzen zur Umsetzung und Erfüllung dieser Vorschriften wurden im BBR angesiedelt.



Energieausweise für Bundesbauten, z.B. BMVBS Berlin

ten. Da sich aber die Wirtschaftlichkeit energiesparender Maßnahmen bei der Errichtung und Modernisierung

von Gebäuden den Entscheidungsträgern oft nicht unmittelbar erschließt, sah der Gesetzgeber seinerzeit die Notwendigkeit, auf Basis des Energieeinsparungsgesetzes gesetzliche Pflichten zu formulieren. Seither wurde eine Reihe von Verordnungen erlassen, die Anforderungen an Gebäude und ihre technischen Anlagen betreffen. Gegenwärtig sind die Energieeinsparverordnung (EnEV) und die Heizkostenverordnung in Kraft. Vor dem Hintergrund der „Europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ hat Deutschland durch eine Novellierung der EnEV (2007) seine Rechtsvorschriften fortgeschrieben und beschreitet damit in einigen Bereichen Neuland. So zum Beispiel mit der Einführung von Energieausweisen für den Gebäudebestand.

Bei der Energiespar-Gesetzgebung handelt es sich um eine stark technisch geprägte Materie. Mit Gründung des BBR wurden hier die fachlichen Kompetenzen angesiedelt, die erforderlich sind, um insbesondere die technischen Anhänge zur Energieeinsparverordnung zu formulieren, die Regeln für Energieausweise zu erlassen und die im Vorfeld jeder Fortschreibung der Verordnungen erforderlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu veranlassen und auszuwerten. Auch für die Einführung von „Energieausweisen“ hat das BBR die Grundlagen geschaffen durch die Beauftragung und Auswertung vieler technisch-wissenschaftlicher Gutachten.

Darüber hinaus lösen die Vorschriften, die eine große Zahl von Bürgern, insbesondere aber die Planenden und Ausführenden am Bau betreffen, in der Praxis viele fachliche Fragen aus, deren Beantwortung zugleich technische und rechtliche Kenntnisse erfordert. Häufig bedarf es auch einer Beratung mit den für den Vollzug des Energieeinsparrechts zuständigen Stellen der Länder, damit in strittigen Detailfragen überall einheitlich entschieden wird.

Seit 2003 ist dem BBR ergänzend die fachliche und organisatorische Betreuung der Zuwendungen des BMVBS an die Deutsche Energie-Agentur (dena) übertragen. Die hauptsächlich im Bereich der Öffentlichkeit angesiedelten Projekte können so gezielt mit den übrigen Aktivitäten des Bundes im Baubereich verzahnt werden.

Voraussichtlich 2010 steht eine weitere inhaltliche Fortschreibung der Energieeinsparverordnung als weiterer Schritt zum Erreichen der ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung an. Schon jetzt laufen dafür einige vorbereitende Forschungsprojekte, die das BBR beauftragt und koordiniert.

Weitere Projekte sind geplant.

Europäisches Netzwerk „EPBD Concerted Action“



Das Berlaymont-Gebäude: Sitz der Europäischen Kommission. Foto: Wikipedia

Mit dem Erlass der europäischen „Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)“ wurde das Thema Energieeinsparung weiter internationalisiert. Die europäische Kommission bedient sich dabei des Ausschusses nach Art. 14 dieser Richtlinie, der sich u.a. am Bonner Sitz des BBR versammelt. Der fachbezogene Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten ist für die Kommission sehr wichtig, sie fördert seit 2005 (und weiter bis Ende 2009) das Netzwerk „EPBD Concerted Action“, dessen Grundstein bei einer vom BBR organisierten Tagung gelegt wurde und in dem zwischenzeitlich alle Mitgliedstaaten der EU sowie Norwegen und die zwei Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei mitarbeiten. Einer der drei deutschen „Shareholder“ ist das BBR.

Im Zeitraum 2005 bis Mitte 2007 wurden im Rahmen von „CA EPBD I“ acht große Workshops in unterschiedlichen Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Veranstaltungen dienten dem Erfahrungsaustausch bei der Umsetzung der Richtlinie in nationale Rechtsvorschriften (in Deutschland: Energieeinsparungsgesetz 2005 und Energieeinsparverordnung 2007). Die Projektphase „CA EPBD II“ beginnt 2007 und soll weitere acht Veranstaltungen umfassen, die im Schwerpunkt der Evaluation der verschiedenartigen Umset-

zungskonzepte, der gemeinschaftlichen Lösung von Detailfragen aus der Umsetzungspraxis sowie der Weiterentwicklung der energiesparrechtlichen Zusammenarbeit in Europa dienen sollen.

Zwischenzeitlich hat sich unterhalb dieser Ebene eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland – vertreten durch das BBR – den Niederlanden, Dänemark und Flandern ausgebildet. Intensiven fachlichen Austausch

gibt es ferner mit Frankreich, Schweden, Finnland, Österreich, dem Vereinigten Königreich und der Republik Irland. Durch die Mitarbeit im Netzwerk ist es dem BBR möglich, sehr kurzfristig über die baubezogene Gesetzgebung, über technische Regelungen und absehbare Entwicklungen in den genannten Ländern Auskunft zu geben. Im Gegenzug berichtet das BBR zu verschiedenen Anlässen – in

Vortragsveranstaltungen in Nachbarländern, Delegationsbesuche aus Europa und aus Übersee – über die Entwicklung der Regelsetzung in Deutschland.

Ende 2006 schaltete die europäische Kommission ihr Internetangebot „buildingsplatform.eu“ frei, dessen Inhalte größtenteils auf die Arbeit des Netzwerks zurückgehen. Auch einige deutsche Beiträge vom BBR und vom weiteren deutschen Partner „Fraunhofer IBP“ finden sich inzwischen auf dieser Plattform.

Grundsteinlegung für „EPBD Concerted Action“: Vertreter aus 16 europäischen Mitgliedstaaten im BBR in Bonn, Juni 2004

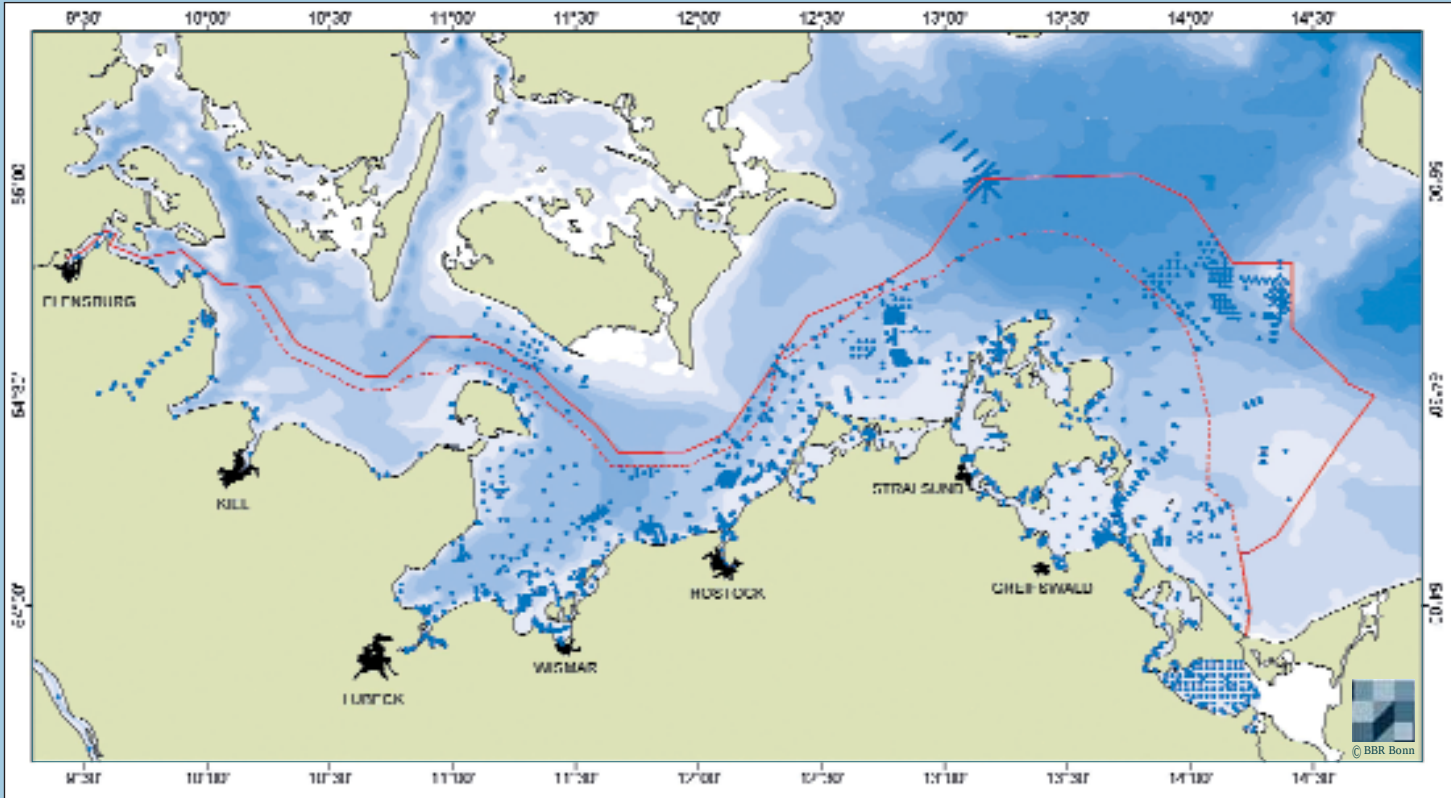


„buildingsplatform.eu“ mit Link auf das Fachangebot des BBR verlinkt

Raumordnung auf dem Meer und integriertes Küstenzonenmanagement

Neue Meeresnutzungen wie Offshore-Windenergieparks, Natura 2000-Schutzgebiete, Aqua-Kulturen etc. haben Nutzungskonflikte geschaffen, die nur noch durch eine umfassend abwägende und vorausschauende raumordnerische Planung und ein flexibles Küstenmanagement koordiniert und einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden können. Raumordnung kommt also auch auf dem Meer und in den Küstengebieten die klassische Ordnungsfunktion zu, ergänzt durch das prozesshafte Instrument des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM), das vor allem die EU zur Lösung der anstehenden Probleme von ihren Mitgliedstaaten einfordert. Bereits im Jahr 2003 hat das BBR gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung das Forschungsprojekt „Auf dem Weg zur Nationalen Strategie im Integrierten Küstenzonenmanagement – Raumordnerische Perspektiven“ vergeben, in dessen Rahmen Vorschläge erarbeitet werden.

Stationen der Benthos-Datenbank des IfAÖ – Institut für Angewandte Ökologie, Neu Broderstorf



Raumordnung auf dem Meer und Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) sind zwei Seiten einer Medaille. Im einen Fall ist die Ordnungsfunktion der Raumordnung für den unter wachsendem Nutzungsdruck stehenden Meeresraum gemeint, im anderen wird ein Instrument benannt, das im Rahmen einer ganzheitlichen, abwägenden Betrachtung die konkurrierenden Nutzungen hin zur nachhaltigen Entwicklung zu steuern beabsichtigt und Nutzungskonflikte vorausschauend mindert oder verhindert.

Die Intensivierung der Nutzung der deutschen Meeresgebiete einschließlich sich verstärkender Konkurrenzen und Konflikte zwischen den Nutzungen und ökologischen Gegebenheiten erfordert für raumordnerische Aufgaben, für die Planung, für Genehmigungsverfahren, für den vorsorglichen Schutz der Umwelt und IKZM-Prozesse entsprechende Daten- und Informationsgrundlagen. Insbesondere für den Offshore-Bereich liegen nur wenige Daten und Informationen vor, die häufig für spezifische Fragestellungen erarbeitet wurden und demnach für Planungsaufgaben einer Ergänzung und Aufarbeitung bedürfen.

Aufgrund der teils sehr unterschiedlichen Aufgaben und Rahmenbedingungen der für das Meeresgebiet zuständigen Fachressorts sowie mit Untersuchungen in Nord- und Ostsee beschäftigten Institutionen fehlt es bisher an einem integrativen, vernetzenden Ansatz für die Etablierung eines Informationssystems. Die Daten- und Informationshaltung auf jeder Ebene erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise hinsichtlich Datenstruktur, Zuständigkeit, räumlichem Zuschnitt, Erfassungs- und Darstellungsmaßstab usw.

Aufbau eines übergreifenden Informationssystems

Die „Machbarkeitsstudie für einen integrativen Aufbau eines datengestützten Informationssystems für die Raumordnung auf dem Meer und das integrierte Küstenzonenmanagement“ zeigt, wie und welche konkreten Daten- und Informationsquellen für den Beispielraum der deutschen Ostsee erschlossen und im Rahmen eines integrativen Ausbaus eines datengestützten Informationssystems für die Raumordnung auf dem Meer und für das IKZM zugänglich gemacht werden können.

Die Studie evaluierte, ob und wie digitale GIS-gestützte Produkte zur Unterstützung verschiedener Planungsprozesse, insbesondere im Rahmen einer Raumordnung auf dem Meer sowie des IKZM, über den bisherigen Stand weiterentwickelt und verbessert werden können

um so den komplexen und fachübergreifenden Anforderungen besser gerecht zu werden. Bei der Durchführung der Studie wurde das BBR unterstützt vom Institut für Angewandte Ökologie GmbH, Neu Broderstorf.

Aufgrund der bestehenden und sich für die Zukunft abzeichnenden Strukturen, der Organisation sowie der Aufgaben der Behörden und sonstigen Institutionen, die an den Fragen der Nutzung des Schutzes der Meeresumwelt beteiligt sind, wird die Etablierung eines zentralen, allumfassenden Informationssystems für die Ostsee als praktisch nicht umsetzbar eingeschätzt. Stattdessen soll die bestehende dezentrale Verwaltung der Daten- und Informationssysteme unterstützt, methodisch harmonisiert und kooperativ – auch in Verständigung über die übergeordneten Anforderungen und Ziele – vernetzt werden.

Als realistisch angesehen und angestrebt werden die Etablierung einer gemeinsamen Geodatenbasis mit einheitlichen Parametern für Koordinaten-Transformationen, abgestimmte Standardisierungen und Methoden-Mindestanforderungen, die Entwicklung von Schnittstellen zwischen wesentlichen Daten- und Informationsbeständen, der Aufbau eines virtuellen Fachinformationssystems sowie die Organisation eines externen Zugriffs auf ausgewählte, aggregierte Informationen der Seegebiete mit einer laufenden Raumbewachung. Hauptziel ist demnach eine Organisationsstruktur im Prinzip der jeweils dezentralen, eigenständigen Daten- und Informationshaltung mit Standardisierungen und Schnittstellen zur Schaffung einer effektiveren Datenverfügbarkeit.



Machbarkeitsstudie für einen integrativen Aufbau eines datengestützten Informationssystems für die Raumordnung auf dem Meer und das integrierte Küstenzonenmanagement, Teil 1: Deutsche Ostsee, Hrsg.: BMVBS/BBR/IfAÖ, 2006

Projektgruppe Osteuropaberatung



In den neunziger Jahren ermöglichten umfangreiche Privatisierungsprogramme in den osteuropäischen Ländern den Bewohnern, ihre Wohnungen deutlich unter dem Marktwert zu erwerben. Im Unterschied zu westlichen Wohnungsmärkten dominiert in Ländern wie Russland und der Slowakei selbst genutztes Wohneigentum. Insbesondere in Großsiedlungen, die seit den 1960er Jahren in industrieller Plattenbauweise entstanden, gibt es angesichts des derzeitigen Sanierungs- und Instandhaltungsstaus, aber auch hinsichtlich der Organisation der Wohnungsverwaltung unter Berücksichtigung der neu entstandenen Eigentumsverhältnisse dringenden Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund werden in zwei Forschungsprojekten tragfähige und im Partnerland multiplizierbare Lösungsansätze für umfassende Sanierungsmaßnahmen einerseits und für eine effiziente Wohnungsverwaltung andererseits aufgezeigt.

Deutsch-slowakische und deutsch-russische Kooperationsprojekte

Mit dem deutsch-slowakischen Kooperationsprojekt „Effizienzanalyse der Wohnungsverwaltung in der Slowakei“ wird das Ziel verfolgt, bei den Wohnungseigentümern das Bewusstsein für die wirtschaftlichen Chancen einer effizienten Verwaltung zu wecken. Aufbauend auf einer Analyse des slowakischen Wohnungsmarktes und des Wohnungsverwaltungsmarktes werden im Projekt auf der Basis empirischer Daten die Potentiale und Defizite der jetzigen Verwaltungspraxis identifiziert. In einem zweiten Schritt werden Vorschläge zum Aufbau effektiver Verwaltungsstrukturen erarbeitet und unter Nutzung deutscher Ausbildungsstandards ein auf die slowakischen Bedürfnisse abgestimmtes Konzept zur Ausbildung von Verwaltern vorgestellt.

Zentrales Anliegen des zweiten Projektes ist es, die mögliche Durchführung energieeffizienter Sanierungsmaßnahmen in einem Plattenbau eines in St. Petersburg häufig vorhandenen Bautyps zu untersuchen. Im Kontext aktueller wohnungspolitischer Prioritäten fließen in die Studie neben bautechnischen Aspekten auch Fragen der Finanzierung des Vorhabens ein. Die bisherigen Rahmenbedingungen in Russland boten den Eigentümern keinen Anreiz für Modernisierungsmaßnahmen, die über die eigene Wohnung hinausgingen. Vor Verabschiedung des Wohnungsgesetzbuches in 2005 fehlte den Wohnungseigentümern auch die normative Sicherheit für Investitionen in das Gemeinschaftseigentum. Langfristige

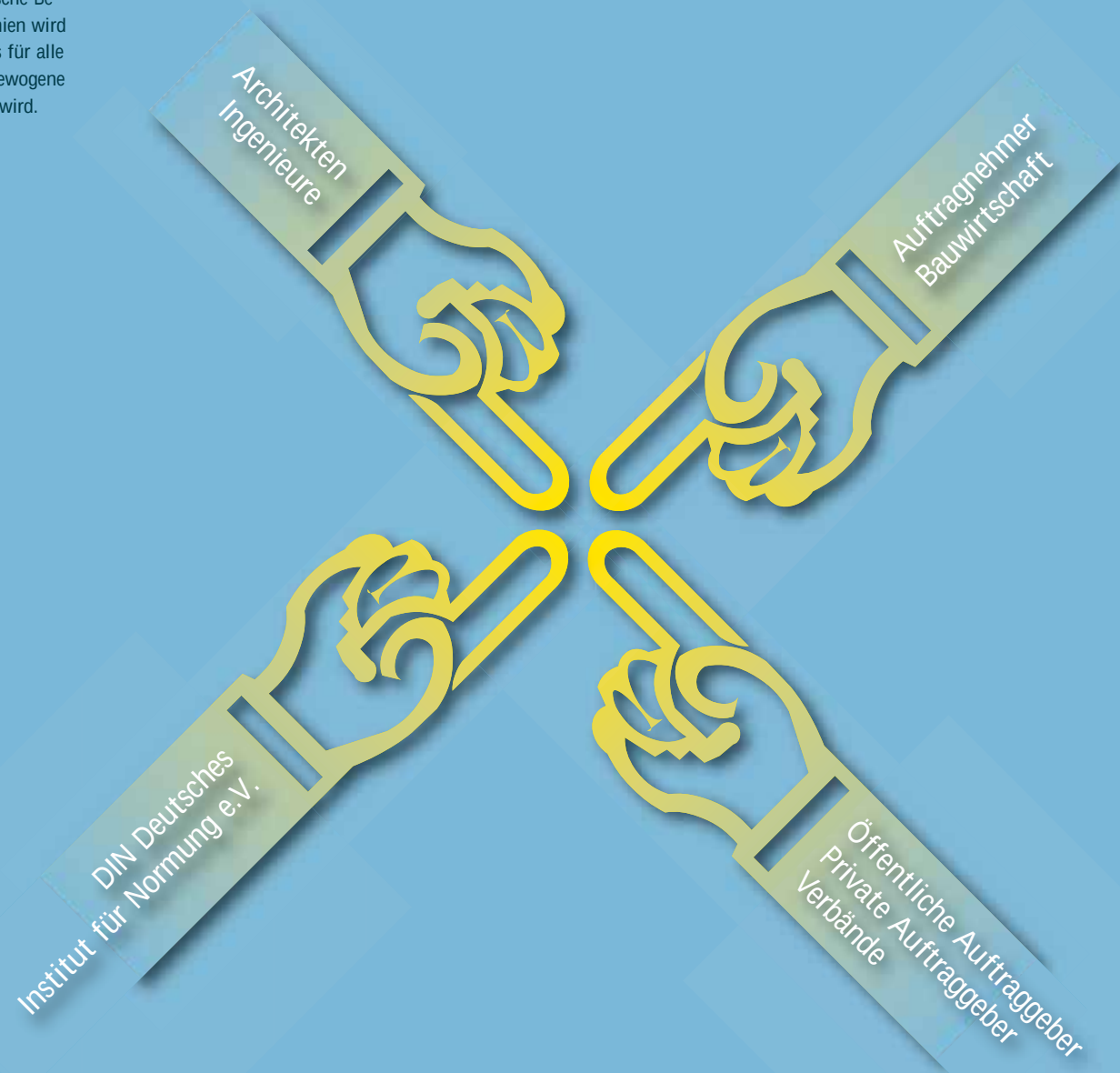
Die Projektgruppe Osteuropaberatung des BBR unterstützt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas durch die fachliche Begleitung von Forschungsarbeiten und Modellvorhaben auf den Gebieten der Stadtentwicklung und des Bau- und Wohnungswesens, durch die inhaltliche und konzeptionelle Vorbereitung internationaler Konferenzen zur Wohnungs- und Kommunalwirtschaft sowie durch die Bildung von Netzwerken zur Erhöhung der Kooperationschancen bau- und wohnungswirtschaftlicher Unternehmen.

Finanzierungskonzepte, Förderprogramme und Hilfen für Haushalte mit geringem Einkommen auf kommunaler Ebene, z.B. in Form von Modernisierungszuschüssen sind bislang nicht vorhanden und stehen einer Kreditaufnahme im Wege. Mit den Projektergebnissen können nunmehr unter Einbeziehung der Wohnungseigentümer, der St. Petersburger Regierung und der Kreditinstitute konkrete Finanzierungsstrategien und kommunale Fördermöglichkeiten für russische Wohnungseigentümergesellschaften ausgelotet werden.

Beim Aufbau eines deutsch-russischen Netzwerkes für die Bau-, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft hat die Projektgruppe eine koordinierende Funktion übernommen. Das Netzwerk hat den Anspruch, durch gesellschaftlichen Dialog auf regionaler und kommunaler Ebene, u.a. in Form von deutsch-russischen Konferenzen und Fachveranstaltungen, Informationen über gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklungen in Russland in Verbindung mit Kooperationsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen zu vermitteln.



Die für den GAEB tätigen Experten der Facharbeitskreise stellen unentgeltlich ihr Fachwissen zur allgemeinen Nutzanwendung zur Verfügung und garantieren somit die Neutralität und die Akzeptanz der Arbeitsergebnisse. Durch die paritätische Besetzung aller Gremien wird sichergestellt, dass für alle eine tragbare, abgewogene Regelung erreicht wird.



Wissen und Erfahrung im Bauwesen

GAEB – Gemeinsamer Ausschuss Elektronik im Bauwesen – fördert als Interessensgemeinschaft aller am Bau Beteiligten eine gemeinsame, IT-gestützte Sprache im Bauwesen. Unter dem Dach des Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA), dem der GAEB seit Januar 2005 als neuer Hauptausschuss angehört, wird die enge Verbindung zur Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) manifestiert.

Die Geschäftsstelle des GAEB ist im BBR Bonn angesiedelt. Hier werden neben administrativen Aufgaben die ca. 100 Arbeitsgremien mit ca. 600 meist ehrenamtlichen Mitarbeitern koordiniert. Diese Arbeitsgremien sind mit Vertretern aus öffentlichen Bauverwaltungen, Wohnungswirtschaft, Bauabteilungen der Bauindustrie, Bau- und Baustoffwirtschaft, Architektenkammern und Ingenieurverbänden, dem DIN und dem Bundesverband der Bausoftware fachlich kompetent besetzt.

Die Schwerpunkte der GAEB-Arbeit liegen in der Erstellung und Überarbeitung von standardisierten Texten zur Beschreibung von Bauleistungen für Neubau, In-

standhaltung und Sanierung sowie für Zeitvertragsarbeiten. Bekannteste Produkte dieser Arbeit sind die Standardleistungsbücher STL-Bau und STL-BauZ.

Der „GAEB Datenaustausch“ stellt mit dem „Aufbau Leistungsverzeichnis“ und dem „dv-technischen Schema XML“ die normative Schnittstelle zum Austausch der fachlichen Informationen zwischen den am Bau Beteiligten zur Verfügung.

In den Verfahrensbeschreibungen für die elektronische Mengen- und Bauabrechnung (GAEB-VB) werden Regelungen für die Abrechnung von Bauleistungen sowie geometrische Lösungen für typische Abrechnungsaufgaben erarbeitet. Ziel ist, mit den gleichen Ausgangsdaten an verschiedenen Stellen unabhängig voneinander die gleichen Ergebnisse zu erreichen.

GAEB-Arbeit geht auch weit über nationale Grenzen hinaus. Neben den Kontakten mit den vergleichbaren Institutionen in den europäischen Nachbarländern ist der GAEB auch in dem internationalen Gremium ICIS (International Construction Information Society) vertreten. Auch hier findet ein regelmäßiger Informationsaustausch mit dem Ziel der Harmonisierung statt.



GAEB-Ergebnisse, die in den GAEB-Gremien erarbeitet und kontinuierlich aktualisiert werden:

Standardleistungsbücher
STLB-Bau und STLB-BauZ,
PAS 1067 zum Datenaustausch GAEB DA XML
Weitere Infos: www.gaeb.de

Präqualifikation von Bauunternehmen

Präqualifikation bezeichnet die vorgelagerte, auftragsunabhängige Eignungsprüfung von Bewerbern um öffentliche Aufträge hinsichtlich ihrer Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) nach § 8 VOB/A. Das BBR unterstützt das BMVBS und den Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. bei allen Präqualifizierungsfragen.

Bild: Logo-Steile am Bonner Sitz des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.

Die Bundesregierung hat mit den betroffenen Kreisen der Wirtschaft ein privatrechtlich organisiertes System für die Präqualifikation von Bauunternehmen aufgebaut. Der 2005 gegründete „Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ führt eine internetbasierte Liste aller präqualifizierten Unternehmen. Mitglieder des Vereins sind öffentliche Auftraggeber des Bundes, der Länder, kommunale Spitzenverbände, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Verbände der Bauwirtschaft. In einem vom BBR-Referat II 4 durchgeführten wettbewerblichen Auswahlverfahren waren sechs privatrechtliche Präqualifizierungsstellen erfolgreich; diese führen seit Anfang 2006 die Prüfungsverfahren durch und stellen präqualifizierte Bauunternehmen in die vom Verein für die Präqualifizierung von Bauunternehmen geführte internetbasierte Qualifizierungsliste ein. Bisher haben sich knapp 300 Unternehmen präqualifizieren und in die Liste eintragen lassen. Das System vereinfacht die Eignungsprüfung innerhalb des konkreten Vergabeverfahrens und führt u.a. auf Seiten der Auftraggeber und Auftragnehmer zu einer Kostenreduzierung sowie tendenziell zur Eindämmung illegaler Praktiken in der Bauwirtschaft. Das Referat II 4 hat bei der Einführung des Systems mitgewirkt und unterstützt weiterhin das Ministerium und den Verein bei allen Präqualifizierungsfragen.



Öffentlich-Private Partnerschaften

Die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingerichtete Public Private Partnership Task Force soll Pilotprojekte im öffentlichen Hochbau initiieren und begleiten, Grundsatz- und Koordinierungsarbeiten durchführen sowie den PPP-Wissenstransfer voranbringen. Das BBR unterstützt die PPP Task Force bei diesen Aufgaben.

Öffentlich-Private Partnerschaften (Public Private Partnerships – PPP) verfolgen das Ziel, durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit von Staat und privater Wirtschaft öffentliche Infrastrukturprojekte effizienter zu realisieren. Wesensmerkmal dieser innovativen Beschaffungsvariante ist der Lebenszyklusansatz, mit dem das Planen, Bauen, Finanzieren, Betreiben und ggfs. Verwerten einer Immobilie in einem ganzheitlichen Ansatz optimiert werden soll. Die Effizienzvorteile gegenüber der Eigenrealisierung sollen daneben aus einer verbesserten Risikoallokation zwischen dem privaten Sektor und der öffentlichen Hand sowie aus der Implementierung von Anreizstrukturen für weitere Optimierungen resultieren. Die Förderung von PPP ist daher ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Die ersten PPP-Projekte in Deutschland bestätigen die internationalen Erfahrungen, dass Effizienzvorteile in erheblichem Umfang zu erzielen sind. Das BBR hat zuletzt ein Forschungsvorhaben begleitet, mit dem praxisbewährte Muster und Handlungsempfehlungen entwickelt wurden. Durch die Anwendung dieser Leitfäden sollen die komplexen PPP-Verfahrensabläufe standardisiert werden, um den relativ hohen Beratungsbedarf bei der Realisierung von PPP und die damit verbundenen Transaktionskosten zu senken. Die PPP-Prozesse „Eignungstest“, „Erstellung von output-orientierten Ausschreibungsunterlagen“, „PPP-Wirt-

schaftlichkeitsuntersuchung“ sowie „PPP-Vertragsgestaltung“ werden anhand von modular aufgebauten Leitfäden praxisnah erläutert und durch Beispiele ergänzt. Die Leitfäden richten sich vor allem an die Kommunen und legen den Schwerpunkt auf den Schulsektor. Außerdem werden in besonderer Weise die Anforderungen von strukturschwachen Kommunen auch in den Neuen Bundesländern, berücksichtigt. Die Leitfäden zeigen, dass es für PPP auch in strukturschwachen und vom demografischen Wandel betroffenen Regionen viele Einsatzfelder gibt. Dies gilt besonders für Mittelzentren und Wachstumsregionen, aber auch für den ländlichen Raum, insbesondere dann, wenn die Kommunen untereinander kooperieren. Haupteinsatzgebiete sind Bestandssicherungs- und Anpassungsmaßnahmen an Schulen und Kitas sowie an Verwaltungsgebäuden. Auch kommunale Verkehrsinfrastrukturprojekte kommen in Betracht. PPP kann somit dazu beitragen, den immer noch großen infrastrukturellen Nachholbedarf in den Kommunen der neuen Länder in effizienter Weise abzubauen. Das Forschungsvorhaben bot – u.a. im Rahmen eines Workshops – Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen, Kommunalaufsichten, Bundes- und Landesministerien und anderen Projektbeteiligten über die Durchführung, Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von PPP-Modellen.



Leitfaden 1: „Chancen und Risiken von PPP in den Neuen Bundesländern“, Hrsg.: BMVBS/BBR, Berlin/Bonn 2005–2007

- Weitere Ausgaben:
Leitfaden 2: „Kriterienkatalog PPP-Eignungstest Schulen“
Leitfaden 3: „Output-orientierte Ausschreibungsunterlagen“
Leitfaden 4: „PPP-Wirtschaftlichkeitsuntersuchung“
Leitfaden 5: „PPP-Mustervertrag“

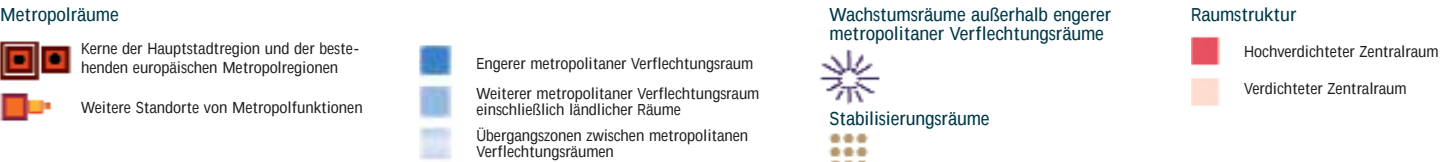
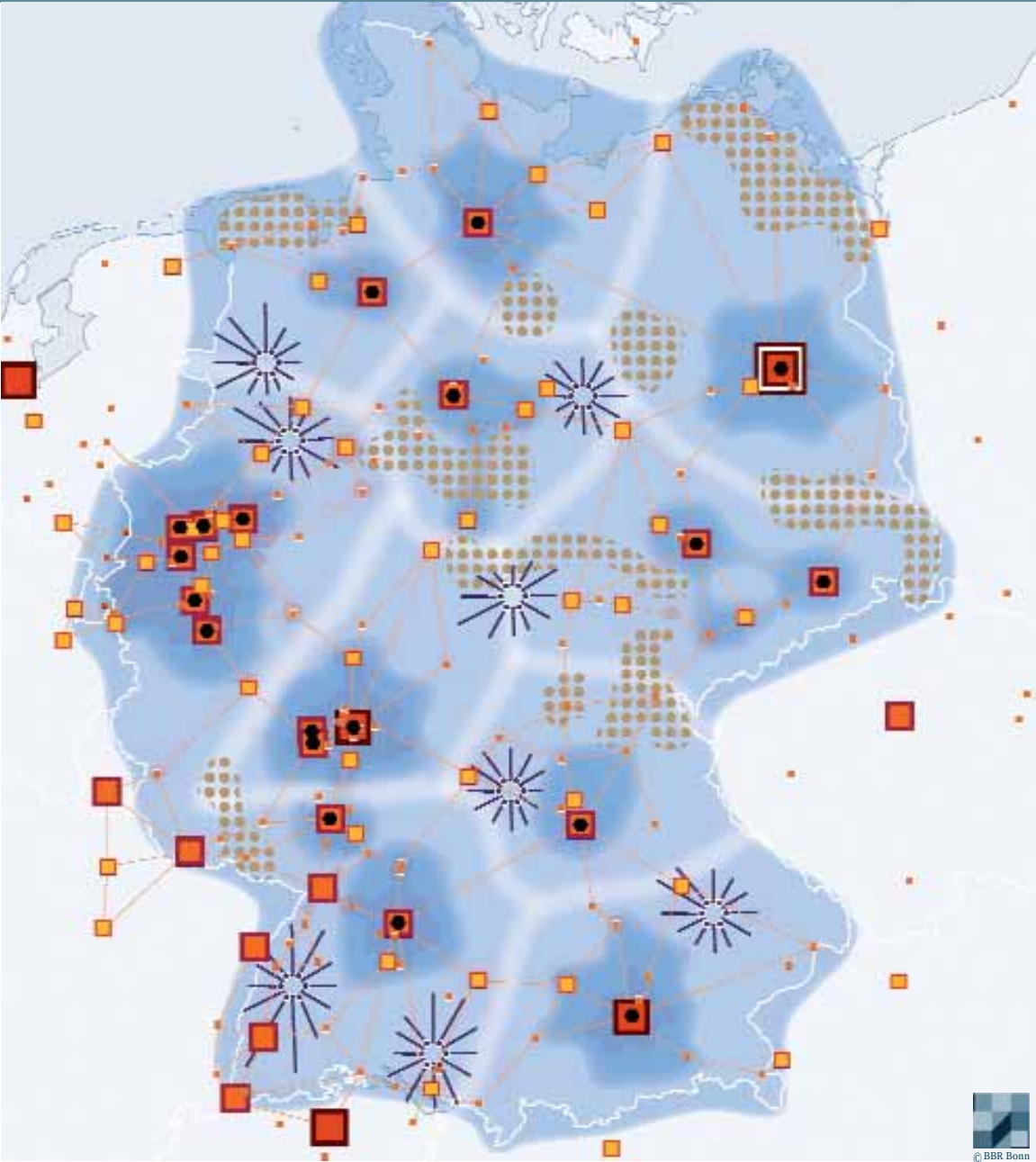
AUSBLICK

- **Neue Leitbilder der Raumentwicklung 102**
„Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland“ – Kommentare (Kurzfassungen) 105/107
- **Nationale Stadtpolitik 108**
- **Verkehr und Mobilität/Energie 110**
- **Strategische Umweltprüfung 112**
- **Folgen des Klimawandels 114**
 - EU-Programme zum Klimawandel 116
 - Klimaveränderung im Alpenraum 116
 - Bioenergie – Zukunft für ländliche Räume 117
 - Schadstoffminderung im Städtebau 117
 - Faktoren der Flächenneuinanspruchnahme 119
 - Energetische Stadterneuerung/Gebäudesanierung 119

Neue Leitbilder der Raumentwicklung

Leitbild 1: Wachstum und Innovation

Mit dem Leitbild „Wachstum und Innovation“ möchte die Raumentwicklungspolitik dazu beitragen, das wirtschaftliche Wachstum stärker zu fördern – insbesondere durch eine Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft. Alle Räume sollen befähigt werden, hierzu ihren Beitrag zu leisten, indem die spezifischen Stärken in den jeweiligen Regionen gestärkt werden. Eine besondere Funktion haben die elf europäischen Metropolregionen in Deutschland. Diese Räume sind wichtige Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und haben eine besondere Verantwortung gegenüber ihrem metropolitanen Verflechtungsraum. Ziel der Raumentwicklung ist es, Netzwerke, überregionale Wachstumsbündnisse und solidarische Partnerschaften zwischen Metropolregionen, den Wachstumsräumen außerhalb der engeren metropolitanen Verflechtungsräume und den Stabilisierungsräumen zu etablieren.



Im Sommer 2006 hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ verabschiedet. Mit den Überschriften „Wachstum und Innovation“, „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ werden die angestrebten Schwerpunkte raumordnerischen Handelns für die nächsten Jahre angezeigt. Dieser Strategiekonsens von Bund und Ländern stellt eine wichtige Etappe in einem mehrjährigen fachlichen und politischen Diskurs über eine Neuorientierung der gesamtstaatlichen Raumordnungspolitik dar.

Die Basis bildete der Raumordnungsbericht 2005 des BBR mit seinen Analysen und Karten zur Raumentwicklung, den Zukunftstrends sowie den daraus abgeleiteten Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für die Politik. Die Karten wurden angepasst – häufig im Detail, bisweilen auch in ihren Konturen.

Der Entstehungsprozess der Leitbilder ist nachzuvollziehen anhand eines Themenheftes, in dem auch die

analytischen Grundlagen erläutert sind. Die Aspekte der Umsetzung werden von Fachpolitikern auf Bundes- und Landesplanungsebene beleuchtet und kommentiert. Die Autoren betrachten die neuen Leitbilder als wichtigen Beitrag zur Gestaltung der zukünftigen räumlichen Entwicklung von Deutschland. Manche sehen die Wachstumsorientierung in der Raumordnungspolitik kritisch, andere finden die Metropolregionen gegenüber den ländlichen Regionen übergewichtet – was zeigt, dass die Diskussion mit der Verabschiedung der neuen Leitbilder zur Raumentwicklung nicht abgeschlossen ist, sondern weitergeht.

Die Leitbilder sollen Impulse zur praktischen Umsetzung geben. Sie sollen beitragen, Wachstum und Innovation zu stärken, die Daseinsvorsorge zu sichern, die Ressourcen zu bewahren sowie die Kulturlandschaften zu gestalten. Der nächste Raumordnungsbericht des BBR im Jahre 2010 wird dazu eine erste Bilanz versuchen.

Umsetzung der Leitbilder auf Bundes- und Landesebene

Zur Umsetzung der Leitbilder trägt das BBR auch konkret durch neue „Modellvorhaben der Raumordnung“ bei. Mit dem Schwerpunkt „Wachstumsbündnisse und Verantwortungsgemeinschaften“ in diesem praxisorientierten Forschungs- und Aktionsprogramm von BMVBS und BBR soll in erster Linie die Umsetzung des ersten Leitbilds „Wachstum und Innovation“ an konkreten regionalen Modellvorhaben getestet werden. Gleichzeitig wird ein entsprechender Schwerpunkt „Kulturlandschaft entwickeln“ zur Umsetzung des dritten Leitbilds mit dem Titel „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ vorbereitet. Hier gibt es schon einen längeren Forschungsvorlauf, den es nun in konkreten Modellvorhaben umzusetzen gilt. Zum Thema „Daseinsvorsorge sichern“ des zweiten Leitbilds wurden in den letzten Jahren bereits mehrere Modellvorhaben durchgeführt; die letzten davon werden 2007 abgeschlossen und ausgewertet.



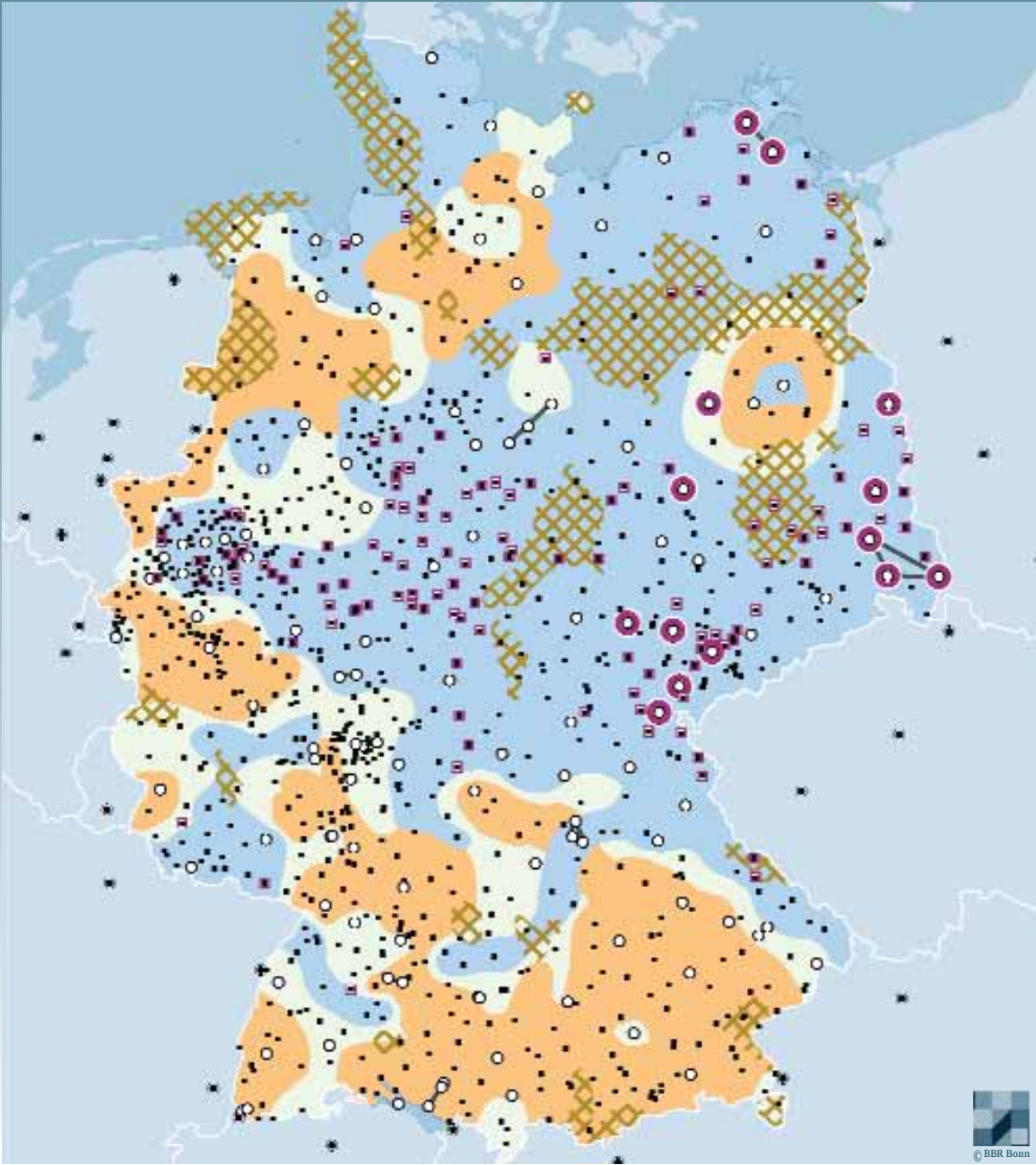
Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2006, Hrsg.: BBR Bonn



Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, Hrsg.: BMVBS, 2006

Leitbild 2: Daseinsvorsorge sichern

Dieses Leitbild ist die Antwort der Raumordnung auf den demografischen Wandel, der viele Regionen unter den Problemdruck stellt, zukünftig eine angemessene und gut erreichbare Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur zu gewährleisten. Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung vor allem in den sowieso schon schon dünn besiedelten Regionen stellt für die öffentlichen Haushalte unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine große Herausforderung dar: Die bisher größtenteils guten Versorgungsqualitäten müssen gesichert werden und das Zentrale-Orte-System als das räumliche Grundgerüst für die Daseinsvorsorge muss den demografischen Entwicklungen angepasst werden. Insbesondere die Grundversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr ist trotz der aufkommenden Probleme der Tragfähigkeit der Einrichtungen mit noch zu definierenden Mindeststandards zu garantieren.



Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 2050

- abnehmend
- stabil
- zunehmend

Tragfähigkeit vorhandener zentraler Orte verbessern und Versorgungsqualitäten sichern

- Gefährdete Oberzentren
- Gefährdete Mittelzentren
- Verbesserung der Erreichbarkeit in Regionen mit geringer überregionaler Ausstattung

Zentrale Orte Stand 2005

- Oberzentren
- Mittelzentren
- Oberzentrale Städteverbünde
- Städte mit oberzentralen Funktionen im Ausland

„Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland“ – Kommentare (Kurzfassungen 1)

Manfred Sinz
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Die Verabschiedung der neuen Leitbilder und Handlungsansätze für die Raumentwicklung in Deutschland als Strategiekonsens von Bund und Ländern stellt eine wichtige Etappe in der Neuorientierung der gesamtsstaatlichen Raumordnungspolitik dar. Kontrovers diskutiert hat man dabei das Thema „Metropolregionen versus ländliche Räume“ als Chiffre für einen vermeintlichen oder tatsächlichen Paradigmenwechsel der Raumordnung – von der Betonung des Gleichwertigkeitspostulats hin zu einer forcierten Politik regionalen Wachstums und Wettbewerbs. Die Herausbildung von Metropolregionen wird nicht als Ergebnis einer darauf gerichteten Raumentwicklungsstrategie, sondern als Folge wirtschaftlicher Konzentrationsprozesse und veränderter Standortpräferenzen der Wissens- und Informationsgesellschaft interpretiert, die es in eine räumliche Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie zu integrieren gilt. Mit dem Konzept der Metropolregionen wird keine neue Förderpolitik im Sinne einer Umschichtung von strukturschwachen („ländlichen“) in strukturstarke („großstädtische“) Regionen verfolgt, sondern die politische, organisatorische und investive Kräftigung von Funktionen, die nur in Metropolregionen wahrgenommen werden können, um dann als Wachstumsimpulse in den übrigen Räumen zu wirken.

Prof. Dr. Jürgen Aring
Büro für Angewandte Geographie, Meckenheim

Im Gegensatz zu dem vom Ministerium und BBR „hausintern“ bearbeiteten Vorläuferdokument „Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen“ von 1992/93 wurde die Erarbeitung der neuen Leitbilder als ein längerer fachöffentlicher Diskussionsprozess angelegt, der aus zwei miteinander verstränkten fachlich-wissenschaftlichen und fachlich-politischen Diskursen bestand. Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag die wesentlichen Elemente und die formale Struktur des Erarbeitungsprozesses dar. Mit der Stärkung des Entwicklungsauftrags, der neuen Gewichtung des Gleichgewichtsauftrags und der Bekräftigung des Ordnungsauftrags enthalten die neuen Leitbilder einige wesentliche Innovationen für die Raumordnung, die jedoch im regionalen Interessengefüge nicht allerorten auf ungeteilte Zustimmung stoßen.

Percy Rooks
Sächsisches Ministerium des Inneren, Dresden

Mit den Leitbildern und Handlungsstrategien ist ein deutlicher Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene verbunden. Interkommunale und regionale Kooperationen in gemeinsamer Verantwortung sind für eine zukunftsfähige nachhaltige Raumentwicklung unabdingbar. Um alle Räume zur Stärkung ihrer Stärken zu befähigen, sind regional angepasste Handlungsansätze und eine verstärkte Koordinierung der raumwirksamen Fachpolitiken erforderlich.

Prof. Dr. Konrad Goppel
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München

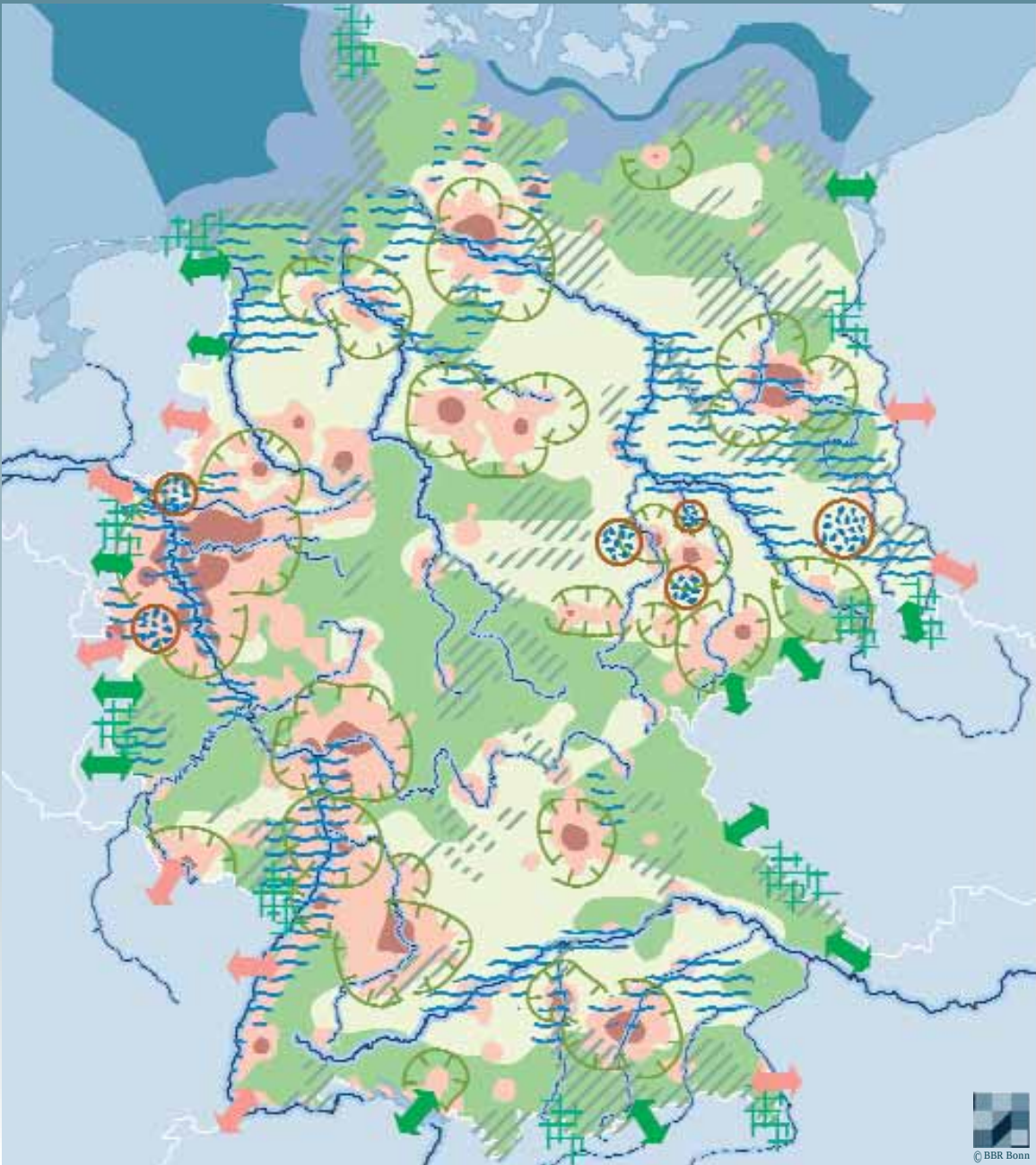
Die Leitbilder beziehen sich auf alle Räume, von ländlich-peripheren bis hin zu Verdichtungsräumen. Ein zentraler Aspekt ist, dass sich die Leitbilder ausdrücklich dem übergeordneten raumordnerischen Leitprinzip verpflichtet sehen, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Landes zu schaffen und zu erhalten. Ein wesentliches Anliegen des Leitbildes „Daseinsvorsorge sichern“ ist es, Wege aufzuzeigen, wie das Gleichwertigkeitsprinzip durch die Aufrechterhaltung wohnortnaher Versorgung, insbesondere in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Pflege, weiter umgesetzt werden kann. Die raumordnerische Kompetenz soll ferner – wie im Leitbild „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ verankert – verstärkt genutzt werden. Mit den neuen Leitbildern und Handlungsstrategien ist es gelungen, einen Rahmen zu setzen, in den sich gerade auch die Landes- und Regionalplanung einbinden kann.

Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs
Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Schwerin

Die neue Akzentsetzung zugunsten der engeren metropolitanen Verflechtungsräume wird mit Handlungsstrategien auch für periphere ländliche Räume verbunden, die diesen ebenfalls Entwicklungsperspektiven bieten. Notwendige Anpassungsprozesse werden deutlich angesprochen. Damit ist die Neujustierung der bundesweiten Raum- und Entwicklungspolitik gelungen, ohne die notwendige Balance zwischen den Beiträgen zum Wachstumsziel einerseits und zum Ausgleichsziel andererseits zu verlieren. Um diese Balance muss in der Umsetzung auf allen räumlichen Ebenen und bei allen raumwirksamen Entscheidungen im Einzelfall gesichert werden.

Leitbild 3: Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten

Mit dem dritten Leitbild wird der Grundauftrag der Raumordnung, für eine nachhaltige Raumentwicklung zu sorgen, in die neuen Leitbilder integriert. Unter nachhaltiger Raumentwicklung wird im Sinne dieses Leitbildes auch künftig vor allem die Sicherung der vielfältigen Raumfunktionen durch aktives Management räumlicher Ressourcen und Entwicklungspotenziale im Spannungsfeld zunehmender Nutzungskonflikte und vor dem Hintergrund der Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Boden verstanden. Im Hinblick auf diese Aufgabe soll vor allem die Kompetenz der Raumordnung zur überörtlichen und überfachlichen Koordination der verschiedenen Planungen gestärkt werden. Der Schutz des Freiraumes und die Verringerung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke steht dabei im Vordergrund. Wie in den anderen Leitbildern, soll die Raumordnung auch hier verstärkt aktive Gestaltungs- und Entwicklungsaufgaben übernehmen. Die Sicherung und Gestaltung der gewachsenen Kulturlandschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung stellt deshalb in diesem Leitbild eine weitere große Herausforderung dar.



Ressourcen bewahren – Natur/Wasser/Flüsse

- Landschaften mit besonderem Naturschutzwert
- Beispiele für grenzüberschreitenden Naturschutz
- Bedeutende Grundwasservorkommen
- Vorbeugender Hochwasserschutz in Flusskorridoren

Kulturlandschaften gestalten – urban

- Zentralentwicklung in Kernstädten
- Gestaltung suburbaner und verstädterter Räume
- Beispiele für grenzüberschreitende Siedlungsentwicklung
- Regionalparks und Freiraumverbünde zur Erholungsvorsorge

Kulturlandschaften gestalten – rural

- Hohes Potenzial für extensive Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus
- Hohes Potenzial f. Ackerbau, nachwachsende Rohstoffe u. energetische Biomassennutzung
- Beispiele für grenzüberschreitende Landschafts- und Tourismusentwicklung
- Neue Seenlandschaften in rekultivierten Tagebauen

Kulturlandschaften gestalten – marin

- Raumordnung in der AWZ
- Raumordnung an der Küste und im Küstenmeer

„Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland“ – Kommentare (Kurzfassungen 2)

Theo Augustin
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

Der ländliche Raum steht vielfältigen Herausforderungen in demographischer und wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber. Das derzeit diskutierte Leitbild der Metropolregionen vernachlässigt weiter entfernte Regionen. Die Politik sollte darauf abzielen, die regionalen Potenziale zu stärken und Innovationen anzuregen. Kooperationen zwischen und auf den Ebenen politischen Handelns werden immer wichtiger. Der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaften, die ein besonderes Potenzial für den ländlichen Raum darstellen, sollte nicht im Gegensatz zu wirtschaftlicher Entwicklung gesehen werden, sondern in eine Gesamtstrategie zur Entwicklung der Region eingebunden werden. Auch zielt die Förderpolitik immer noch sehr auf den Agrarsektor ab. Zukünftig müsste eine stärkere Ausrichtung auf die Wirkung und Effizienz der Fördermaßnahmen angestrebt werden.

Dr. Maike Richter
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Aus regionalpolitischer Sicht werden die Leitbilder mit Skepsis bis Ablehnung betrachtet. Kritisch ist vor allem die einseitige Hervorhebung eines Raumtyps – der Metropolregionen – als Wachstumsmotor schlechthin für Deutschland. Schon die empirische Evidenz widerspricht dieser einseitigen Betrachtung. Sinnvoll und wünschenswert wären Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumordnung, die insgesamt ausgewogener sind mit mehr Raum für einen Mittelweg im Sinne eines „sowohl als auch“. Die aufgegriffenen Themen müssten breiter diskutiert werden, die Bedeutung von Metropolregionen, aber genauso die Bedeutung anderer Regionen, also strukturschwacher, peripherer und ländlicher Regionen, für Wachstum und Gesellschaft in ihrer Differenziertheit stärker herausgearbeitet werden.

Gunnar John
Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Mit ihrer Betonung des „Stärken stärken“ können die Leitbilder einen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vor allem der elf Metropolregionen leisten. Finanzpolitisch bedeutsamer sind die Überlegungen zur „richtigen“ Dimensionierung der Infrastruktur und Daseinsvorsorge in den Regionen mit Bevölkerungsrückgang aus Gründen des demographischen Wandels und von Arbeitsplatzverlusten. Hier muss die Politik mit einem „Nachhaltigkeitscheck“ bei Förderentscheidungen reagieren. Ausgleichsorientierte Förderpolitiken wie die der beiden Gemeinschaftsaufgaben für benachteiligte Regionen haben weiter ihren Platz. Leider zeigt eine Betrachtung der gegenwärtigen Gestaltung der Raumordnung insbesondere im Bund, aber auch in den Ländern, dass ihr Einfluss auf konkrete Entscheidungen relativ gering ist. Daran muss gearbeitet werden, um so zum effektiven und effizienten Einsatz öffentlicher Mittel beizutragen.

Jens-Uwe Staats
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Die Leitbilder vermitteln die klare Botschaft, dass weder auf eine wachstumsfördernde Politik zugunsten der Metropolregionen und ihrer Verflechtungsräume einschließlich ländlicher Wachstumskerne, noch auf eine Ausgleichspolitik zur Unterstützung und Heranführung der strukturschwachen und peripheren Räume verzichtet werden kann. Eine die Leitbilder umsetzende Raumordnung muss sich verstärkt als Raumentwicklungspolitik, d. h. als eine fach- und ressortübergreifende Netzwerkpolitik verstehen und orientieren. Das bedeutet vor allem, räumliche Vielfalt zu akzeptieren und zu unterstützen, räumliche Entwicklungsperspektiven zu erkennen und offenzuhalten, das klein- und großräumige Miteinander zu stärken sowie ein flächenhaftes Mindestmaß an Gleichwertigkeit im Sinne von regional ausgewogener Chancengleichheit und Zugänglichkeit an den Teilhabemöglichkeiten der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Hierfür wird die Raumordnung von Bund und Ländern im Rahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung und vor dem Hintergrund der 2007 anstehenden Novellierung des Raumordnungsgesetzes ihre Handlungsansätze im Rahmen eines Arbeits- und Aktionsprogramms präzisieren und weiter konkretisieren.

Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik



Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik,
Hrsg.: BMVBS/BBR,
Berlin 2007

Stadtentwicklungspolitik soll nach dem Willen des BMVBS verstärkt auf nationaler Ebene etabliert werden – auch um im europäischen Kontext nationale Interessen besser positionieren zu können. Bei der Umsetzung der Initiative „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ unterstützt das BBR das BMVBS. Es begleitet es die Initiative mit eigenen Projektbausteinen und liefert Hintergrundanalysen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik versteht sich als öffentlicher Dialogprozess, der die Angelegenheiten des Städtischen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verbessern soll. In diesem Zusammenhang hat das BMVBS einen Projektauftrag gestartet, mit dem alle stadtentwicklungsrelevanten Akteure aufgerufen werden, sich an der Initiative zu beteiligen. Das BBR betreut im Rahmen eines ExWoSt-Forschungsfeldes die Umsetzung der auszuwählenden Projekte und sichert die laufende Betreuung der zukunftsweisenden Modellvorhaben. Darüber hinaus sind die fachliche Koordinierung von Dritten, die konzeptionelle Fundierung dieses neuen Politikfeldes sowie die Funktion als Ansprechpartner gegenüber Projektträgern in Städten und Gemeinden konkrete Aufgaben des BBR.

Wichtiger Ausgangspunkt für eine breite und intensive Diskussion um die Belange der Stadtentwicklung und als inhaltliche Basis für die Auswahl innovativer Projekte ist das Memorandum „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“. Es ist im Auftrag des BMVBS von einer Expertengruppe erarbeitet.

NEUORIENTIERUNG

- Stadtentwicklungspolitik muss sich sehr schnell an die vor allem durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel bedingte Veränderung von Städten anpassen; sie bedarf einer ständigen Qualifizierung („Gute Praxis“). Auf Bundesebene betrifft dies vor allem die Einbindung der Stadtentwicklungspolitik in das gesamtstaatliche Handeln und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen.
- Eine zeitlich begrenzte Projektreihe („Für Stadt und Urbanität“) soll das öffentliche Bewusstsein für Optionen der Stadtentwicklung schärfen, individuelle Handlungsmöglichkeiten in urbanen Handlungsfeldern aufzeigen und Räume für das Engagement von Bürgern und Wirtschaft öffnen sowie auf die Partnerländer in der EU ausstrahlen.

Nationale Stadtpolitik

Das Städtensystem in Deutschland – und europaweit – ist von der Bipolarität von Wachstum und Schrumpfung geprägt. Zwei gegenläufige Trends der Dynamik von potenziellen Stadtflüchtigen und potenziellen Stadtrückkehrern sind zu beobachten.

Ein Potenzial für eine Renaissance der Städte bildet zum einen die Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen in den Kernstädten: sie kommt für Familienbildung und Schaffung von Wohneigentum schwerpunktmäßig in Frage. Sie sind aber gleichzeitig die potenziellen Stadtflüchtigen, die es zunächst einmal in der Stadt zu halten gilt. Bis 2020 nimmt dieses Potenzial um rd. 1,2 Mio. Personen ab, d.h. allein schon deshalb wird sich die Suburbanisierung verlangsamen.

Im Gegensatz dazu wächst die Altersgruppe der 55- bis 70-Jährigen in den Umlandgemeinden um rund 1,5 Mio. Personen. Das sind potenzielle Stadtrückkehrer, weil sie im Alter ein „Rundum versorgt sein“-Gefühl in innerstädtischen Wohnlagen den Schlafstädten und Reihenhauskolonien auf der grünen Wiese vorziehen könnten.

Vom demographischen Wandel sind also keine kräftigen Impulse für eine Renaissance der Städte zu erwarten; eine Renaissance der Städte stellt sich nicht von selbst ein. Es wird notwendig sein, eine gezielte Politik pro Stadt zu betreiben, um Städte als Wohn- und Arbeitsort attraktiver zu machen.

Chancen zur Urbanisierung: Zukunft findet Stadt

Zukunft findet Stadt, wenn die aktuellen Entwicklungen in deutschen Städten und Stadtregionen in Wirtschaft und Gesellschaft wahrgenommen und neue Chancen zur Stärkung der Städte genutzt werden. Das BBR formulierte die Chancen 2006 in seinem Ergebnisbericht aus der „Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland“ wie folgt:

Die neuen wissensbasierten Ökonomien (wissens- und kulturbasierte Dienstleistungen) sind im Verbund mit einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt überwiegend stadtorientiert, weil ihre Akteure das urbane Umfeld und die Vernetzung mit anderen Akteuren suchen; sie führen auch zur Aufwertung und verstärkten Nachfrage nach Wohnen in der Stadt, auch von jungen Erwerbspersonen und ihren Familien.

Das perspektivisch stark abnehmende jüngere Arbeitskräftepotenzial für die künftige urbane Ökonomie erfordert Zuwanderung aus dem Ausland; die Städte haben nur eine Zukunft als „Einwanderungsstadt“. Die Integration von Ausländern, von Einwohnern mit Migrationshintergrund, ist deshalb eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Weitere Faktoren könnten den Trend „Zurück in die Städte“ verstärken: etwa die Verteuerung der Mobilität, oder die Emanzipationsansprüche der Frauen, die sich immer weniger mit dem „Wohnen im Grünen“ vertragen, bis hin zu strukturellen Veränderungen, wie den gegenläufigen Trend der rasch abnehmenden Dynamik der potenziellen Stadtflüchtigen und der zeitparallel rasch zunehmenden Dynamik der potenziellen Stadtrückkehrer.

Nationale Klimabegünstigung zur Stadtbelebung

Zu ihrer Belebung und Sicherung brauchen die Städte gezielte Unterstützung von Bund und Ländern, implizit auch von der EU. Dabei geht es neben notwendigen Gesetzesreformen vor allem um die finanzielle Ausstattung der Städte und um eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Städte zu stärken.

Mit seinen laufenden Beobachtungen und Analysen zur Entwicklung der Stadträume und -regionen bietet das BBR fundierte Grundlagen zur Orientierung und Meinungsbildung in Gesellschaft und Wirtschaft sowie Entscheidungsgrundlagen für Bund und Länder für eine integrierte Stadtpolitik.



Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen – Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland, BBR-Online-Publikation Nr. 8/2006



Bankskulptur von
Peter Schmitz in Bonn-Beuel
Foto: Bernd Freitag/Stadt Bonn

Verkehr und Mobilität/Energie

Integrative Raumplanung für postfossile Mobilität



Postfossile Mobilität.
Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2006
Hrsg.: BBR Bonn

In der Thematik der „postfossilen Mobilität“ geht es um die Sicherung der Mobilität durch die Entwicklung und effiziente, wirtschaftliche Anwendung erneuerbarer Energien und Antriebstechnologien angesichts der Endlichkeit fossiler Kraftstoffe. Für die Gestaltung des Übergangs in die postfossile Ära stellt sich die Frage nach wirksamen Stell- oder Einflussgrößen, die die (auto)mobile Welt verändern und Anpassungsprozesse und Umstrukturierungen in vielen Lebensbereichen in Gang setzen wird. Gelingt es, den Trend der immer höheren Entfernungsaufwendungen durch „geordnete“ Raumstrukturen zu bremsen?

In der Palette der notwendigen Aktivitäten zur Sicherung der Mobilitätsvielfalt kommt der Raumordnung eine wichtige Rolle zu. Sie hat die Implikationen der Energieverfügbarkeit und ihrer Preisentwicklung sowie mögliche Veränderungsprozesse durch neue Energietechnologien auf den Raum zu überprüfen.

Die Energieversorgungssicherheit und die notwendige CO₂-Reduktion erfordern eine Gestaltung der Mobilitätsinfrastruktur, die verstärkt die räumlichen, verkehrsverursachenden Strukturen einbezieht. Notwendige Weichenstellungen betreffen nicht nur die Verkehrspolitik. Einseitige Verkehrsverringerungsbestrebungen würden sich bremsend auf das Wirtschaftswachstum aus-

wirken, doch eine Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum ist anzustreben. Versorgungssicherheit und Mobilität sind mit verkehrseffizienten und energiesparsamen Raumordnungen und -nutzungen zu gewährleisten mit Konzepten, die die Auswirkungen der demographischen Zukunftsentwicklung auf Siedlungs- und Verkehrsstrukturen berücksichtigen und womöglich auch lokale und regionale Wirtschaft stärken. Dazu hat das BBR Grundsatzstudien zu den Wechselwirkungen von Siedlungsstruktur und Energieversorgungssystemen sowie zahlreiche Energiekonzepte für siedlungsstrukturell unterschiedliche Gebietstypen modellhaft entwickelt.

Ein Gesprächsforum für die Herausforderungen des Übergangs zur postfossilen Mobilität bilden die „Mobilitätsdiskurse“, die das BBR seit 2005 gemeinsam mit der Deutschen Energie-Agentur (dena), der Mobilitätsinitiative (moin) und dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung veranstaltet (Dokumentationen dieser Foren unter: www.mobilitaets-initiative.de).

Zukünftige Lebens- und Mobilitätsstile müssen mit sehr viel weniger preisgünstiger Energie auskommen, als wir es heute in den westlichen Industrieländern gewohnt sind. Einfaches Ersetzen von Erdöl durch erneuerbare Kraftstoffe würde zu kurz greifen – das verschwenderische „erdölgeförderte“ Wachstumszeitalter ist mit intelligenten Mobilitätsstrategien zurückzulassen.

Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsangebote sind für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Verkehr ist das Hilfsmittel zur Umsetzung von Mobilität und dient somit der Gewährleistung von Teilhabechancen an sozialen und wirtschaftlichen Austauschprozessen. Ziel ist es, die Aktivitätenstandorte der Arbeits-, Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen für möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu verbinden und durch die Verknüpfung mit der Raum-/Stadtplanung effiziente Raum- und Verkehrssystemstrukturen zu schaffen. Durch Analysen, Forschungsaktivitäten und Modellvorhaben werden Wege aufgezeigt, die zu einer nachhaltigen raumverträglichen Siedlungs-, Mobilitäts- und Verkehrsstruktur führen können.

Das BBR untersucht die räumliche Dimension der Energieversorgung und die Auswirkungen von Energiebereitstellung, -transport und -verbrauch. Im Mittelpunkt stehen derzeit – neben der generellen Bedeutung von städtischen und regionalen Energiekonzepten – die regenerativen Energien (etwa die raumordnerische Koordination ihrer Nutzung oder ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung) und der Klimaschutz (z.B. der Beitrag des Städtebaus zur CO₂-Reduktion oder die Analyse räumlicher Wirkungen des 2005 EU-weit gestarteten Emissionshandels). Durch kontinuierliche Verbesserung der Verbindungsfunktionen, Straßenausbau und Steigerung des Individualverkehrs schrumpfte der Raum und erleichterte die Wahl von Wohn- und Wirtschaftsstandorten ohne besondere Beachtung der Verkehrskosten. Die Individualisierung des Verkehrs wurde zugleich ein Mo-

Im Arbeitsschwerpunkt „Verkehr und Mobilität/Energie“ werden im BBR städtebauliche und raumordnerische Konzepte fachspezifisch erweitert und in ihrer Umsetzung in politischen Bereichen begleitet. Sektorale Planungen werden ergänzt um die räumlichen Aspekte der Mobilität und der Verkehrsinfrastruktur sowie der Energieversorgung und der erneuerbaren Energien. Vor dem Hintergrund der Klimaproblematik und der Endlichkeit der fossilen Energieträger bekommt die Verknüpfung der Themenfelder Verkehr und Mobilität sowie Energie eine neue Dringlichkeit und Dynamik.

tor der Internationalisierung der Wirtschaft. Entfernungen und Aktionsräume unserer Mobilitätsansprüche erhöhten sich – angetrieben von fossilen Brennstoffen. Vom Öl hängt noch die Funktionsfähigkeit unserer Städte- und Ballungsräume ab, ebenso so wie die von moderner Logistik getragenen Wertschöpfungsketten.

Das Wissen um die begrenzten Ölreserven erfordert die Entwicklung von Alternativen. Im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelte die Bundesregierung nach 2002 ein Strategiekonzept für den Zeithorizont bis 2020 („Kraftstoffstrategie“). Dieses Konzept unterstützt die Markteinführung regenerativer Kraftstoffe und innovativer Antriebstechnologien in Deutschland. Es korrespondiert mit dem vom Bundesumweltministerium angestrebten, wegweisenden Ziel der „nachhaltigen Mobilität“, das Potenziale für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise erschließt, gleichzeitig die Schadstoff-, Treibhausgas- und Lärmemissionen des Verkehrs sowie weitere Flächenversiegelungen und -zerschneidungen minimieren soll.

Grundlegende Aufgaben für das BBR zum Emissionshandel: Detaillierte Erfassung der Grundausstattung mit Emissionsberechtigungen im Raum, Analyse der beteiligten und indirekt betroffenen Branchen und Unternehmen, qualitative Einschätzungen über die unternehmerischen Anpassungsprozesse.

Erfahrungsanalyse aus den Fallbeispielen München, Rostock und Taunusstein

Grundlegende Erkenntnisse brachte die Auswertung der Planungspraxis der Verkehrsentwicklungs-, Bauleit- und Umweltplanung der drei Fallbeispiele München, Rostock und Taunusstein. In allen Städten existieren bereits umweltbezogene Leitbilder und z.T. Zielsysteme für die Verkehrsentwicklungsplanung. Allerdings besteht eine Diskrepanz zwischen den dokumentierten Zielsystemen auf der einen und dem konkreten Maßnahmenauswahlprozess auf der anderen Seite. Es wird häufig nicht deutlich, in welchem Ausmaß bestimmte Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele beitragen sollen und wie diese in den Entscheidungsprozess einfließen. Praktische Relevanz besitzen vor allem jene Ziele, die konkret und operabel definiert sind.

Eine Alternativenprüfung findet im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) regelmäßig auf der Ebene abstrakter Szenarien statt. Dabei werden vorher ausgewählte Maßnahmen gegenübergestellt, ohne dass eindeutig klar wird, ob es nicht weitere sinnvolle Maßnahmenkombinationen gibt. Die Alternativendiskussion und -entscheidung wird aber in der Regel nicht dokumentiert. Damit verbunden ist das Problem, dass die Umweltämter zwar innerhalb des Planungsprozesses beteiligt werden, bei der abschließenden Entscheidung über das Maßnahmenbündel des Verkehrsentwicklungsplans jedoch in der Regel außen vor bleiben.

Das Bemühen, Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit einzubinden, beschränkt sich meistens auf Veranstaltungen mit Informationscharakter. Eine direkte Mitwirkung Dritter an planerischen Entscheidungen ist nicht erkennbar angestrebt. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsprozesse beim VEP bereits weitgehend die durch das SUP-Recht formulierten Anforderungen an eine Behörde und die Öffentlichkeitsbeteiligung erfüllen. Gute Erfahrungen wurden mit ämterübergreifenden Arbeitskreisen als ständige Einrichtung (z.B. AK ökologische Bauleitplanung oder AK Lärmminde- rung-/Luftreinhalteplanung oder AK Verkehrsplanung und Stadtentwicklung) oder als projektbegleitender Arbeitskreis gesammelt. Die regionale Abstimmung mit Umlandgemeinden ist jedoch mangelhaft. In Bezug auf die Koordination zwischen der Verkehrsentwicklungsplanung und der Aufstellung anderer Planwerke mit inhaltlichen Schnittstellen zur Verkehrsentwicklungsplanung existiert bisher keine einheitliche Praxis. In Rostock wurden beispielsweise gute Erfahrungen mit einer zeitlich versetzten Aufstellung von Flächennutzungsplänen und VEP gesammelt, da dabei eine gegenseitige

Kontrolle der Planwerke möglich ist. Bei einer zeitlichen Parallelität der Planungen wird die Gefahr der Überforderung von Verwaltung und Bürger gesehen. Dem gegenüber wird in München von Seiten der Verkehrsplaner das Modell einer parallelen Erarbeitung/Fortschreibung von VEP und FNP favorisiert, da nur bei einem solchen Vorgehen die Wechselwirkungen zwischen Verkehrsentwicklung und Siedlungsentwicklung planerisch optimal bewältigt werden können. Auch die Lärminderungs-, Luftreinhalte- und Landschaftsplanung wurden bisher zeitlich weitgehend unabhängig von der Verkehrsentwicklungsplanung durchgeführt. Da bei allen Planwerken sowohl organisatorische als auch inhaltliche Zwangspunkte bestehen, die nur schwierig komplett integriert werden können, wird auch in Zukunft das Leitbild der integrierten Planung schwierig umzusetzen sein.

Die Entscheidungsstrukturen in der Verkehrsentwicklungsplanung sind in allen betrachteten Städten ähnlich: Nach einer abschließenden Ämterbeteiligung erstellt das für Verkehrsplanung zuständige Amt eine Beschlussvorlage, die in den politischen Gremien diskutiert und beschlossen wird. Die Umweltämter werden zwar in bestimmten Planungsphasen beteiligt, in die abschließende Entscheidungsfindung über das Maßnahmenbündel des Verkehrsentwicklungsplans werden sie aber bisher kaum einbezogen. Für Außenstehende ist es bisher schwierig, die vielen Einzelentscheidungen innerhalb des Planungsprozesses nachzuvollziehen. Die Dokumentationspflichten der SUP könnten dazu genutzt werden, den Entscheidungsprozess transparenter zu machen.

Ein auf die Umwelteffekte von verkehrlichen Maßnahmen bezogenes Wirkungsmonitoring, so wie es die Strategische Umweltprüfung vorsieht, existiert bisher in keiner Stadt. Hier ist methodisches Neuland zu betreten. Allerdings lassen sich teilweise bereits vorhandene Ansätze für das Umweltmonitoring, welche für die Umweltprüfung in der Bauleitplanung entwickelt wurden, nutzen. Hier ist beispielsweise die Stadt Rostock hervorzuheben, die ein indikatorgestütztes gemeindeweites Umweltberichterstattungssystem einrichten will. Ein solches Indikatorensystem ließe sich gezielt auch für das Monitoring von Umweltauswirkungen verkehrlicher Maßnahmen einsetzen und gezielt um verkehrliche Umweltindikatoren erweitern.

Die Erfahrungen aus den Fallbeispiel-Gemeinden wurden in dem vorgelegten Leitfaden dargelegt und durch Empfehlungen für eine fachlich fundierte SUP im Rahmen der Aufstellung eines Verkehrsentwicklungsplans ergänzt.

Gerade auf kommunaler Ebene ist der Verkehr einer der größten Verursacher von negativen Umwelteffekten. Doch die kommunale Verkehrsentwicklung erfüllt nicht immer die an sie gestellten Er-

wartungen bezüglich einer integrativen Verkehrsplanung. Zur Verbesserung der Planungsqualität und zur Förderung nachhaltiger Lösungen dient das Instrumentarium des praxisorientierten Leitfadens zur Strategischen Umweltprüfung (SUP).

Die SUP ist ein partizipatives und entscheidungsvorbereitendes Verfahren zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in kommunalen Planungen und Programmen. Sie dient, ähnlich wie die projektbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung, der frühzeitigen, systematischen und transparenten Ermittlung, Beschreibung und Bewertung von Umweltauswirkungen. Aufgrund ihrer integrativen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung kann die SUP die Entscheidungsgrundlage verbreitern und den Planungsprozess hinsichtlich der Umwelt- und Raumverträglichkeit optimieren.

Praxisorientierte Implementierungshilfe

Die gebündelte Zusammenstellung erster Erkenntnisse zur Umweltprüfung im Verkehrssektor auf den verschiedenen Planungsebenen schafft einen aktuellen Überblick zur Ausgangslage für eine SUP. Die fachliche Grundlage dazu bildet eine eingehende Analyse der rechtlichen und fachlichen Ausgangssituation sowie die Befragung zahlreicher Kommunen zur bisherigen Praxis der kommunalen Verkehrsentwicklungs- und Umweltplanung. Erfahrungen mit der SUP bestehen im Verkehrssektor vor allem auf der Ebene großräumiger Verkehrsinfrastrukturpläne (z.B. Landesverkehrswegepläne, Bundesverkehrswegeplan). Die dabei gewonnenen Er-

kenntnisse, die beispielsweise im Merkblatt zur Strategischen Umweltprüfung von Plänen und Programmen im Verkehrssektor (Arbeitsausschuss Netzgestaltung bei der der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen – FGSV 2004) zusammengefasst sind, lassen sich teilweise auch auf die kommunale Ebene übertragen. Hierzu bietet die SUP methodische Anleitungen. Für die Nutzer des Leitfadens werden Verknüpfungsmöglichkeiten und Synergien zwischen den unterschiedlichen Planungen und Umweltprüfungen herausgestellt, um dadurch einen möglichst geringen Mehraufwand durch eine SUP auf kommunaler Ebene zu erzeugen.

IMPLEMENTIERUNG DER SUP

Einbeziehung von Umwelteffekten, die in der Projektebene nicht oder nur unzureichend Beachtung finden können (z.B. Landschaftszerschneidung, flächenhafte kumulative Lärmbelastung, Emissionen von CO2)

Frühzeitige Berücksichtigung der Belange der EU-Luftqualitätsrichtlinien und der EU-Umgebungslärmrichtlinie in der Verkehrsplanung

Synergie- und Lerneffekte für andere kommunale Umweltprüfungen (z.B. in der Bauleitplanung, der Nahverkehrsplanung, der Lärmaktionsplanung)

Inhaltliche Absicherung und Entlastung von nachfolgenden Planungs- und Zulassungsentscheidungen u. a. im Rahmen der Bauleitplanung (z.B. hinsichtlich Alternativenprüfungen)

Bündelung der unterschiedlichen Akteure und der verschiedenen umweltbezogenen Anforderungen in der Verkehrsplanung in einem Planungsprozess

Akzeptanzsteigerung der Verkehrsplanung auf allen Planungsebenen durch frühzeitige Beteiligung und transparente Planung



Leitfaden Strategische Umweltprüfung (SUP) in der kommunalen Verkehrsentwicklungsplanung, Schriftenreihe „Direkt“, Heft 63.2006

Hrsg.: BMVBS, Bonn 2006

Folgen des Klimawandels

Die Auswirkungen des Klimawandels auf Wasserstraßen beschäftigen das BBR vor allem im Zusammenhang mit dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind raumordnerisch wegen der Überschwemmungsgebiete und der dadurch gefährdeten Nutzungen relevant. Raumordnerische Maßnahmen und Strategien werden – veranlasst von den Hochwasserereignissen – seit Ende der neunziger Jahre entwickelt und bundesweit politisch abgestimmt (MKRO, Flusskonferenzen etc.). Die Umsetzung ist Sache der Landes- und Regionalplanung. Das Monitoring wird vom BBR im Auftrag des BMVBS/MKRO durchgeführt; die letzte Befragung der Regionalplanungsbehörden hierzu wurde 2004 durchgeführt und soll nach Vorliegen der digitalen Daten der Pläne ausgewertet werden.

Fertig gestellt sind Geoinformationssystem-Analysen zur Siedlungsentwicklung in Überschwemmungsgebieten. Die Karte „Gefährdung durch Hochwasser“ zeigt bundesweit, wo noch in der jüngeren Vergangenheit eine erhebliche Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungszwecke in hochwassergefährdeten Bereichen stattgefunden hat. Ziel eines hochwasserbezogenen Flächenmanagements ist die Sicherung und Rückgewinnung von natürlichen Überschwemmungsflächen, die Risikovorsorge in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen sowie der Rückhalt des Wassers in der Fläche des gesamten Einzugsgebietes. Hier kommt den Instrumenten der Raumordnung eine wichtige Rolle zu. Die konsequente Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten kann zur Erhaltung und Wiederherstellung von Retentionsräumen und versickerungsfähigen Böden eingesetzt werden und auf eine vorsorgende Risikobeachtung in überflutungsgefährdeten Räumen hinwirken. Das der Raumordnung zur Verfügung stehende Werkzeug kann somit im Sinne einer Gefahrenabwehr und -vorsorge, gleichzeitig aber auch zu einer Minimierung des Schadenpotenzials eingesetzt werden.

Mit dem Hochwasserschutzgesetz von 2005 wird das raumordnerische Instrumentarium gezielt genutzt. Die von den Bundesländern in den nächsten fünf bis sieben Jahren aufgrund drohender Hochwasserschäden zu bestimmenden Überschwemmungs- und überschwemmungsgefährdeten Gebiete müssen sowohl in Raumordnungsplänen als auch in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen gekennzeichnet werden. Zudem nimmt das Gesetz Einfluss auf die Nutzung im gefährdeten Bereich, indem ein Verbot der Planung neuer Baugebiete in Überschwemmungsgebieten, sowie die Regelung von Ausnahmen hiervon, aufgenommen wurde.

Anteil der Flächen der Siedlungserweiterung innerhalb eines Kreises zwischen 1990 und 2000, die in einem durch ein 200-jähriges Hochwasser gefährdeten Bereich liegen

- bis unter 5 %
- 5 bis unter 15 %
- 15 bis unter 25 %
- 25 bis unter 35 %
- 35 und mehr %

Hochwasserschutzfibel, Hrsg.: BMVBS, Berlin 2006



■ Durch ein 200-jähriges Hochwasser gefährdete Flächen



EU-Programme zum Klimawandel

Klimaveränderung im Alpenraum

Bioenergie – Zukunft für ländliche Räume

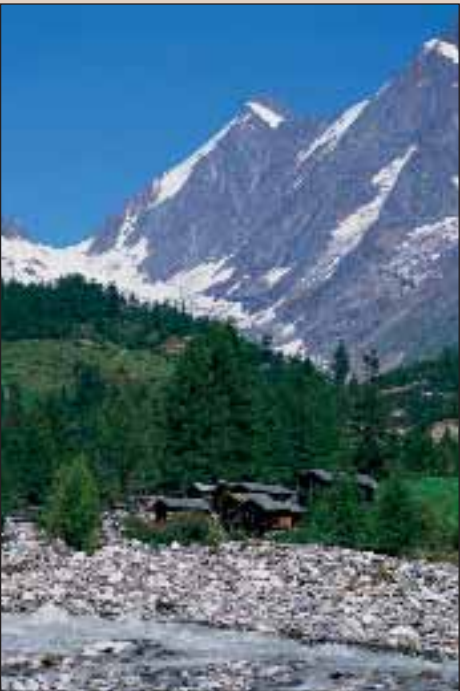
Schadstoffminderung im Städtebau



Alpenraumprogramm Interreg III B
Die Projekte 2000 – 2006
Hrsg.: Gemeinsames Technisches Sekretariat Stadt Rosenheim;
Partnerländer: Österreich, Frankreich, Deutschland, Liechtenstein, Italien, Slowenien, Schweiz

Die Vorbereitung auf den Klimawandel und der Umgang mit den Folgen ist Bestandteil der Kooperation im Rahmen der transnationalen EU-Programme INTERREG, deren Durchführung das BBR für das BMVBS betreut. Hier geht es um die Verbesserung der Risikovorsorge, z.B. im Hochwasserschutz an Flüssen und Küsten. In den nächsten Jahren wird dieser Bereich eine noch größere Rolle spielen und weitere Aspekte wie z.B. den Verkehr einschließen. In gemeinsamen Projekten mit den verantwortlichen Behörden der Nachbarstaaten können Folgeabschätzungen vorgenommen, Strategien entwickelt und erforderliche Investitionen konkret vorbereitet werden.

Für die deutschen Binnenwasserstraßen sind besonders die Programme für Nordwesteuropa (Rhein) und für Mitteleuropa (Elbe, Donau, Oder) relevant. Die Seeschifffahrts- und Seestraßen sind durch die Programme für den Nordsee- und den Ostseeraum abgedeckt. Insgesamt stehen in diesen Programmen zwischen 2007 und 2013 etwa eineinhalb Milliarden Euro zur Verfügung. Je nach Programm werden 50 bis 75 Prozent der Projektkosten durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung getragen.



2004 hat das BBR das Thema Klimawandel im Rahmen der transnationalen Kooperation im Alpenraum aufgegriffen und die Durchführung, Dokumentation und den Ergebnistransfer eines Workshops angeregt und finanziell unterstützt (in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz). In dem Workshop wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf Naturraum und Risikomanagement sowie Probleme in der Landesplanung und im Siedlungswesen erörtert.

„Klimaveränderung im Alpenraum – Konsequenzen für Mensch und Umwelt“, Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen; BBR, 2005



Um die Weichen für die dauerhafte Reduktion der Treibhausgasemissionen zu stellen, sind Umweltqualitäts- und Umwelthandlungsziele für Deutschland bestimmt worden, die mit geeigneten Maßnahmen und Instrumenten angesteuert werden müssen. Neben der Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung kommt dabei den erneuerbaren Energien eine besondere Bedeutung zu.

Der Bioenergienutzung wird eine größere Zukunft vorausgesagt als der Windenergienutzung – auch unter Beachtung des geplanten massiven Ausbaus im Offshore-Bereich. Bioenergie wird gewonnen aus zur Verfügung stehenden Abfallstoffen wie tierischen Exkrementen (Gülle), Reststroh und Restholz. Biomasse kann durch diverse Wandlungstechnologien bedarfsorientiert genutzt werden. Vorteil des Verfahrens ist das gut verwendbare (weil erdgasähnliche) Produktgas, das einem relativ einfachen, gut beherrschbaren Prozess entstammt. Das klassische Biogasverfahren besteht in einer Wandlung der im Gas gebundenen Energie in elektrischen Strom; diese Nutzung gewinnt durch das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz an Bedeutung, etwa über die Integration von Einzelanlagen in regionale Energieversorgungsstrukturen. Darüber hinaus ist eine rein thermische Verwendung des Gases vorgesehen über die Einspeisung in Gasnetze oder auch durch die Verwendung als Kraftstoff im mobilen Sektor.

Zum Thema Bioenergie hat das BBR die regionalen technischen Potenziale ermittelt. Dabei zeigte sich, dass die Potenziale sehr heterogen im Raum verteilt sind und ihre energetische Verwendung dementsprechend nur regional und unterschiedlich betrieben werden kann. Die Ergebnisse wurden im Themenheft „Bioenergie: Zukunft für ländliche Räume“ zusammengefasst.



Eine nachhaltige Verringerung der Emission klimarelevanter Gase erfordert unter anderem auch die Beeinflussung der Siedlungsentwicklung. Dichte, Mischung und dezentrale Konzentration sind dabei wesentliche Prinzipien einer CO2-vermeidenden Siedlungsstruktur. Städtebau und Raumordnung können so wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Dies gilt insbesondere für ihr Bemühen, CO2-sparende Stadt- und Siedlungsstrukturen zu sichern und weiter zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der Klimaproblematik und der Endlichkeit der fossilen Energieträger bekommt die Verknüpfung der Themenfelder Verkehr und Mobilität mit dem Thema Energie eine neue Dringlichkeit und Dynamik. So werden unter dem Begriff „postfossile Mobilität“ Handlungsfelder und Mobilitätskonzepte entwickelt, die eine klimafreundliche, zukunftstaugliche Mobilitätsvielfalt unterstützen.

Mit Hilfe der Steuerungsinstrumente des Städtebaus und der Raumordnung kann ein entsprechender Rahmen für gewünschte bzw. unerwünschte Entwicklungen geschaffen werden. Die Palette der Möglichkeiten reicht von verdichteten Bauformen bis hin zu regionalen Klima-Bündnissen.

Erkenntnisse aus zwölf Modellvorhaben

Abhängig von der Planungsebene bestehen unterschiedliche Ansätze zum Klimaschutz. Spezielle Ansatzpunkte für städtebaulichen Klimaschutz wurden u.a. im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Schadstoffminderung im Städtebau“ überprüft. In zwölf Modellvorhaben wurde die Wirksamkeit der unterschiedlichen städtebaulichen und planungsrechtlichen Instrumentarien hinsichtlich der Minderung von Luftschadstoffen und klimarelevanten Treibhausgasen untersucht. Das Forschungsfeld hat die Notwendigkeit der Schadstoffminderung als städtebauliche Querschnittsaufgabe betont, in der Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohnungs- und Städtebau sowie dem Verkehrsbereich zusammengeführt und umgesetzt wurden.

Die siedlungsstrukturell unterschiedlichen Modellvorhaben (z.B. Neubausiedlung, historische Stadtkernsanierung, Block-Zeilenbebauung, dörfliche Bebauung) zeigten, dass über das CO2-Minderungsziel der Bundesregierung hinaus die klimarelevanten Gase mit den vorhandenen städtebaulichen und rechtlichen Instrumentarien reduziert werden können und dies auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit.

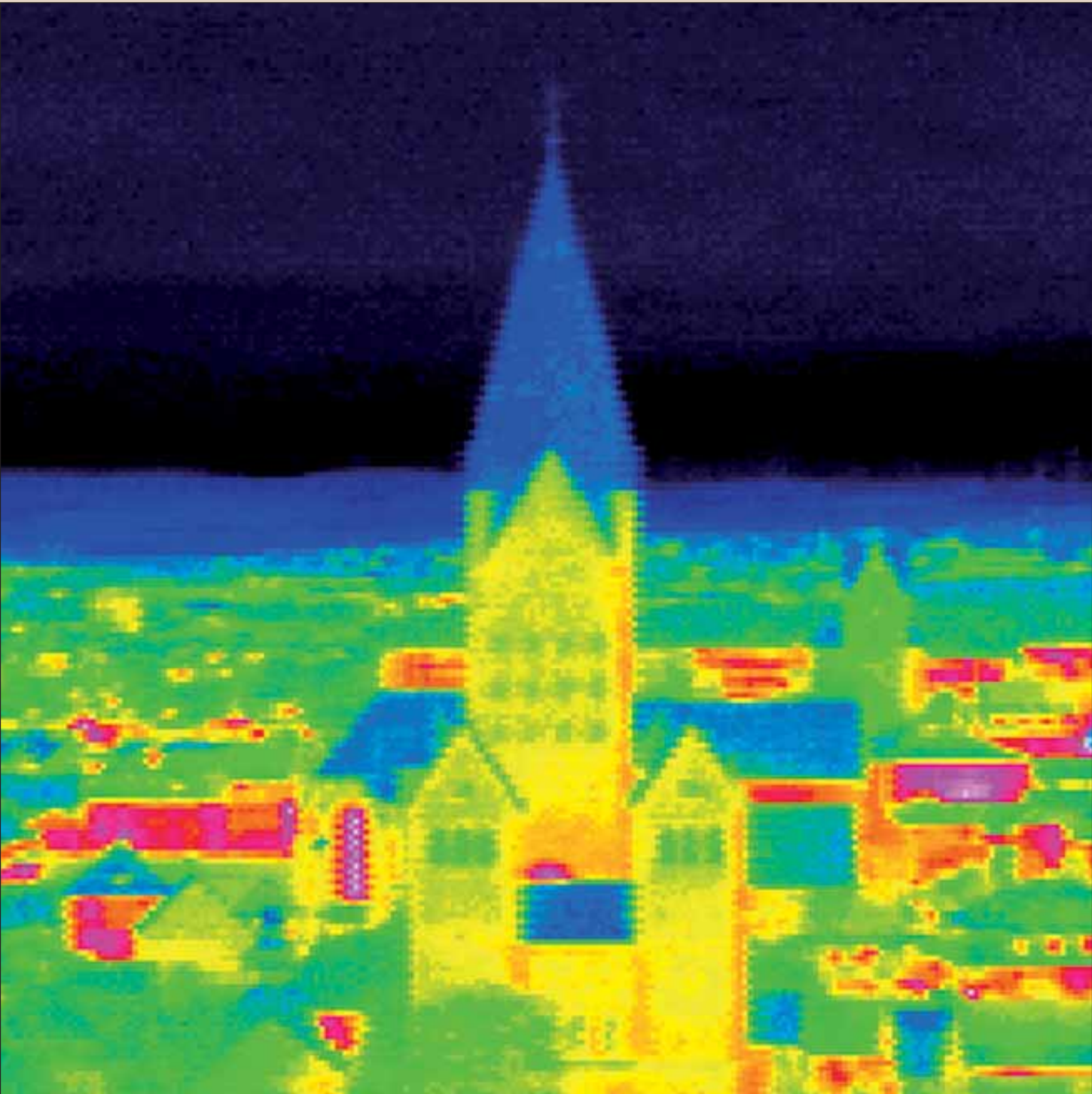


Bioenergie: Zukunft für ländliche Räume“, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2.2006

Bild links: Landwirtschaftliche Biogasanlage mit BHKW-Container zur Stromproduktion; Foto: Institut für Solare Energieversorgungstechnik e.V. (ISET), Hanau

Faktoren der Flächenneuinanspruchnahme

Energetische Stadterneuerung/Gebäudesanierung



Die Umwandlung von Freiflächen in bebaute Flächen bewegt sich in Deutschland seit Jahrzehnten trotz lahrender Baukonjunktur auf einem hohen Niveau. Im Zeitraum 2002 bis 2005 haben die Siedlungs- und Verkehrsflächen täglich um ca. 114 Hektar zugenommen. Über die Ursachen dieser Entwicklung gibt es in der Literatur unterschiedliche Erklärungsansätze, die empirisch nur spärlich untermauert sind.

Orientiert an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und an den von der Ministerkonferenz für Raumordnung verabschiedeten Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung sind politische und planerische Bemühungen zur Eindämmung der Flächeninanspruchnahme gefordert. Wirksame Strategien und Steuerungsinstrumente zur Eindämmung der Flächeninanspruchnahme lassen sich nur entwickeln, wenn die globalen, regionalen und lokalen Ursachen verstanden und quantifiziert werden. Es gilt, stärker nach den entscheidenden Stellschrauben für eine wirksame Steuerung der Siedlungsentwicklung zu forschen.

Ziel der im Januar 2007 gestarteten Untersuchung „Einflussfaktoren der Neuinanspruchnahme von Flächen“ ist die Ermittlung von statistisch signifikanten Erklärungsvariablen der Flächeninanspruchnahme in bestimmten Zeiträumen und räumlichen Einheiten. In diesem Projekt soll eine systematische quantitative und qualitative Analyse möglicher Einflussfaktoren der Siedlungsflächenexpansion erfolgen und auf dieser Basis Handlungsstrategien für eine wirksamere Steuerung der Flächennutzung gewichtet werden.

Aktuell in Vorbereitung ist ein neues ExWoSt-Forschungsfeld zur energetischen Stadterneuerung. Die energetische Stadterneuerung soll genutzt werden, um die Ziele des Stadtumbaus (Ost) hinsichtlich Ressourceneinsparung und Kostensenkung zu verwirklichen und zugleich einen städtebaulichen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu entwickeln.

Für die wissenschaftliche Evaluation des laufenden „CO2-Gebäudesanierungsprogramms“, insbesondere zur Ermittlung der Investitions- und Arbeitsmarkteffekte der Energieeinsparung und Reduktion des CO2-Ausstoßes werden Gutachten und Forschungsaufträge von Seiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergeben.

Ermittlung der Einsparpotenziale im Gebäudebestand

Das BBR gibt zur Durchführung der Evaluation methodische und inhaltliche Hilfestellung und stellt die Forschungsergebnisse dem Bund zur Verfügung. Für die laufende Wohnungsmarktbeobachtung und für regionale Untersuchungen erhält das BBR von der KfW die Daten aus dem vorhandenem eigenen Bestand und aus der wissenschaftlichen Evaluation des CO2-Gebäudesanierungsprogramms. Parallel arbeitet der Wissenschaftliche Bereich mit CO2-Szenarien an der Verbesserung der Bewertungsinstrumente zur Quantifizierung der erreichten und erreichbaren CO2-Minderungen und an der Verbesserung der Datenlage (Datenbank „Energetische Gebäudestruktur in Deutschland“) zur Ermittlung von Einsparpotenzialen im Gebäudebestand.

Über 90 Prozent des Heizenergieverbrauchs werden in Deutschland für die Beheizung der Gebäude benötigt, die vor 1983 errichtet wurden. Zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO2-Emissionsminderung soll deshalb der Altbaubestand energetisch saniert werden – mit Impulsen aus dem vom Bundeswirtschaftsministerium 1998 aufgelegten Förderprogramm „Energetische Sanierung der Bausubstanz (EnSan)“.

Bild linke Seite:
Thermographieaufnahme von Dr.-Ing. Dirk Prior,
Westfälisches Umweltzentrum Paderborn

VERANSTALTUNGEN



2004

19. Februar 2004 Zukunft Bauen im Bestand Berlin	28./29. April 2004 GAEB – Sitzungen der Facharbeits- und Hauptarbeitsgruppen Bonn	23. Juni 2004 Einführung eines Präqualifikationssystems für Bauunternehmen bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge Bonn	28. September 2004 „Zwischennutzung und neue Freiflächen – städtische Lebensräume der Zukunft“ im Rahmen des Programms „Aufbau Ost“ Berlin	3./4. November 2004 Transeuropäische Kooperationen – ein wichtiger Faktor für Städte und Regionen Berlin
15. März 2004 Bahnverkehr in der Region Berlin	10./11. Mai 2004 II. Nationaler Städtebaukongress Bonn	5. August 2004 Perspektive Ostdeutschland 2030: Wirtschaft und Arbeit Berlin	7./8. Oktober 2004 Baukultur und Bauherrenverantwortung Bonn	4. November 2004 Das Hochhaus in der europäischen Stadt Berlin
2. März 2004 BMVBW-Informationsveranstaltung ESPON Berlin	14. Mai 2004 Neue Governanceformen in der Stadt- und Regionalentwicklung Bonn	12. August 2004 Perspektive Ostdeutschland 2030: Räumliche Entwicklung Berlin	12. Oktober 2004 2. Kolloquium Brandschutz Bonn	10. November 2004 Modellvorhaben „Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern in prosperierenden Regionen“ Leipzig
18./19. März 2004 Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen Berlin	14. Mai 2004 Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang Cottbus/Brandenburg	27. August 2004 Perspektive Ostdeutschland 2030: Soziales/Gesellschaft Berlin	14. Oktober 2004 2. Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt Berlin	22./23. November 2004 Innovative Projekte zur Regionalentwicklung 1. Forum/Auftaktveranstaltung Göttingen
19. März 2004 Mobilitätsdiskurs: Welche Mobilität wollen wir haben? Berlin	8. Juni 2004 Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit Berlin	31. August 2004 Perspektive Ostdeutschland 2030: Bildung, Forschung und berufliche Qualifikation Berlin	25. Oktober 2004 Regionalkonferenz Kulturlandschaft Dresden	2./3. Dezember 2004 Städtebauliche Großprojekte zwischen Rendite, Qualität und sozialem Ausgleich Hamburg
31. März 2004 Expertengruppe „Soziale Stadt“ zur Zwischenevaluierung Berlin	10./11. Juni 2004 Entwicklung der ländlichen Räume im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung Görlitz	1. September 2004 Perspektive Ostdeutschland 2030: Finanzen, Politik und Verwaltung Berlin	27. Oktober 2004 Schrumpfung gestalten – Wie ländliche Regionen Europas ihre Infrastruktur anpassen Leipzig	13. Dezember 2004 Freiraumschutz durch Regionalpläne Bonn
1. April 2004 Neue Perspektiven für die Wohnungsmarktbeobachtung des Bundes Bonn	16. Juli 2004 Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung Bonn	9. September 2004 Bevölkerungsprognose 2020 – Annahmendiskussion Bonn	29. Oktober 2004 Raumbeobachtung in Bund und Ländern. Regionale Disparitäten – eine Herausforderung für Politik und Politikberatung Bonn	
20. April 2004 Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang Waren	17./18. Juni 2004 Demografischer Wandel im Raum – was tun wir? Magdeburg	16./17. September 2004 Stadtumbau West Gelsenkirchen	2. November 2004 Strategien städtischer Entwicklung – Senkung kommunaler Abwasser-, Trinkwasser- und Abfallgebühren Bonn	
22./23. April 2004 Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang Arnstadt/Thüringen	21./22. Juni 2004 Erfahrungsaustausch der europäischen Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden Bonn	23. September 2004 GAEB-Informationsveranstaltung Berlin	3. November 2004 Aufwertung im Stadtumbau Berlin	

VERANSTALTUNGEN

2005

Januar 2005/April 2005/Sept. 2005/Dezember 2005
Concerted Action (CA) – EPBD
Rom/Bratislava/Brüssel /
Nicosia

15./16. Februar 2005
GAEB-Informations-
veranstaltung
Berlin

28. Februar/1. März 2005
Nationale Strategie des
Integrierten Küstenzonen-
managements
Berlin

9. März 2005
Schlussfolgerungen für eine auf
zukünftige Fragestellungen aus-
gerichtete Bauforschung
Berlin

16. März 2005
Festlegungen zum Verkehr in
Regionalplänen
Bonn

17. März 2005
Modelle genossenschaftlichen
Wohnens: Altersvorsorge und
Wohnungsgenossenschaften
Berlin

14./15. April 2005
Zukunftsfähige städtische
Infrastruktur
Darmstadt

27. April 2005
Mobilitätsdiskurs –
Schritte zu einer post-fossilen
Mobilitätskultur
Berlin

3. Mai 2005
Innerdeutscher Workshop zum
künftigen Handlungsrahmen für
die räumliche Entwicklung
Nordwesteuropas
Bonn

12. Mai 2005
Modelle genossenschaftlichen
Wohnens: Erschließen von
Genossenschaftspotenzialen
Berlin

19. Mai 2005
Integration von Zuwanderern in
der Stadt
Berlin

30./31. Mai 2005
ESPON – YoungStars Seminar
„Create Europe“
Ljubljana

30. Mai 2005
Fachtagung „Bildung im
Stadtteil“
Berlin

2. Juni 2005
Fläche im Kreis. Auftaktveran-
staltung in der Planspielregion
Stadt Duisburg
Duisburg

13. Juni 2005
Baukulturelle Vorbildprojekte
Berlin

15. Juni 2005
Fläche im Kreis: Auftaktveran-
staltung in der Planspielregion
Stadt Stuttgart
Stuttgart

20. Juni 2005
Fläche im Kreis: Auftaktveran-
staltung in der Planspielregion
Stadt Mölln; Mölln

20. Juni 2005
Fläche im Kreis: Auftaktveran-
staltung in der Planspielregion
Rheinessen-Nahe
Mainz

22. Juni 2005
Fläche im Kreis: Auftaktveran-
staltung in der Planspielregion
Nordthüringen
Nordhausen

5. Juli 2005
Deutsche Auftaktveranstaltung
EUKN
Bonn

12. September 2005
Fachkongress „Neue Leitbilder
der Raumentwicklung“
Bonn

13. September 2005
Wissenschaftliches Kolloquium
zum Städtebaulichen Bericht
2004; Bonn

15./16. September 2005
Stadtumbau West
Völklingen

15. bis 17. September 2005
Bundeskongress
„Perspektive Kulturlandschaft“
München

20./21. September 2005
Flächenrecycling in
Stadtumbau-Regionen
Freiburg

22. September 2005
Flächenbedarfe und kulturland-
schaftliche Auswirkungen
regenerativer Energien
Potsdam

26. September 2005
Siedlungsentwicklung und Infra-
strukturfolgekosten
Berlin

26. September 2005
Städtebauförderung: Monito-
ring, Wirkungen, Bündelung und
räumliche Schwerpunktsetzung
Bonn

5. Oktober 2005
Forschen und Beraten – Ressort-
forschungseinrichtungen als
Dienstleister für Politik und
Gesellschaft
Trier

12. Oktober 2005
Wachstumsregionen fernab der
Metropolen
Friedrichshafen

12. Oktober 2005
Aktuelle Entwicklung des Hoch-
wasserschutzes – Hochwasser-
schutzfibel des Bundes
Bonn

18. Oktober 2005
GAEB-Informations-
veranstaltung
Berlin

20. Oktober 2005
Grünzug Neckartal (MORO)
Esslingen

4. November 2005
Wohnungspolitik in Europa
Berlin

9. November 2005
Energiecontracting für Bundes-
liegenschaften
Berlin

16. November 2005
Forum – Bau-Raum-Gespräch
2005
Die Metropolregion Rhein-Ruhr
im nordwesteuropäischen
Metropolraum
Bonn

21./22. November 2005
Demografischer Wandel
und nachhaltige Siedlungs-
entwicklung
Siegburg

29. November 2005
Infrastruktur mit Zukunft
2. Fachtagung des MORO-Vor-
habens „Innovative Projekte zur
Regionalentwicklung“
Erfurt

29. November 2005
Datengestütztes Informations-
system für Raumordnung auf
dem Meer und IKZM
Rostock

14. Dezember 2005
Energetische Gebäude-
modernisierung
Berlin

15. Dezember 2005
Fläche im Kreis –
Statusworkshop
Bonn

2006

2. Februar 2006
Forum Wohnungsmarkt-
beobachtung
Mannheim

2. Februar 2006
Beschäftigungspotenziale des
Tourismus im ländlichen Raum
Berlin

9. Februar 2006
Altersvorsorge und Wohnungs-
genossenschaften (Phase I)
Berlin

14. Februar 2006
Erfahrungsaustausch zur VOF
Berlin

15. Februar 2006
Auftaktveranstaltung
„Stadtquartiere im Umbruch“
Halle/Saale

1. März 2006
werkstatt-stadt.de
Bonn

22. März 2006
Europa-Gespräche
Bonn

4. April 2006
Attraktive Stadtquartiere für das
Leben im Alter
Bonn

5. April 2006
Stadtumbau Ost: Wohnungs-
märkte auf Konsolidierungskurs?
Berlin

6. April 2006
Zukunft für junge Fachkräfte in
Ostdeutschland
Berlin

25. April 2006
Modellvorhaben „Kosten-
günstige und qualitätsbewusste
Entwicklung von Wohnobjekten
im Bestand“
Marbach

29. April 2006
Bauherren-Informationstag
Köln

11./12.Mai 2006
Neue Orientierungen nationaler
Stadtpolitik
Berlin

23. Mai 2006
Gender Mainstreaming im
Städtebau
Köln

31. Mai 2006
Europa-Gespräche
Bonn

6. Juni 2006
Regionale Abschlussveran-
staltung „Fläche im Kreis“
Rheinessen-Nahe
Bad Kreuznach

13. Juni 2006
Kommunale Wohnraum-
versorgungskonzepte
Berlin

19. Juni 2006
Regionale Abschlussveran-
staltung „Fläche im Kreis“
Region Mölln
Mölln

21. Juni 2006
Neue Forschungsinitiative
Zukunft Bau
Bonn-Bad Godesberg

22. Juni 2006
Regionale Abschlussveran-
staltung „Fläche im Kreis“
Region Duisburg
Duisburg

22. Juni 2006
Wirkungen fiskalischer
Steuerungsinstrumente auf
Siedlungsstrukturen und
Personenverkehr vor dem
Hintergrund der Nachhaltig-
keitsziele der Bundesregierung
Bonn

29. Juni 2006
Regionale Abschlussveran-
staltung „Fläche im Kreis“
Planregion Nordthüringen
Nordhausen

29. Juni 2006
Flächenbedarfe und kulturland-
schaftliche Auswirkungen
regionaler Energien
Potsdam

5. Juli 2006
Regionale Abschlussveran-
staltung „Fläche im Kreis“
Stuttgart

22. August 2006
Formale und effektive Inzidenz
von Bundesausgaben
Bonn

5. September 2006
ESPON Transnational Contact
Point Activity: MONTESPON-
Seminar for transnational
exchange and networking on
mountain topics
Luzern

7. September 2006
Städtebaulicher Förderbedarf
2007–2019
Berlin

13. September 2006
PlaNet CenSE – Panel Meeting
Ljubljana

20. September 2006
Barrierefreies Bauen bei Bun-
desbauten – Stand der Umset-
zung von Barrierefreiheit bei
Bauten des Bundes gemäß BGG
Bonn

21./22. September 2006
Stadtumbau West:
4. Fachöffentliches Forum
Kassel

4. Oktober 2006
Kongress „kommKOOP –
Erfolgreiche Beispiele interkom-
munaler Kooperationen“
Berlin

10. Oktober 2006
Kosten der Siedlungsent-
wicklung
Bonn

10. Oktober 2006
Datengestützte Informationssys-
teme für die Raumordnung auf
dem Meer und das Integrierte
Küstenzonenmanagement
Rostock

12. Oktober 2006
Raumordnungsrechtliche
Festlegungen zum Verkehr in
Regionalplänen
Bonn

19./20. Oktober 2006
Abschlussveranstaltung des
ExWoSt-Forschungsfeldes
„Modelle genossenschaftlichen
Wohnens“: Teilprojekte „Alters-
vorsorge u. Wohnungsgenossen-
schaften“ und „Erschließen von
Genossenschaftspotenzialen“
Berlin

23. bis 25. Oktober 2006
EUREGIA – Standort- und
Regionalentwicklung in Europa.
Fachmesse und Kongress
Leipzig

24. Oktober 2006
3. Mobilitätsdiskurs – Mobilität
neu denken – Konsequenzen für
die Verkehrsinfrastruktur
Berlin

24. Oktober 2006
GAEB-Informationsveran-
staltung – 10 Jahre StLB-Bau
Berlin

26. Oktober 2006
3. Fachpolitischer Dialog zur
Sozialen Stadt
Berlin

30./31. Oktober 2006
Stadt als Motor von Wachstum
und Innovation
Berlin

13. November 2006
PlaNet CenSE –
Abschlusskonferenz
Wien

17. November 2006
Perspektive Flächenkreislauf.
Ergebnisse des ExWoSt-For-
schungsfeldes Fläche im Kreis
Bonn

22. bis 24. November 2006
Stadt und Energie
Berlin

28. November 2006
Zukunft für Regionen
3. Fachtagung des MORO-Vor-
habens „Innovative Projekte zur
Regionalentwicklung“
Neumarkt/Oberpfalz

28. November 2006
Vom Abfall zum Baustoff – Um-
gang mit Bauabfällen – Einsatz
von Recyclingmaterialien
Bonn

30. November 2006
Netzwerk deutsch-russische
Zusammenarbeit in der
Wohnungs- und Kommunal-
wirtschaft
Berlin

6./7. Dezember 2006
Neuorientierung der Betriebs-
überwachung
Bonn

VERÖFFENTLICHUNGEN



INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG

„Informationen zur Raumentwicklung“ (IzR) ist eine Fachzeitschrift für räumliche Planung und Politik und ein Diskussionsforum an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis in Deutschland. In ihren sechs bis acht Themenheften jährlich bezieht sie Stellung zu aktuellen und mittelfristigen Aufgaben in den Bereichen Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen.

- | | |
|------|--|
| 2006 | 1/2 Bioenergie: Zukunft für ländliche Räume
3/4 Stadtumbau in Großsiedlungen
5 Zukunft städtischer Infrastruktur
6/7 Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse
8 Postfossile Mobilität
9 Regionale Strukturpolitik – quo vadis?
10 Bauwirtschaft und räumliche Entwicklung
11/12 Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland |
| 2005 | 1 Kunst und Raum
2/3 Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert
4/5 Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung durch Plan und Zertifikat
6 Strategien für historische Stadtzentren
7 Metropolregionen
8 Klein- und Mittelstädte in Stadtregionen
9/10 Urban Governance
11/12 Transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung |
| 2004 | 1/2 Raumentwicklungsszenarien aus Nachbarstaaten
3/4 Raumordnungsprognose 2020 – Regionen und Städte im demographischen Wandel
5 Regionale und städtebauliche Aspekte der Brennstoffzellentechnologie und der Wasserstoffversorgung
6 Raumordnung und (Bundes-)Verkehrswegeplanung im 21. Jahrhundert
7/8 Raumordnung auf dem Meer
9/10 Revitalisierung von Bahnbrachen
11/12 Freiraum |

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

„Raumforschung und Raumordnung“ wird als Fachzeitschrift für räumliche Planung und Politik gemeinsam mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, herausgegeben. Die Zeitschrift veröffentlicht Hefte mit Einzelbeiträgen zu aktuellen Themen aus den Bereichen der Raumordnung, der Landes- und Regionalplanung und des Städtebaus einschließlich der einschlägigen raumwissenschaftlichen Forschung.

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

BERICHTE

Mit der Schriftenreihe „Berichte“ greift das BBR seine gesetzliche Aufgabe auf, Raumordnungsberichte zu erstellen und in regelmäßigen Abständen Berichte zur städtebaulichen Entwicklung, zur Wirkung städtebaulicher Förderprogramme und zur Bauland- und Immobilienentwicklung sowie zur Transnationalen Zusammenarbeit in Europa vorzulegen. In der Reihe werden auch Ergebnisse aus der Laufenden Raumbewachung und umfassende empirische Informationen veröffentlicht.

- | | |
|------|---|
| 2006 | Band 24 LebensRäume. Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner
Band 23 Raumordnungsprognose 2020/2050
Raumordnungsprognose 2020/2050 CD-ROM |
| 2005 | Band 22 Transnationale Zusammenarbeit TransCoop 05 Report
Band 21 Raumordnungsbericht 2005
Raumordnungsbericht 2005. CD-ROM |
| 2004 | Band 20 Regionalbarometer neue Länder. Fünfter zusammenfassender Bericht
Band 19 Bauland- und Immobilienmärkte. Ausgabe 2004
Band 18 Wohnungsmärkte in Deutschland. Ausgabe 2004
Band 17 Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 2003 |

FORUM BAU UND RAUM

In der Schriftenreihe „Forum Bau und Raum“ werden sowohl die jährliche gleichnamige Fachtagung dokumentiert als auch aktuelle Fragen aus den Bereichen (Städte)Bau, Architektur und öffentliche Bauverwaltung diskutiert.

- | | |
|------|--|
| 2005 | Ausgabe 2 Das Hochhaus und die europäische Stadt
Bonn (10.2005) |
| 2004 | Ausgabe 1 Suburbia: Perspektiven jenseits der Zersiedelung
Bonn (04.2004) |

VERÖFFENTLICHUNGEN

WERKSTATT: PRAXIS

In der Schriftreihe „Werkstatt: Praxis“ werden Ergebnisse aus den Ressortforschungsprogrammen „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt), Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO), „Allgemeine Ressortforschung“ und Projektplanung „Aufbau Ost“ praxisorientiert veröffentlicht. Die Schriftenreihe wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) gemeinsam herausgegeben.

2006	
Heft 46	Verkehrsfolgenabschätzung in der Regionalplanung
Heft 45	Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
Heft 44	Städtebau für Frauen und Männer
Heft 43	Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung
Heft 42	Stadtquartiere im Umbruch
Heft 41	Stadtumbau Ost – Anpassung der technischen Infrastruktur
Heft 40	Freiraumschutz in Regionalplänen
Heft 39	Gute Beispiele zur Stabilisierung der Wohnnebenkosten in der kommunalen Praxis – Trinkwasser, Abwasser und Abfall
2005	
Heft 38	Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern
Heft 37	Stadtumbau in europäischen Städten mit Strukturkrise
Heft 36	Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation?
Heft 35	Best-Practice-Beispiele von Verkehrs- und Hochbaumaßnahmen des Bundes in den neuen Ländern

2004	
Heft 1	Querschnittstudie zum kostengünstigen qualitätsbewussten Bauen

FORSCHUNGEN

In der Schriftenreihe „Forschungen“ werden Ergebnisse aus den Ressortforschungsprogrammen „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt), Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO), „Allgemeine Ressortforschung“ und Projektplanung „Aufbau Ost“ veröffentlicht. Neben den Ergebnissen werden auch Problemlagen, methodischer Forschungsansatz und Projektverlauf differenziert dargestellt. Die Schriftenreihe wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) gemeinsam herausgegeben.

2006	
Heft 120	Internationaler Vergleich von Kosten und Dienstleistungseffizienz bei der Transaktion von Wohneigentum – Optionen für Deutschland
Heft 119	Gewerbeflächenmonitoring

2004	
Heft 118	Heizkostenerfassung im Niedrigenergiehaus
Heft 117	Wohnungspolitische Konsequenzen der langfristigen demographischen Entwicklung
Heft 116	Leerstandsmanagement in Plattenbauten
Heft 115	Die Städte Europas

EXWOST-INFO

Mit dem Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) fördern das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) innovative Planungen und Maßnahmen zu städtebaulichen und wohnungspolitischen Themen. Die kostenlosen Informationsbroschüren „ExWoSt-Informationen“ informieren über Ergebnisse aus laufenden Forschungsfeldern und Modellvorhaben.

2006	
31/1	Quartiers-Impulse: Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft (11.2006)
30/1	Kommunale Wohnraumversorgungskonzepte (05.2006)
29/1	Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Wohnungsobjekte im Bestand (03.2006)
29/2	Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Wohnungsobjekte im Bestand (09.2006)
28/3	Modelle genossenschaftlichen Wohnens: Genossenschaftliche Lösungen beim Verkauf von Wohnungsbeständen (07.2006)
28/2	Modelle genossenschaftlichen Wohnens: Altersvorsorge durch Erwerb zusätzlicher Geschäftsanteile (2006)
27/3	Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Modellvorhaben zum Neubau (2006)
26/2	Gender Mainstreaming im Städtebau – ein Fazit (03.2006)
25/4	Fläche im Kreis. Neue Instrumente (10.2006)
25/3	Fläche im Kreis. Ergebnisse aus den Planspielregionen (04.2006)

2005	
28/1	Modelle genossenschaftlichen Wohnens – Erschließen von Genossenschaftspotenzialen. Kurzporträt der Modellvorhaben (05.2005)
27/2	Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Modellvorhaben zum Neubau (07.2005)
26/4	Gender Mainstreaming: Gute Beispiele (11.2005)
26/3	Gender Mainstreaming: Wem nützt es? (09.2005)
26/2	Gender Mainstreaming: Der andere Blick (05.2005)
25/2	Fläche im Kreis – Vor dem Start der Planspiele (05.2005)

2004	
27/1	Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Modellvorhaben zum Neubau (2004)
26/1	Gender Mainstreaming im Städtebau (06.2004)
25/1	Fläche im Kreis (05.2004)
24/6	3stadt2 am Ziel – nicht am Ende (11.2004)
24/5	3stadt2 – Tipps und Details aus den Modellstädten (04.2004)

MORO-INFO

Mit dem Forschungsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) innovative Planungen und Maßnahmen zu raumordnerischen Themen. Die kostenlosen Informationsbroschüren „MORO-Informationen“ informieren über Ergebnisse aus laufenden Forschungsfeldern und Modellvorhaben.

2006	
1/5	Innovative Projekte zur Regionalentwicklung: Innovationen durch Modellvorhaben (10.2006)
1/4	Innovative Projekte zur Regionalentwicklung: Innovationen durch Modellvorhaben (05.2006)
2005	
1/3	Innovative Projekte zur Regionalentwicklung: Stand der Dinge – Erste Ergebnisse aus den Modellvorhaben (11.2005)
1/2	Innovative Projekte zur Regionalentwicklung: Stand der Dinge – Erste Ergebnisse aus den Modellvorhaben (06.2005)
2004	
1/1	Innovative Projekte zur Regionalentwicklung. Kurzporträts der Modellvorhaben (11.2004)

BAU UND RAUM. JAHRBUCH DES BBR

In einer Mischung aus Fachbeiträgen und themengebundenen Präsentationen von Bauten und Projekten gibt das Jahrbuch einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des Bundes – insbesondere in den Bereichen Architektur und Städtebau.

Erscheinungsweise: 1x jährlich

SONDERVERÖFFENTLICHUNGEN

Ausgewählte Ergebnisse aus den Ressortforschungsprogrammen oder Expertisen des BBR werden als Sonderveröffentlichungen publiziert.

2006	
–	Mobilising the Potentials of Central and South East Europe Hrsg.: BBR, November 2006
–	ESPON Atlas – Mapping the structure of the European territory Hrsg.: BBR, 2006
–	Damit das Wohnen im Alter bezahlbar bleibt Hrsg.: BMVBS, BBR, GdW, Hamburg, 2006
–	kommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen, Ein MORO-Wettbewerb Hrsg.: BMVBS/BBR, 2006
–	Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland Hrsg.: BMVBS/BBR, November 2006
–	Umbau statt Zuwachs – Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels Hrsg.: BMVBS/BBR, November 2006

–	Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2006
–	Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Band 1: Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption Hrsg.: BBR/BMVBS, Bonn, September 2006
–	Entdecke die Genossenschaft Broschüre zur Abschlussveranstaltung mit einer Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Dokumentation der Modellvorhaben Hrsg.: BMVBS, Berlin, Oktober 2006
–	Gute Beispiele: Städtebaulicher Denkmalschutz, Handlungsleitfaden Hrsg.: BMVBS/BBR, Erkner, August 2006
–	Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland 2006 Hrsg.: BMVBS, Berlin 2006
–	Die Deichmannsaue Großbürgerliche Sommerresidenz, Botschaft der Vereinigten Staaten, Bundesbauministerium, Sitz des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Hrsg.: BBR, Bonn 2006
–	Statusbericht „Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven“ Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2006
–	Vorstellung der Modellvorhaben Broschüre. Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen. Wohnungsobjekte im Bestand. Hrsg.: BBR, Bonn 2006
–	VOF-Vergaben – Erfahrungsaustausch Dokumentation der Veranstaltung vom 14. Februar 2006 Hrsg.: BBR, Bonn 2006
–	Flächenrecycling in Stadtumbauregionen Bonn 2006
–	Aufbau Ost – Europäisch vernetzt. Bericht im Auftrag des BMVBS, Hrsg. BBR, Bonn 2006
–	Hochwasserschutzfibel – Bauliche Schutz- und Vorsorgemaßnahmen in hochwassergefährdeten Gebieten, Hrsg.: BMVBS, Berlin 2006
–	Brandschutzleitfaden für die Gebäude des Bundes 3. Auflage, Hrsg.: BMVBS, Berlin 2006

2005	
–	Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2005
–	Future Landscapes Broschüre zu den Perspektiven der Kulturlandschaftsentwicklung. Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2005
–	Flächenrecycling in suburbanen Räumen: Akteursorientierte Handlungsstrategien und Arbeitshilfen. Image-Broschüre. Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2005
–	Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in Modellvorhaben der Raumordnung. Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2005
–	Baukultur! Informationen – Argumente – Konzepte Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2005
–	Nationale IKZM-Strategien – Europäische Perspektiven und Entwicklungstrends.. Konferenzbericht. Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2005

- Städtebaulicher Bericht 2004 „Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk“
Aktueller Bericht der Bundesregierung zur Städtebaupolitik (miterarbeitet vom BBR), Bonn 2005
- Museumshöfe Berlin – 38 Entwürfe für einen außergewöhnlichen Ort
Ausstellungskatalog, Bonn 2005
- Nachhaltiges Bauen für Ein- und Zweifamilienhäuser
Hrsg.: BBR/IEMB, Bonn 2005
- Chancen und Risiken des Erwerbs von Wohneigentum im Bestand
Hrsg.: BBR/IEMB, Bonn 2005
- Modernisierung von selbstgenutztem Wohneigentum in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern der 1950er und 1960er Jahre
Hrsg.: BBR/IEMB, Bonn 2005
- Die neue Hochwasserschutzfibel, Bonn 2005

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben jährlich

2004

- Kompass für den Weg zur Stadt der Zukunft
Hrsg.: BBR, Bonn 2004
- Hausakte/Gebäudepass
Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2004
- Stadtbau Ost auf gutem Weg? Praktiker aus der Wohnungswirtschaft berichten
Hrsg.: BMVBS/BBR, Bonn 2004
- Inwertsetzung von Kulturlandschaft – Aktivierung der Entwicklungspotenziale von Kulturlandschaft im Umfeld ostdeutscher Städte
Hrsg.: BBR/BMVBS, Bonn 2004
- Zwischennutzungen und neue Freiflächen – Städtische Lebensräume der Zukunft
Dokumentation.
Hrsg.: BBR, Bonn 2004
- Dokumentation zum Kongress „Zwei Jahre Stadtbau Ost“
Hrsg.: BMVBS/BBR, Berlin 2004

Mit der Broschüre informiert der wissenschaftliche Bereich des BBR regelmäßig – alle zwei Monate – in Kurzbeiträgen über seine Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Bereichen der Raumordnungs-, der Städtebau- und Wohnungspolitik und des Bauwesens.

6 Ausgaben jährlich

Mit dem Newsletter informiert der wissenschaftliche Bereich des BBR monatlich über neue Internetbeiträge, Veröffentlichungen und Veranstaltungen im Bereich der Raumordnungs-, Städtebau- und Wohnungspolitik und des Bauwesens.

Erscheinungsweise: 12 Ausgaben jährlich (seit 2006)

Mit der jährlich erscheinenden CD-ROM INKAR veröffentlicht das BBR Indikatoren, Karten und Graphiken zur Raumentwicklung in Deutschland und Europa. Die veröffentlichten Indikatoren beruhen auf den Daten der amtlichen Statistik. Die räumliche Bezugs Ebene in Deutschland differenziert nach administrativen (Länder, Kreise) und nicht-administrativen (Raumordnungsregionen/Siedlungsstrukturtypen) Raumbezügen; in Europa nach den NUTS-Ebenen 0,1 und 2.

- INKAR 2005 – Indikatoren, Karten und Grafiken zur Raumentwicklung in Deutschland und Europa

- INKAR 2004 – Indikatoren, Karten und erstmals auch Zeitreihen zur Raumentwicklung in Deutschland und Europa

Das Mitteilungsblatt enthält die der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Bauforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zugehenden Meldungen der in der AGB zusammengeschlossenen bauforschungsfördernden Stellen über laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte. Soweit möglich werden von anderer Seite zugehende Meldungen, z.B. aus dem Ausland, in das Mitteilungsblatt aufgenommen.

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben jährlich

- Spareinrichtungen – Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften Expertise (10.2005)
- Dauerwohnrecht – Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften Expertise (10.2005)
- Rahmenbedingungen für die Rücknahme von Infrastruktur Gutachten (09.2005)
- Interregionale Ausgleichspolitik und regionales Wirtschaftswachstum in Deutschland Workshop (08.2005)
- Gewerbeflächenmonitoring: Ein Ansatz zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des regionalen Gewerbeflächenpotenzials in Ostdeutschland Kurzfassung (07.2005)
- Technische Grundsätze zum barrierefreien Bauen Endbericht (07.2005)
- Kommunale Wohnraumversorgungskonzepte 1. Zwischenbericht (06.2005)
- Evaluierung der CO²-Minderungsmaßnahmen im Gebäudebereich Endbericht (06.2005)
- Auswirkungen der Nachprüfungsverfahren gemäß GWB bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge auf die Baukosten bei der Durchführung öffentlicher Baumaßnahmen des Bundes Endbericht (06.2005)
- Bürokratieabbau in Ostdeutschland Endbericht (05.2005)
- Verbesserung der Innovationsförderung in den neuen Ländern Endbericht (05.2005)
- Effiziente Instrumente und Strategien für die Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund von Demographie und Abwanderung Endbericht (01.2005)
- Integrierte Versorgung als Baustein für eine moderne Gesundheitswirtschaft in den neuen Bundesländern – eine erste Bewertung Endbericht (01.2005)

2004

- Akzeptanzanalyse der Förderpolitik für Ostdeutschland
Endbericht (12.2004)
- Infrastrukturentwicklung und Finanzierung von Biolandbau, -verarbeitung
und -vermarktung in den neuen Ländern
Endbericht (11.2004)
- Übertragbarkeit des Modellvorhabens Regional Foresight in andere
strukturschwache Regionen
Leitfaden (11.2004)
- Inanspruchnahme und Wirkungen der Investitionszulage für den
Mietwohnbereich
(06.2004)

Herausgeber:
Prof. Dr. Wendelin Strubelt,
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
53179 Bonn, Deichmanns Aue 31–37
Telefon 0228–99–401-0, Fax 0228–99–401-2266
E-Mail: wendelin.strubelt@bbr.bund.de
Homepage: www.bbr.bund.de

Redaktion:
Wendelin Strubelt, Andreas Kübler, Peter Fabian

Text-Schlussprüfung:
Miriam Hohfeld

Text, Layout, Grafik-Design, Satz, Bildredaktion,
Bildbearbeitung, Infografiken, Druckvorstufe:
Redaktionsbüro Peter Fabian

Copyrights:
Texte: BBR
Fotos, Fotografiken, Infografiken: BBR, angegebene Bildautoren,
Bildarchive

Redaktionsschluss: 26. September 2007
Erscheinungsmonat: Oktober 2007

Verlag:
Selbstverlag des BBR, Bonn

Texte mit Referenz an
Informationen und Berichte von:

Brigitte Ahlke
Michael Alvermann
Iris Ammann
Dr. Jürgen Aring
Dr. Olaf Asendorf
Theo Augustin
Manfred Becker
Eckhard Bergmann
Gabriele Bockshecker
Dr. Hansjörg Bucher
Markus Burgdorf
Barbara Crome
Dr. Fabian Dosch
Klaus Einig
Dr. Gerd Eisenbeiß
Dr. Markus Eltges
Christian Erlewein
Dr. Bernhard Fischer
Thomas Fleury
Dr. Manfred Fuhrich
Marion Gärtner
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Evi Goderbauer
Prof. Dr. Konrad Goppel
Dr. Wilfried Görmar
Katina Gutberlet
Silke Haack
Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs
Martin Held
Harald Herrmann
Miriam Hohfeld
Prof. Dr. Karin Holm-Müller
Prof. Dr. Christian Holz-Rau
Dr. Diana Huster
Jürgen Huth
Dr. Peter Jakubowski
Helmut Janich
Ute Jansen
Gunnar John
Andreas Jost
Adelheid Joswig-Erfling
Dr. Robert Kaltenbrunner
Dr. Rupert Kawka
Manfred Kloer
Dipl.-Pol. Michael Knoll
Martina Kocks
Stefan Kohler

Dr.-Ing. Bernd Krautkremer
Andreas Kübler
Petra Kuhlmann
Jens Kurnol
Karin Lorenz-Hennig
Antonia Leitz
Dr. Heike Liebmann
Dr. Horst Lutter
Dr. Steffen Maretzke
Mathias Metzmacher
Katrin Meyer
Antonia Milbert
Rolf Müller
Lars Porsche
Dr.-Ing. Dirk Prior
Thomas Pütz
Dr. Wolf Dieter Rase
Stefan Rein
Dr. Maike Richter
Percy Rooks
Ricarda Ruland
Holger Schabelon
Dr. Michael Scharp
Horst-P. Schettler-Köhler
Claus Schlömer
Paul Schmitz
Dr. Karl Peter Schön
Volker Schmidt-Seiwert
Alexander Schürt
Markus Sigismund
Manfred Sinz
Martin Spangenberg
Jens-Uwe Staats
Prof. Dr. Wendelin Strubelt
Dr. Gabriele Sturm
Dr. Karin Veith
Dr. Gerhard Wagner
Matthias Waltersbacher
Stephan Willinger
Gerd Würdemann
Christoph Zander
Michael Zarth



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung